

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

179 · September 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	769
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF Denken »ohne Geländer«. Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?	771
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
WERNER SEPPMANN Dynamik der Ausgrenzung. Über die soziostrukturellen Konsequenzen der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse	781
MICHAEL WOLF »Aktivierende Hilfe«. Zu Ideologie und Realität eines sozialpolitischen Stereotyps	796
RAINER FERCHLAND Ein regierungsamtliches Paradoxon. Zum Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	809
Standorte	
ALEXANDER GALKIN Nach dem Zweiten Weltkrieg: Freigeräumte Wege und nicht beherzigte Lehren	819
Einstein	
ALBERT EINSTEIN Ein Brief wider die Inquisition	831
SIEGFRIED GRUNDMANN Albert Einstein – ein Utopist? Anmerkungen zu einem neuen Einstein-Buch von Hubert Goenner	834

In memoriam

FLORIAN DIECKMANN
Zum Tode von Carl Amery 844
Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 848

Bücher & Zeitschriften

Michel Foucault:
Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit,
Territorium, Bevölkerung; Geschichte der
Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik.
Vorlesungen am Collège de France 1977/78 und 1978/79
(Johannes Scheu) 850

Mario Candeias:
Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie.
Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen
Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik
(Erwin Riedmann) 852

Günther Moewes:
Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft
nachhaltig sichern
(Ulrich Busch) 855

Wolfgang Schwarz:
Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen
der DDR und der CSSR 1961-1968
(Stefan Bollinger) 856

Joschka Fischer:
Die Rückkehr der Geschichte.
Die Welt nach dem 11. September
und die Erneuerung des Westens
(Jochen Weichold) 859

Berichtigung 859

Summaries 860

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 862

VorSatz

Am 18. September 2005 wird – wenn das Bundesverfassungsgericht nicht in letzter Minute anders entscheiden sollte – ein neuer Bundestag gewählt.

Es sind – auch wenn sie wider Erwarten noch verschoben werden sollten – außergewöhnliche Wahlen, und die Linke wird gut daran tun, sich in allem, was sie im Wahlkampf und nach dem Wahlsonntag tut, dieses Außergewöhnliche bewußt zu machen. Denn das wäre das Falscheste: auf das Außergewöhnliche mit Gewöhnlichem zu reagieren.

Der Coup Schröders, seiner Partei das parlamentarische Mißtrauen abzupressen und ihr schon am Tage darauf in wundersam unschuldiger Wiedergeburt das komplette Gegenteil – nämlich vollstes Vertrauen – abzuverlangen, und die Tatsache, daß die SPD all dies fast widerspruchslos mit sich geschehen läßt, sind Ausdruck eines umfassenden Scheiterns der Politik der rot-grünen Bundesregierung seit 1998. Das Ja zum völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien gleich nach dem Machtantritt markiert den Beginn dieses Scheiterns, und zwar in doppeltem Sinne: zum einen wegen der Ungeheuerlichkeit der Entsendung deutscher Soldaten in einen Aggressionskrieg an sich; zum anderen aber auch, weil hier die Kette der Lügen und Erpressungen ihren Anfang nahm. Mit der Isolierung Oskar Lafontaines zu Beginn des Jahres 1999 wurde ein – wie die haßvollen Attacken seiner damaligen Mitstreiter auf den nunmehrigen Spitzenkandidaten der Linkspartei nachdrücklich bestätigen – bedeutendes Hindernis auf diesem Weg zur Seite geräumt, und am 16. November 2001 begann des Scheiterns nächster Akt: Schröder erzwang per Vertrauensfrage von den Kriegsgegnern seiner Koalition das »Ja« zur Teilnahme Deutschlands am Afghanistankrieg mit der Drohung, ansonsten seine Sozialpolitik nicht fortsetzen zu können. Und nur wenige Monate später spielte er dasselbe Spiel anders herum: Nun erzwang er das »Ja« zur sozialstaatszerstörenden »Agenda 2010« mit der Drohung, ansonsten mit dem »Nein« zur Entsendung deutscher Truppen in den Irakkrieg nicht durchzukommen. Als ob die Antikriegsstimmung in Deutschland ihn in der Irakkriegs-Frage nicht ohnehin ausreichend unterstützt hätte!

Parlamentarische Manöver dies alles – nur auf den Machterhalt und die Unterstützung durch »die Wirtschaft« gerichtet, aller Visionen entleert und: in immer größerer Entfernung von den Stimmungen, Erfahrungen und Wünschen der Bevölkerung in Vollzug gesetzt. Typisch dafür auch: die Angst davor, die EU-Verfassung einem Volks-

entscheid auszusetzen. Und: die Entwertung des Parlaments durch Hartz- und Rürup- und andere »Experten«-Kommissionen. Und: die Abdelegierung aller Verantwortung für Sozialabbau und Rechteinschränkung, Zwangssysteme für Arbeitslose und Ungleichbehandlung in Ost und West an die anonymen Größen »Markt«, »Globalisierung« und »Terrorismus«.

Wie sehr dies alles an den Nerven zerrt, zeigt sich mit überraschender Heftigkeit in der Sympathie, die allein schon dem Projekt – und noch gar nicht der Verwirklichung! – einer neuen Linkspartei in Deutschland entgegengebracht wird. Allein die Ankündigung von PDS und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), sich zusammenschließen zu wollen und dies mit einer Umbenennung der PDS in Linkspartei.PDS sowie mit offenen Listen der Linkspartei im Wahlkampf zu dokumentieren, hat zu einer Verdoppelung der Umfragewerte von unter fünf Prozent auf fast zehn Prozent und dann gar zu weiteren Steigerungen bis auf zwölf Prozent geführt.

Ja, das ist Protest. Protest dagegen, daß unter der Ägide des Sozialdemokraten Gerhard Schröder das TINA-Verdikt der britischen Konservativen Margaret Thatcher aus den siebziger Jahren in Deutschland eine bisher nicht gekannte Kraft entfaltet hat. TINA – There Is No Alternative (Es gibt keine Alternative). Aber so gebetsmühlenartig dieses TINA auch immer wiederholt werden mag aus Politiker- und Unternehmervereins- und Medienhauptstrommündern: Immer mehr Menschen glauben es nicht mehr. Sie protestieren, weil sie nicht glauben wollen, daß alles auf Alternativlosigkeit gestellt sei und die Globalisierung »ganz natürlich« in Sozialabbau, Armut und fundamentale Verunsicherung aller Lebenswelt münden müsse.

Die Linke ist gefordert, diesen Protest aufzunehmen – und sie darf ihm, wenn sie mit einer Fraktion der Linkspartei in den neuen Bundestag einziehen sollte, bei Strafe einer erneuten Marginalisierung nicht wieder entsagen. TAMARA muß das Motto lauten – There Are Many And Realistic Alternatives (Es gibt viele und realistische Alternativen). Und diese Alternativen entstehen nicht im Gewöhnlichen – sprich: in der Erledigung parlamentarischer Hausaufgaben. Sie entstehen nur in der stetigen und erlebbaren Verbindung mit dem außerparlamentarischen Protest, entstehen nur in einer neuen Qualität des Zusammenwirkens von Partei, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften – im Außergewöhnlichen eben, mit dem auf das Scheitern von Rot-Grün geantwortet werden muß. Signale des Mutes müssen gesetzt werden und Signale der Unbeugsamkeit – sonst wird sich der Protest schon bald andere Ausdrucksformen suchen.

WOLFRAM ADOLPHI

JÖRN SCHÜTRUMPF

Denken »ohne Geländer«.

Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?

Fast 90 Jahre lang bewegte sich in Deutschland die sozialistisch-internationalistische Linke eingekeilt zwischen der russischen Revolution einerseits und der SPD andererseits. Nun scheint sich auch für sie das 20. Jahrhundert dem Ende zuzuneigen.

Allerdings: In einer Situation, in der viele Linke nur noch »nach vorn« schauen, wird manches Mal vergessen, daß es von Gewinn sein kann, wenn man nicht verdrängt, auf welchem Erbe man – freiwillig oder auch unfreiwillig – steht. Sonst läuft man möglicherweise Gefahr, die Zukunft in der falschen Richtung zu vermuten – und verirrt sich plötzlich in die eigene Vergangenheit.

Das Jahr 1907

Das eher zufällige Entstehen einer politischen Kraft links von der SPD jährt sich bald zum 100. Mal; es datiert aus dem Reichstagswahljahr 1907. Damals waren den bürgerlichen und monarchistischen Parteien mit einem ultranationalistischen Wahlkampf gegen die »vaterlandslosen Gesellen« der SPD schmerzhaft Einbrüche ins proletarische Milieu gelungen. Die große deutsche Arbeiterpartei hatte völlig unerwartet erstmals nicht nur keine weiteren Stimmen hinzugewonnen, sondern sogar Mandate verloren.

Nirgends sonst auf der Welt war zu diesem Zeitpunkt die Arbeiterschaft so gut als eigene Klasse organisiert wie in Deutschland: mit eigenen Gewerkschaften (die nachhaltige Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hatten), mit Unterstützungskassen, Bildungsvereinen, Konsumvereinen, Sparkassen und Bausparkasse, mit antiklerikaler Freidenker-Organisation, Abstinenzler-Bund, Jugendweihe, Volkshäusern und einer seit 1875 vereinigten und sehr erfolgreichen parlamentarischen Partei, die seit der zwölfjährigen Verfolgung unter dem Sozialistengesetz zudem von einer romantischen Aura umweht wurde.

Und damit nicht genug: Nirgends sonst hatte sich die Bewegung der Arbeiterschaft mit der Idee des Sozialismus so stark verbunden wie in Deutschland. Alle Organisationsbemühungen, jeder Erfolg sollte – so der Parteigründer Ferdinand Lassalle – ausschließlich einem Ziel dienen: die politische Mehrheit in der Gesellschaft zu eringen, um Wohlfahrt für alle und Solidarität als den Grundzug gesellschaftlicher Beziehungen durchzusetzen.

Binnen dreißig Jahren war so ausgerechnet im militaristischen Preußendeutschland eine proletarische Gegengesellschaft entstanden, vielfältig gegliedert – und mit einer eigenen sozialistischen

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Dr. phil., Historiker, Redakteur von UTOPIE kreativ. Der nebenstehende Text ist ein Arbeitspapier, mit dem der Verfasser hofft, eine Debatte anzustoßen.

Auch wenn es ungerecht ist, blende ich der Übersichtlichkeit halber an dieser Stelle den sympathischen, politisch aber wenig erfolgreichen deutschen Anarchismus eines Rudolf Rocker, Gustav Landauer und Erich Mühsam aus.

Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1919.

Die Parteiführer hatten ihre Karriere in totaler Opposition zur Gesellschaft gemacht; ihre Anhänger hatten sich in der SPD einen Ersatz für die Gesellschaft geschaffen, die sie ausgestoßen hatte. Lichter waren in der Dunkelheit entzündet worden. Und nach 1890 hatten die Führer die Früchte ihrer Mühen geerntet. Um die Jahrhundertwende war die SPD ein Staat im Staate, und ihre legitimen Lenker hatten ein wohlverworbenes Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Status quo. Der Anspruch auf eine Sonderstellung ging weit über das bloß Politische und auch das Ideologische hinaus bis zu tiefer moralischer Differenzierung; die Sozialdemokraten betrachteten sich beinahe als eine besondere Spezies – eine Ansicht, die in unfreundlichem Sinne von der übrigen Gesellschaft geteilt wurde. Diese Annahme grundlegender Verschiedenheit, ja fast eines Gattungsunterschieds, war in Deutschland so verbreitet, daß es einen großen soziologischen Durchbruch bedeutete, als festgestellt wurde, auch die Sozialdemokraten hätten viele »normale« Züge, auch sie sagten oft das eine und täten das

Weltanschauung ausgestattet. Diese Art, die Welt zu betrachten, schien geeignet, die proletarische Gegengesellschaft zusammenzuhalten. Im Zentrum dieser Weltanschauung stand ein uralter Menschheitstraum: die Abschaffung von Unterdrückung und Ausbeutung.

Dieser Traum war zwar in den zwei Jahrtausenden zuvor schon von vielen Menschen geträumt worden, für seine Verwirklichung hatten sich aber immer nur Minderheiten, oft genug nur einzelne eingesetzt – zumeist Menschen, die in ihrer Bildung das geistige Niveau ihrer Zeit überragten; lebten sie heute, würde man sie »Linke« nennen. Der unterdessen weitgehend vergessene Max Beer hat in seiner *Allgemeinen Geschichte des Sozialismus* ihnen allen die gebührenden Denkmäler gesetzt.

Die erstmals von Chartisten formulierte, oft aber Karl Marx zugeschriebene These, daß das Proletariat nicht nur leidend, sondern auch eine sich emanzipierende Klasse sei, die sich unweigerlich die Ideen des Sozialismus auf ihre Fahnen schreiben werde, hatte der – in sozialer Hinsicht stets heimatlosen – Linken erstmals den Weg zu einem sozialen Subjekt der Befreiung gewiesen. In der Bebel-Liebknichtschen Sozialdemokratie schien diese These ihre Verwirklichung zu finden. Die sozialistische Weltanschauung und ihre Verknüpfung mit dem »Träger« Arbeiterschaft wurde nicht nur von der Linken und besonders ihrer Wortführerin Rosa Luxemburg auf das heftigste verteidigt, sondern bis 1907 auch von der politischen Führung – dem Vorstand der SPD – gefördert.

Opponenten zu diesem Kurs waren traditionell die gewerkschaftlichen Führer; sie hatten sich nie ernsthaft für die sozialistischen Ideen erwärmen können, gefährdeten sie doch in ihren Augen – wie nicht zuletzt das Sozialistengesetz gezeigt hatte – gerade in Krisensituationen den Bestand der mühselig aufgebauten Organisationen, und damit deren eigene Macht. Bis zur Reichstagswahl von 1907 hatte die SPD-Führung aber stets sorgsam auf ein Patt zwischen den Organisationshütern und den Ideologiewächtern geachtet. Nach der Wahl und vielen vorausgegangenen Auseinandersetzungen glaubte sie nun, die Prioritäten verschieben zu müssen. In einer Gesellschaft, die sich zunehmend dem nationalistischen Wahn ergab, hatte sich das sozialistische Fernziel nicht einmal so weit als attraktiv erwiesen, um die bisherige Klientel zusammenzuhalten.

Gleich in mehreren Punkten änderten die Machtpolitiker in der SPD-Führung ihre Sicht auf die Dinge:

Erstens: Marx' Diktum, daß der Sozialismus von einer Bewegung der Arbeiterschaft erkämpft werde, die auf Grund sozialer Ursachen quasi sozial-genetisch dafür vorherbestimmt sei, verlor für die Politikformulierung der SPD-Führung seine konstituierende Bedeutung. Sozialismus war von nun an für die Bewegung der Arbeiterschaft bestenfalls eine, keinesfalls aber die ausschließliche, ja selbst nicht die wahrscheinlichste Option (auch wenn natürlich die Arbeiterschaft die am ehestens für einen Sozialismus ansprechbare soziale Gruppe blieb). Karl Kautsky, dem das schon viele Jahre zuvor zu Bewußtsein gelangt war, hatte deshalb versucht, diesen »Defekt« der Arbeiterschaft durch ein Hineintragen des sozialistischen Gedankenguts zu »reparieren«. Doch der SPD-Führung war ein solches Unterfangen nun zu riskant. Sie glaubte, begriffen zu haben, wen sie führt.

Zweitens: Der Sozialismus, für die SPD-Führung schon seit Jahren mehr Gefolgschaftsideologie als Politikziel, wurde zwar nicht aufgegeben, aber stillschweigend in eine identitätstiftende Legitimationsideologie umgewandelt, der vorrangig eine instrumentelle Funktion zuerkannt wurde. Das ermöglichte es, in einer nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre dem sich in der Arbeiterschaft ausbreitenden Wunsch zu entsprechen, den Ruch des »vaterlandslosen Gesellen« abzustreifen: Anstelle eines internationalistischen »vaterlandslosen« Sozialismus wie bis dahin wurde nun ein immer verschwommenerer Sozialismus propagiert, der bei Bedarf mit einigen Prisen Nationalismus verschnitten werden konnte.

Drittens: Die SPD-Führung begriff außerdem, daß das auf Lassalle zurückgehende Konzept einer proletarischen Gegengesellschaft sich strategisch in dem Maße erschöpfte, wie es erfolgreich umgesetzt wurde, weil sich die bürgerliche Gesellschaft gezwungen sah, gegenüber dem verachteten »vierten Stand« sich wenigstens einen Spalt breit zu öffnen. Da die Teilnahme an der proletarischen Gegengesellschaft ohnehin nicht freiwillig, sondern zumeist mangels Alternativen erfolgt war, nutzten viele proletarische Familien, denen die bürgerliche Gesellschaft das individuelle Verlassen dieser Gegengesellschaft durch »sozialen Aufstieg« nicht vollständig verwehrte, oftmals in der nächsten Generation diese Chance. Solche Ausstiege durch Aufstieg galten im eigenen Milieu keineswegs als anstößig, sondern eher als ehrfurchtgebietend.

Viertens: Die SPD-Führung hatte 1907 zwischen zwei Szenarien zu wählen: 1. mit einer kleiner werdenden sozialismuswilligen Klientel einen offensiven Kampf für den Sozialismus zu führen, wie ihn Rosa Luxemburg in der Massenstreikdebatte einforderte, und damit Gefahr zu laufen, nicht nur den Einfluß auf den sich dem Nationalismus zuwendenden Teil der eigenen Klientel zu verlieren, sondern auch – durch den zu erwartenden Einflußverlust geschwächt – eine Zerschlagung der aufgebauten Organisationsmacht zu riskieren; oder 2. solange man noch stark war, die eigene Gegengesellschaft in die bürgerliche Gesellschaft hineinzuführen und eine Machtteilhabe anzustreben, mit der der Kapitalismus zwar nicht mehr überwunden, aber dauerhaft gezügelt werden sollte. Die Entscheidung für die Integration fiel eindeutig aus und führte die SPD über die Stationen Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 und Regierungsbeteiligung am 3. Oktober 1918 zum 2. Mai 1933, der Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Rosa Luxemburg und Wladimir I. Lenin

Die sozialistisch-internationalistische Linke in der SPD hatte 1907 ihre Funktion als Garantin einer alle zusammenschweißenden Weltanschauung verwirkt. Viele Linke kamen mit der nun – schleichend – einsetzenden Isolierung nicht zurecht, schworen deshalb ihren sozialistischen Überzeugungen ab und mutierten zu »Parteisoldaten«, die sich bald für fast nichts zu schade waren. Erstmals zeigte sich damit massenhaft ein Phänomen, das bis heute immer wieder beklagt wird: daß die meisten Linken nicht ihr gesamtes Leben lang sozialistische, also eine auf die Überwindung des Kapitalismus gerichtete Politik machen, sondern ab einem gewissen Punkt oft nur noch be-

andere. Kein Geringerer als Max Weber mußte kommen, um das auszusprechen, und noch heute dient Webers »Entdeckung«, daß die Sozialdemokraten auch Menschen waren, Soziologen als Beweis dafür, daß eine in Klassen oder Kasten geteilte Gesellschaft ebensoviel Gemeinsames wie Trennendes hat. Wollte die Sozialdemokratie die Gesellschaft unmittelbar und schon in der Gegenwart beeinflussen, so mußte sie in die Gesellschaft eintreten, eine politische Partei wie alle anderen in Deutschland werden, das heißt eine bloße Interessengruppe ohne Anspruch, früher oder später die Macht zu erlangen. In dem Maße, wie reformistische Ziele erreicht wurden, mußte die Autorität der Parteihierarchie schwinden, denn sie war nicht nur die Autorität einer politischen Führung, sondern eines Gebildes, das die normale Struktur der Gesellschaft ersetzte. Erfolgreiche Reformen halfen, die Partei zu liquidieren.

Peter Netti: Rosa Luxemburg, Köln-Berlin 1967, S. 243 f.

haupten, dies zu tun. Nach 1907 schrumpfte die Linke in der SPD auf einen kapitulationsunwilligen Rest zusammen. Um Franz Mehring und Rosa Luxemburg bildete sich ein »Fähnlein der Aufrechten«, zu dem nach Kriegsbeginn auch Karl Liebknecht stieß, während prominente Linke wie der Begründer der Parteischule Heinrich Schulz sich endgültig dem Nationalismus ergaben.

International wurden für die weitere Entwicklung der Linken zwei Richtungen relevant: die deutsche Linke, soweit sie zum Kreis um Rosa Luxemburg gehörte, und die russischen Bolschewiki um Lenin. Beide Richtungen interpretierten die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie – die damals vielen proletarischen Bewegungen in anderen Ländern als Vorbild galt – als »Abweichung« und »Verrat« der politischen Führer; in den folgenden Jahrzehnten wurde diese Argumentation, zeitweise geradezu hysterisch, immer erneut aufgesagt. Den Gedanken, daß die Arbeiterschaft nicht »als Klasse« zum Sozialismus strebe, sondern lediglich zahlenmäßig die meisten Menschen hervorbringt, die für sozialistische Ideale ansprechbar sind, ließen Vertreter beider Richtungen bestenfalls in Erschöpfungs- und Depressionsperioden zu.

Statt dessen wurde – unausgesprochen – die Zeit, als die Linke nennenswerten Einfluß auf die Politik der deutschen Sozialdemokratie gehabt hatte, zu einer Art goldenen Zeitalters verklärt und zum Bezugspunkt allen Handelns – zu dem es zurückzukehren galt. Dabei wurde letzten Endes der einstige Einfluß auf die Politik mit einem Einfluß auf die Arbeiterschaft verwechselt; daß gerade die Ausbreitung nationalistisch-nichtsozialistischer Haltungen in der Arbeiterschaft die SPD-Führung bestärkt hatte, die Weltanschauung der Organisation unterzuordnen, wurde nicht gelten gelassen.

Die Arbeiterschaft hatte sich jedoch im Punkt Weltveränderung nicht anders entwickelt als hundert Jahre zuvor die aufstrebenden bürgerlichen Schichten. Im Frankreich der Revolution hatte die Bourgeoisie gezeigt, wie weit nach links das Pendel ausgeschlagen werden konnte – bis sie sich selbst dem Terror ausgeliefert hatte. Mit der Guillotine verlor nicht nur die französische, sondern die gesamte europäische Bourgeoisie Unschuld und Naivität. Trotzdem war die erste große Revolution keinesweg sinnlos gewesen. Sie hatte den Kräften des Absolutismus verständlich gemacht, wohin zu große Halsstarrigkeit führen kann. Die Große Revolution der Franzosen läutete ein europäisches Jahrhundert der nationalen Klassenkompromisse zwischen aufsteigender Bourgeoisie und ausgezehnten Feudal-eliten – und nicht etwa ein Säculum konvulsiver Revolutionen ein. Dabei galt zumeist: Je später der Weg in die bürgerliche Gesellschaft angetreten wurde, desto reaktionärere Gestalt nahmen die politischen Regimes an, und: Der nationale Gedanke verlor schnell seine ursprünglich antifeudal-emanzipatorische Qualität und wurde zu einer geistigen Stütze von Reaktion und Kriegstreiberei.

Auch die europäische Arbeiterschaft probierte sich politisch zuerst auf französischem Boden aus: 1848 in der Juniinsurrektion und 1871 in der Pariser Kommune. Anders als die französische Bourgeoisie brachte sie aber keine weiteren Klassenkräfte auf ihre Seite. Allein geblieben gegen den »Rest der Gesellschaft« verbluteten die revolutionär gestimmten Pariser Arbeiter 1871 unter Bismarcks Kartätschen

und den Bajonetten von Thiers' uniformierten Mörderbanden. Seitdem spitzt sich in Frankreich zwar immer mal wieder der Klassenkampf zu – eine »Entscheidung« suchte der als Klasse organisierte Teil der französischen Arbeiterschaft jedoch nie wieder. (Mit Ausnahme der Jahre 1944/45, aber da wurde sie auf Stalins »Bitte« hin nicht gesucht.)

Die Arbeiterschaft in Deutschland hatte die französische Lektion sehr wohl verstanden. Zu einem Stellungskrieg, wenn sie angegriffen wurde wie unter dem Sozialistengesetz (1878-1890), war sie bereit; zu einem Angriffskrieg jedoch nicht. (An Gramscis Bewegungskrieg war noch nicht zu denken.) Der erfolgreiche Widerstand gegen das Sozialistengesetz und das Einlenken des Regimes hatten dem als Klasse organisierten Teil der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit und den Vorteil von Kompromissen vor Augen geführt. Der Sieg von 1890 ließ die revolutionäre Lava, so sie je gebrodelt hatte, lauwarm werden.

Weitgehend unberührt von alldem blieb Osteuropa, wo die Arbeiterschaft noch Züge von Leibeigenen trug; Rußlands Arbeiterschaft formierte sich deutlich später und ging – unangefochten von den französischen Erfahrungen – 1905 und 1917 den französischen Weg – der 1921 im Thermidor von Kronstadt endete.

Zurück zum Kreis um Rosa Luxemburg und zu den russischen Bolschewiki um Lenin: Beide Richtungen verharrten in einem Politikverständnis, nach dem die sozialistisch-internationalistische Linke den politisch klarsten Teil des Proletariats und damit seinen politischen Arm bildete. Beide Richtungen sahen in der Eroberung von entscheidendem Einfluß auf die Arbeiterschaft die Bedingung für eine Besserung der Welt. Sozialismus blieb für sie eine Aufgabe der Arbeiterschaft.

Die Vorstellung, die Bewegung zum Sozialismus nicht als eine Bewegung der Arbeiterschaft zu denken, war beiden Richtungen nicht möglich; diese zeitgebundene Erkenntniszwecke zu bespötteln, wäre unbillig. Das Verdienst beider Richtungen ist es, den sozialistischen Gedanken im politischen Raum gehalten zu haben – anders als die SPD, die ihn allenfalls als Wert weitergelten lassen wollte (und ihn gerade wieder neu entdeckt).

Doch beide Richtungen unterschieden sich in einem Punkte grundlegend: Während Lenin im Anschluß an Kautsky meinte, daß das Proletariat sich des Umstandes, Träger des Sozialismus zu sein, nicht selbständig bewußt werden könne und dieses Bewußtsein deshalb »von außen« hineingetragen werden müsse, war für Rosa Luxemburg Sozialismus keine Theorie, die man sich aneignet, um dann nach ihr zu handeln wie nach den 10 Geboten.

Aufklärung durch einen Vormund war ihr nicht nur zutiefst wider, sondern konterkarierte für sie letztlich den Befreiungsanspruch des Sozialismus. In ihrem Verständnis sollte sich das Proletariat seiner Aufgaben durch gelebte Praxis – durch die Erfahrung eigener Erfolge und mehr noch eigener Niederlagen – bewußt werden und sich so von der Alternative »Sozialismus oder Barbarei« überzeugen. Für Rosa Luxemburg begann die Emanzipation nicht erst nach einer wie auch immer (ob per Parlament oder per Revolution) realisierten Machteroberung.

Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein *gar nicht haben konnten*. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein tradeunionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. Zu der Zeit, von der wir sprechen, d.h. um die Mitte der neunziger Jahre, war diese Lehre nicht nur das bereits völlig ausgereifte Programm der Gruppe »Befreiung der Arbeit«, sondern sie hatte auch die Mehrheit der revolutionären Jugend in Rußland für sich gewonnen. W. I. Lenin: Was tun? In: ders.: Werke, Bd. 5, Berlin 1976', S. 385 f.

Deshalb maß sie der Partei auch eine andere Funktion zu, als es die alte deutsche Sozialdemokratie einerseits und die russischen Bolschewiki andererseits taten. War für die einen die Partei immer mehr zum Wahlverein mutiert, der möglichst viele Parlamentssitze erobern sollte und nach der Wahlschlappe von 1907 zu immer mehr Zugeständnissen an Chauvinismus und Militarismus in Deutschland bereit war, war für die anderen die Partei eine Maschinerie, mit der in einer Revolution die Macht zur Tilgung aller Übel der bisherigen Geschichte erobert werden sollte. Letztlich hatten beide zu der Klasse, für die sie agierten – je mehr sie Erfolg hatten – ein um so instrumentelles und vormundschaftliches Verhältnis.

Für Rosa Luxemburg waren beide Varianten ein Graus. In der Frage des Parlaments blieb sie Engels verbunden, für den das Parlament eine Tribüne für die revolutionäre Propaganda bot. Mehr nicht. Die Gesellschaft konnte sich für sie nur dann emanzipieren, wenn sich das Proletariat emanzipierte. Emanzipation durch Praxis, durch schrittweise Veränderung der Kräfteverhältnisse war für sie der einzige sinnvolle Weg der Emanzipation. Im Mittelpunkt von Rosa Luxemburgs Wollen stand nicht der permanente zahlenmäßige Zuwachs an Mitgliedern der proletarischen Organisationen und an Wählern, sondern ein Zuwachs an Selbstbewußtsein und an der Fähigkeit zu politischem Handeln. Die als Partei organisierte Linke sollte der Arbeiterschaft Vorschläge machen und ihr die Entscheidung überlassen – selbst auf die Gefahr einer Ablehnung hin, die es in jedem Falle zu akzeptieren galt. Damit stand Rosa Luxemburg an der Wiege eines Hegemoniekonzeptes, das Gramsci später ausformulierte und das bis heute »uneingelöst« ist.

Die herrschende Partei hat das Monopol der Macht in Händen. Die Arbeiterklasse hat nicht die Möglichkeit, sich zu organisieren, indem sie andere Parteien bildet, und somit andere Programme zu formulieren und zu verbreiten, für die Verwirklichung einer anderen Verteilung des Nationaleinkommens oder für die Durchsetzung einer politischen Auffassung zu kämpfen, die von dem Programm und der Auffassung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei abweicht. [...] Die Mitglieder der Partei, mehr als eine Million, sind einfache Bürger wie andere; nur einige hunderttausend davon sind Arbeiter. Welches sind nun deren Möglichkeiten, die Entscheidungen der Parteibehörden und damit die Staatsgewalt zu beeinflussen? Die Partei ist nicht allein nach außen monopolistisch, auch ihre innere Organisation gründet

Revolution und »neue Klasse«

In ihrem Revolutionsverständnis blieb Rosa Luxemburg hinter ihrem sonstigen theoretischen Niveau deutlich zurück. Rosa Luxemburg bettete die Revolution nicht als ein Moment der Auseinandersetzungen in ihren demokratischen Emanzipationsansatz ein, sondern konnte sich in diesem Punkt nicht von der (auf den jungen Marx zurückgehenden) Erwartung an die Revolution freimachen, sie würde das Tor zur Freiheit aufstoßen. Den Ausweg aus dem Kapitalismus sah Rosa Luxemburg nicht in ihrem eigenen demokratischen Emanzipationsansatz – hier wurde sie sich aus zweifellos ehrenhaften Motiven selbst untreu –, sondern in einer Revolution der Mehrheit gegen die Minderheit; ein Irrtum, den sie und weitere Führer der am Jahreswechsel 1918/19 gegründeten KPD mit dem Leben bezahlten.

Rosa Luxemburg, eine radikale Demokratin, verkannte die Bewegungsgesetze der aus Zusammenbrüchen hervorgehenden Revolutionen. Revolutionen können den Weg zu demokratischen Entwicklungen freisprengen, sind selbst aber nicht als Ereignisse gestaltbar, die nach demokratischen Mehrheitsentscheidungen ablaufen. (Womit nichts gegen Revolutionen gesagt ist – die werden immer wieder aufflammen –, sondern lediglich gegen Heilserwartungen an Revolutionen.)

Die ursprünglich zahlenmäßig ebenfalls schwachen Bolschewiki, die die »proletarische Revolution«, trotz aller Dementis, als blanquistischen Akt verstanden und auch so betrieben, beeinflussten – im

Gegensatz zur deutschen Linken um Rosa Luxemburg – maßgeblich den Gang des 20. Jahrhunderts. Anders als in der Theorie postuliert, stützten sie sich nach dem Sturz der Kerenski-Regierung (und nach zuvor verlorenen Parlamentswahlen) nicht nur auf die Arbeiterschaft und deren Bewegung, sondern mehr noch auf eine revolutionäre Soldatenbewegung. Dank Trotzki's Initiative, eine neue, den Bolschewiki ergebene Militärmacht zu schaffen, verliehen die Bolschewiki dieser Soldatenbewegung mit der Roten Armee einen dauerhaften existentiellen Rahmen. Diese Armee blieb selbst über die Ausrottung ihres gesamten Führungskorps im Jahre 1938 hinweg neben dem Stalinschen Parteiapparat und der Politischen Polizei bis 1991 sowohl die entscheidende soziale als auch machtpolitische Grundlage der Herrschaft der Bolschewiki.

Die SPD-Führung entschied sich im November 1918 genau entgegengesetzt. Mit ihrem Eintritt in die Regierung am 3. Oktober 1918 – erkaufte mit dem Tod von Millionen Arbeitern, deren Hinschlachtung sie vier Jahre lang unterstützt hatte – hatte sie geglaubt, ihr Ziel einer Machtteilung zwischen alter Gesellschaft und proletarischer Gegengesellschaft erreicht zu haben; doch hatte sie dann mit diesem Sieg nichts anzufangen gewußt. Als im November 1918 eine revolutionäre Soldatenbewegung diese Machtteilung wegfegte, ging die SPD-Führung ein Bündnis mit der entmachteten Reichswehrführung ein und rettete so den deutschen Militarismus.

So schnell wie sie entstanden war, zerfiel nun die Soldatenbewegung wieder – in heimkehrende Ehemänner und Söhne. Die Linke um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – fixiert auf eine ermüdete Arbeiterschaft, von der sie kurzzeitig glaubte, sie sei revolutioniert – begriff erst zu spät, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht nur keine Revolution wollte, sondern selbst mit der Republik, die ihr die Soldatenbewegung hinterlassen hatte, nicht ernsthaft etwas anfangen konnte; diese Republik war kein Kind der Arbeiterbewegung.

In Rußland trennten sich die Bolschewiki mit Hilfe der Roten Armee im Februar 1921 von der Arbeiterschaft, deren die proletarischen Interessen verfolgenden Teil sie in Kronstadt niederkartätschte. Im Zuge einer »Neuen Ökonomischen Politik« versuchten sie anschließend mit einer bonapartistischen Politik »über den Klassen« und vor allem mit Zugeständnissen an die Bauernschaft, an das Unternehmertum sowie an das ausländische Kapital, ihre Macht zu erhalten. Armee, Parteiapparat und Politische Polizei formierten sich in dieser Zeit zur eigentlichen sozialen Basis der Bolschewiki; später die »neue Klasse« genannt. Mit ihr gelang es ab 1928, die Gesellschaft zu unterwerfen und so die riskante bonapartistische Phase zu beenden. Im Namen der »Arbeiter- und Bauernmacht« etablierte sich ein totalitäres Regime, das eine zu jeglichem Widerstand unfähige »klassenlose« Gesellschaft herbeizumorden suchte und dabei selbst die »neue Klasse« keineswegs schonte, sondern bevorzugt verheerte.

In Deutschland existierte nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und dem Ausschluß von Paul Levi und Genossen die KPD dem Namen nach weiter; mit der Abdrängung der letzten Luxemburgianer in die KPO 1928 verlor die zweite wichtige Richtung der internationalen Linken für Jahrzehnte endgültig ihre politische Relevanz.

auf diesem Prinzip. Jede Fraktion, jede Gruppe mit besonderer Plattform, jede organisierte politische Strömung ist untersagt. [...] So sehr die einfachen Mitglieder der Partei desorganisiert sind, was eventuelle Versuche der Einflußnahme auf die Entscheidungen der Bürokratie betrifft, so stark sind sie im Rahmen der Parteidisziplin organisiert zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen von dieser zugewiesen werden. Wer sich dagegen auflehnt, wird ausgeschlossen und hat nun außerhalb der Partei nicht das Recht, sich zu organisieren, und kann folglich auch nicht handeln. So wird die Partei, die an der Spitze ihrer Hierarchie nichts anderes als organisierte Bürokratie ist, am unteren Ende der Stufenleiter zu einem Werkzeug der Desorganisation eines jeden Versuchs zum Widerstand und eines jeden Versuchs der Arbeiterklasse, auf die Macht Einfluß zu nehmen. [...] Die Arbeiterklasse wurde ihrer Organisation, ihres Programms und ihrer Mittel zur Selbstverteidigung beraubt. Jacek Kuron, Karol Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei (1965), in: Kursbuch, 9, 1967, S. 35 f.

Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1957.

Im März 1918, etwa 6 Monate nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland, kamen die Volksbeauftragten der Russischen Föderativen Sowjetrepubliken als diplomatische Vertreter nach Berlin und suchten hier mit den deutschen oppositionellen Sozialdemokraten sogleich Fühlung. [...] – Die in die Berliner Russische Botschaft entsandten Volksbeauftragten waren keine geistigen Größen, doch beseeelte sie Opferfreudigkeit und Hingabe an die Revolution. Ich ging gelegentlich zu ihnen, um über Rosa Luxemburg und Leo Jogiches zu berichten. Sie sprachen mit leuchtenden Augen von diesen beiden Revolutionären und erboten sich, pekuniäre Opfer für sie zu bringen. Ich lehnte sie ab, weil weder Rosa Luxemburg noch Leo Jogiches sie angenommen hätten. – Eine fieberhafte Zusammenarbeit der russischen und deutschen Genossen setzte ein. Zu dem alten Stamm revolutionärer Sozialdemokraten gesellten sich solche, die teils von den hohen Gehältern, die die Russen zahlten, teils durch ihre Machtpositionen angelockt wurden. Ich erinnere mich an Parteigenossen, innige Freunde der Menschewiki, die plötzlich Stellungen auf der russischen Botschaft einnahmen. Sie hatten sich davon »überzeugt«, daß sie die Bolschewiki falsch beurteilt hatten und waren jetzt Bahnbrecher des Bolschewismus in Deutschland. Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919, in: Internationale Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1988, Heft 4, S. 486.

Die Bolschewiki, die schon 1918 begonnen hatten, über die russische Botschaft in Berlin Gelder in die revolutionäre deutsche Bewegung zu transferieren (die Erinnerungen der Vertrauten von Rosa Luxemburg, Mathilde Jacob, geben dafür das früheste Zeugnis), fanden ab 1925 eine zunehmend willige Parteiführung, um die herum der längst etablierte Partei- und Geheimdienstapparat die eigentliche Macht ausübte.

Diese Partei, unter Paul Levi 1920 durch die Vereinigung mit der Mehrheit der USPD kurzzeitig auf dem Weg in die Arbeiterschaft, war in ihrem Wesen ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik – so sehr sich auch viele ihrer Mitglieder ehrlichen Herzens mit aller Kraft aufrieben und ihr Leben gaben. 1933, kurz zuvor durch die Opfer der Weltwirtschaftskrise zu einer Massenpartei angewachsen, stürzte sie binnen Tagen fast lautlos in sich zusammen. War die SAPD 1878 eine Partei gewesen, von deren Unterdrückung die Arbeiterschaft wußte, daß sie etwas Existentielles verlieren würde, hatte die KPD 1933 der deutschen Arbeiterschaft nichts zu bieten, das dieser ein hinreichendes Motiv hätte sein können, diese Partei zu verteidigen. Auch die einstige Arbeiterpartei SPD verschwand aus der Politik – ebenso wie das schwächliche deutsche (Bildungs-)Bürgertum. Die Geschichte der deutschen Arbeiterschaft als Gegengesellschaft und damit die Geschichte der klassischen deutschen Arbeiterbewegung hatten sich vollendet. Im Exil begann die Linke, über eine neue sozialistische Bewegung nachzudenken – eine Gruppe nannte sich völlig zu Recht »Neubeginnen«.

Nationalsozialismus, Kalter Krieg, Ende

Das Ansinnen der Nationalsozialisten, die christlich-jüdisch-abendländische Zivilisation zu liquidieren und Europa nach rassistischen Gesichtspunkten zurechtzumorden und zurechtzuzüchten, konnte nur durch die Anspannung aller Kräfte abgewehrt werden. Auschwitz und Lebensborn waren zwei Seiten einer Medaille – hier Ausrottung, dort Züchtung. In den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und in den Adolf-Hitler-Schulen fand die »Euthanasie« – also die Hinmordung »lebensunwerten Lebens« mit Hilfe deutscher und österreichischer Spitzenmediziner – letzten Endes nur ihre »Ergänzung«.

Der 8. Mai 1945 markierte nichts weniger als die Rückkehr Europas auf den Pfad der Zivilisation, aus dem dieser Kontinent dank der Unfähigkeit der deutschen Gesellschaft, mit dem 20. Jahrhundert zurechtzukommen, dauerhaft hinausgeschleudert werden sollte. Ohne die Soldaten der Roten Armee und ohne das Standhalten der Völker der Sowjetunion, über die Deutsche unermessliches Leid gebracht hatten, wäre für lange Zeit kein westallierter Soldat in der Lage gewesen, seinen Fuß dauerhaft auf das europäische Festland zu setzen. Und: Ohne die Siege und ohne die Opfer der Soldaten der Roten Armee, unabhängig davon, was sie dachten und was sie den Deutschen antaten, und auch unabhängig davon, was ihre im eigenen Lande massenmordende Führung alles verbrach, wären viele der heute lebenden Europäer nie geboren worden. Weil ihren Eltern und Großeltern das Recht auf Leben abgesprochen war.

Mit dem Sieg über den Nationalsozialismus ging die *Befreiung* vom Nationalsozialismus einher; die politische *Selbstbestimmung* für die

Deutschen bedeutete er freilich nicht, vor allem nicht für die Linke. Jegliche Ansätze für eine neue Linke wurden von den Besatzungsmächten im Keim erstickt. Die sowjetische Besatzungsmacht unterdrückte die parteiübergreifenden Antifa-Ausschüsse – die zumindest die Potenz für eine völlig andersgeartete Linke in Deutschland in sich trugen –, ebenso taten es die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen. Statt dessen wurde den 1933 verschwundenen Parteien SPD und KPD die Lizenz und der Arbeiterschaft für ihr Verhalten im Nationalsozialismus quasi eine Art Kollektiventschuldung erteilt.

Die künftigen Gegner im heraufziehenden Kalten Krieg mühten sich auf beiden Seiten, den deutschen Arbeiter einzubinden. Im Osten vereinigten sich KPD und SPD zur SED, wobei anfangs nicht wenige Linke glaubten, hierbei käme eine neue linke Partei zustande. Der Hauptzweck des sowjetischen Manövers war aber nicht eine Vereinigung, sondern eine Totalvereinigung, also das Verschwinden jeder auch nur potentiell eigenständigen deutschen Linken; ab 1948 war die SED auch offiziell die Fortführung der KPD mit denselben sowie – ergänzend – mit geheimpolizeilichen Mitteln.

Spiegelverkehrt im Westen wurde die SPD gefördert und die KPD unterdrückt. Beide Parteien – SED und SPD – führten in den alten Kostümen, aber durch die Demarkationslinie getrennt, unter den Bedingungen des Kalten Krieges, die Konstellation von 1918/19 prolongierend, die alten Stücke auf und gaben dabei jeweils die »Arbeiterpartei«. Der 17. Juni 1953 und das Godesberger Programm 1959 brachten die Dementis. Natürlich steckten beziehungsweise versteckten sich in beiden Parteien Linke; wobei die Linken in der SPD nicht Gefahr liefen, in einen Gulag und in ein deutsches Zuchthaus verbracht zu werden. Die Linke in der DDR, ob inner- oder außerhalb der SED, lebte in einer inneren Emigration, die für viele Prominente (Leo Kofler, Alfred Kantorowicz, Gerhard Zwerenz, Ernst Bloch, Hans Mayer etc.) bald zu einer äußeren wurde – während die Arbeiterschaft am 17. Juni 1953 die Stalinisierung der DDR-Gesellschaft stoppte und die SED-Führung mit ihrer bei der KPdSU geborgten Macht zum historischen Kompromiß zwang: Euch die Macht, uns die gleiche Wohlfahrt wie denen im Westen.

Dieser Kompromiß hielt bis tief in die 80er Jahre hinein, auch wenn er immer wieder verletzt wurde. Der Mauerbau 1961, der vor allem die Abwanderung von Fachkräften verhindern sollte – mehr als die Hälfte der in den Westen Abwandernden waren zwischen 1957 und 1961 Facharbeiter unter 25 Jahre gewesen – wurde in den 60er Jahren nicht zuletzt auch unter Arbeitern als eine Erscheinung auf Zeit verstanden. Doch der Versuch eines Teils der SED-Führung, die gebotene Atempause zu nutzen, scheiterte am Widerstand der sowjetischen Vormacht und der alles beherrschenden Bürokratie. Ab Mitte der 80er Jahre wurde die »innerliche Kündigung« zu einer Massenerscheinung. Daneben begann Unmut in Widerstand umzuschlagen. Es waren nicht zuletzt Linke, die sich unter dem Dach der Kirchen, aber auch außerhalb dieses Schutzraumes formierten. Als 1989 vor allem die leistungsfähigen Teile der Arbeiterschaft sich zur Emigration via Ungarn entschieden, brach das Kartenhaus zusammen.

Auch im Westen blieb die Linke, ob innerhalb oder außerhalb der SPD, wirkungslos. Der Ausreißer von 1967/68, die Studentenbewe-

Ich wurde nach dem Gefängnis, wie wir das etwas zynisch sagten, in die angeblich herrschende Klasse hinabgestoßen, mußte mich in der Produktion bewähren, einen Beruf lernen. Die Begegnung mit der deutschen Arbeiterklasse war dann für mich die entscheidende Erfahrung, die mich am Sozialismus hat zweifeln lassen. Der Sozialismus in der DDR jedenfalls war nicht das Projekt des Proletariats, wie ich feststellen mußte – von einer historischen Mission der Arbeiterklasse konnte keine Rede sein, Klassenbewußtsein gab es nur in der Form, daß diese Leute meinten, sowieso immer die angeschissenen zu sein.
Florian Havemann:
Vorstellungsrede in
Grimma am 5. Mai 2002,
in: <http://portal.pds-sachsen.de/druckvorschau.asp?tpl=aktuell.asp&tid=1&mid=182&iid=607>

Jörn Schütrumpf: Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 485 ff.

»Europäisch links« wäre also eine Trippelstrategie: erstens kraftvolle Initiativen für eine neue internationale Finanz- und Handelsordnung, die es den Staaten wieder ermöglicht, Steuern einzunehmen – ein langfristiges Unternehmen, das wohl nur im Gefolge schwerster Wirtschaftskrisen angegangen werden wird. Zweitens: die nur mit westeuropäischem »Wohlstandsverzicht« zu erkauende sozialpolitische Komplettierung Europas durch transnationale Sozial- und Versicherungssysteme, ohne welche die freie Mobilität von Arbeit und Kapital die Gesellschaften immer weiter spalten wird; dazu Großprojekte, die Arbeitsplätze und nachhaltige Zukunftssicherung schaffen (etwa ein Crash-Programm für erneuerbare Energien oder Verkehrsnetze ...). Beides setzte den Mut zu industriepolitischen Initiativen und eine Rücknahme der überzogenen Deregulierung voraus. Hier läge die große Aufgabe für eine wiedererlebene europäische Sozialdemokratie. Sie könnte auch als einzige der Neuen Mitte die Opfer interpretieren, die dazu von ihr gebracht werden müssen: ein Tausch von Konsumerweiterung gegen Zukunftssicherung, eine dynamisch-konservative Bewahrung des »European Way of Life« und die Entfaltung wissenschaftlich-technischer Kreativität. Technik, mit der sechs Milliarden Menschen leben können, und Zeitwohlstand für die frühindustrialisierten Gesellschaften – das wäre die europäische Vision. Sie könnte sogar skeptische Jugendliche beleben.

Mathias Greffrath: Was heißt links?, in: DIE ZEIT, 14. Juli 2005, Nr. 29.

gung, konnte schon nach kurzer Zeit kulturell und sozial integriert und politisch später in das »rot-grüne Projekt« kanalisiert werden. Dessen Scheitern hat erneut einen Berg an enttäuschten Hoffnungen und Frustrationen produziert.

Und nun?

Die Sowjetunion ist verschwunden; die PDS hat sich langsam von ihrem SED-Bezug emanzipiert. Und die Linke ist in die Freiheit entlassen. Ob sie, soweit sie noch in der SPD heimisch ist, künftig eine andere Rolle spielen kann als in den vergangenen sechzig Jahren – nämlich links von dieser Partei alles niederzuhalten –, wird sich zeigen. Die Automatisierung und die Unfähigkeit der Gewerkschaften, auf diese im Interesse der Arbeiterschaft wirkungsvoll zu reagieren, haben den wichtigsten Erfolg der Arbeiterbewegung – die Vollbeschäftigung – rückgängig gemacht. Doch es herrscht nicht einfach nur Massenarbeitslosigkeit wie in der Vergangenheit immer wieder einmal, sondern die traditionelle Arbeiterschaft ist in Europa im Schwinden. Ihre neue Heimat liegt in Nordmexiko, im Westen der Türkei, in China und in Indien. Das »revolutionäre Subjekt« Arbeiterklasse, das es sozialgenetisch bedingt so nie gegeben hat, ist der deutschen Linken abhandengekommen. Jetzt ließe sich zwar noch fabelhaft von der »Arbeiterklasse im Dienstleistungsbereich« oder vom unaufhörlich wachsenden »Weltproletariat« träumen, die es zu beglücken gilt. Aber es wäre auch der Fall denkbar, daß sich jener Teil der deutschen Linken, dem das fehlende revolutionäre Subjekt immer noch Kummer bereitet, diesen Mangel endlich als Phantom-schmerz erkennt.

Die deutsche Linke außerhalb der SPD hat so lange auf Knien gelebt, daß ihr der Gedanke, plötzlich auf den Beinen zu stehen und nicht mehr auf den Knien zu rutschen, sondern den aufrechten Gang zu üben (Bloch), noch fremd anmutet. Es tobt seit spätestens 1989 ein »Klassenkampf von oben« nicht nur gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen eine sozialstrukturell aufgefaserte und bisher widerstandsarme Gesellschaft. Neben die »traditionelle« Ausbeutung durch Mehrwertproduktion ist eine feudal strukturierte Ausplünderung der existentiellen Grundlagen der Menschheit getreten: bei Wasser, Bildung, letztlich durch Privatisierung aller »öffentlichen Güter«.

In der Arbeiterschaft rumort es; in den Gewerkschaften gewinnt die Linke sichtbar an Einfluß. Aber viele neue Gegner des immer parasitärer werdenden Systems sind im klassischen Sinne keineswegs »proletarisch«. Sie leben in unterschiedlichen Kulturen mit unterschiedlichen Kommunikationsweisen und unterschiedlichen »Signal-systemen«. Ansprechpartner hat die Linke genügend; aber kann sie diesen Ansprechpartnern auch genügen?

Daß eine große Umschichtung im Politischen in der Luft liegt, ahnen viele; daß ein Hegemoniekonzept erarbeitet werden muß, das nicht auf eine »auserwählte Klasse« zielt, sondern jenen Menschen ein Angebot zum Handeln macht, die nicht länger gewillt sind, sich unter den Schlägen eines dogmatischen Liberalismus zu ducken, ahnen ebenfalls viele; daß dafür ein Denken »ohne Geländer« (Hannah Arendt) vonnöten sein wird, ahnen die meisten – fürchten sich aber möglicherweise davor.

WERNER SEPPMANN

Dynamik der Ausgrenzung

Über die soziostrukturellen Konsequenzen
der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse¹

»Während objektiv das Verhältnis der Eigentümer und der Produzenten zum Produktionsapparat starrer stets sich verfestigt, fluktuiert um so mehr die subjektive Klassenzugehörigkeit.«
(Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*)

Erstens

Nach der Phase eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, der – zumindest in den westeuropäischen Kernländern – die drängendsten sozialen Probleme gelöst zu haben schien, brechen gesellschaftliche Widerspruchsformen auf, die schon als überwunden galten. Die Arbeitslosigkeit verfestigt sich und die Zahl der Menschen, die für den kapitalistischen Produktionsprozeß benötigt werden, schwindet. Die Überzähligen werden an den Rand, in eine Zone der Unsicherheit gedrängt. Nicht nur die Schere zwischen den gesellschaftlichen Extrempolen Reichtum und Armut hat sich eklatant vergrößert, zugenommen haben auch die sozialen Differenzen innerhalb der gesellschaftlichen Basis- und Unterschichten. Durch diese Entwicklung drängen sich eine Reihe von Fragen auf, die für die klassentheoretische Sichtweise eine interpretatorische Herausforderung darstellen, denn die gesellschaftlichen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse sind durch die traditionellen Interpretationsraster nicht mehr in allen Fällen hinlänglich zu erfassen.

Die sozialen Verwerfungen haben einen Umfang angenommen, der alles in der jüngeren Vergangenheit bekannte in den Schatten stellt. »Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und die Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat.«² In den westlichen Bundesländern hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit 1973 vervierfacht, im Osten seit 1993 verdoppelt; jedes 5. Kind wächst in Armut auf. Durch die vierte Stufe der »Hartz-Reform« rutschen 2005 weitere 500 000 Kinder in die Sozialhilfe.

Viele Ausgrenzungs- und Verarmungsprozesse spielen sich auf der sichtbaren »Oberfläche« ab (Bettler und Obdachlose in den städtischen Zentren), vieles ist aber auch in eine gesellschaftliche Grauzone und in Bereiche des schamhaften Verschweigens abgedrängt. Galten nach der amtlichen Statistik schon 1995 in Westdeutschland 11,5 Prozent der Bevölkerung als arm (weil sie über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügten), so lebten weitere 10,1 Prozent in einer Zone »relativer Armut« (definiert durch

Werner Seppmann – Jg. 1950; Dr. phil., Sozialwissenschaftler; nach Berufstätigkeit Studium der Soziologie und Philosophie, langjährige Zusammenarbeit mit Leo Kofler, Mitherausgeber der *Marxistischen Blätter*, zahlreiche Veröffentlichungen zur Marxismusforschung, historisch-materialistischen Methodologie, Sozialstrukturanalyse, Ideologiekritik, Sozialphilosophie und Kultursociologie; zuletzt in UTOPIE kreativ: Die »neue Weltordnung« des Kapitals, Heft 129/130 (Juli/August 2001), S. 581-594.

¹ Dieser Text ist im Rahmen des Projekts *Klassenanalyse@BRD* entstanden. Das Forschungsvorhaben der *Marx-Engels-Stiftung* in Wuppertal untersucht systematisch die Realität der bundesrepublikanischen

Klassengesellschaft, die Veränderungen ihrer Strukturen und Entwicklungsformen. Im Herbst 2004 ist im *Neue Impulse Verlag* Essen ein Sammelband mit ersten Arbeitsergebnissen erschienen: *Projekt Klassenanalyse@BRD: »Zweifel am Proletariat – Wiederkehr der Proletarität«*.

2 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): *Lebenslagen in Deutschland*, Berlin 2001, S. XV.

3 Ebenda., S. 156.

4 J. H. Herz: Stagnationsfaktoren der modernen Gesellschaft, in: Heinz Maus (Hg.): *Gesellschaft, Recht und Politik*. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied und Berlin 1968, S. 152.

5 Den demagogischen Unterstellungen zum Trotz sind die meisten Bedürftigen bemüht, ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten zu können: »Die Hälfte aller Sozialhilfe-Empfänger muß bereits nach einem Jahr keine Sozialunterstützung mehr in Anspruch nehmen, nach drei Jahren sind nur noch 22 Prozent weiter in Sozialhilfe.« Arne Heise: *Dreiste Elite. Zur politischen Ökonomie der Modernisierung*, Hamburg 2003, S. 27.

6 Berthold Dietz: *Soziologie der Armut*, Frankfurt und New York 1997, S. 18.

7 Vgl. Werner Hübing: *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit*, Freiburg 1996.

60 Prozent des Durchschnittseinkommens). Diesen Maßstab bei den Arbeitslosen angelegt, steigt die Quote der Armen unter den Arbeitslosen auf fast 50 Prozent.³

Trotz der Offensichtlichkeit der Spaltungs- und Verarmungstendenzen ist Bedürftigkeit immer noch weitgehend »unsichtbar«: Die Ausgegrenzten leben voneinander isoliert, ihre zunehmende Verarmung hat trotz der *strukturellen* Gemeinsamkeiten verschiedene Ausprägungen. Die Kollektivität des »Schicksals« wird von differenzierten *Erscheinungsformen* und individualisierten *Verarbeitungsmustern* überlagert. Der Obdachlose gehört ebenso dazu wie der illegale Arbeitsmigrant, der aus Krankheitsgründen gegen seinen sozialen Abstieg kämpfende kleine »Selbständige« ebenso wie die Familien, die durch ein zweites oder drittes Kind in die Zone der Bedürftigkeit abzusinken drohen. Ausgrenzung und Randständigkeit gehen unter den Bedingungen eines »modernen« Kapitalismus mit sozialer Zersplitterung einher; die »Armen sind ... in eine Unzahl getrennter Gruppen aufgesplittet, die miteinander meist nicht in Verbindung stehen und deshalb nicht in der Lage sind, gemeinsames Bewußtsein, Organisation und Handlungsweise zu entfalten. Sie leben in verschiedenen »Sparten« der Gesellschaft und erleiden eine soziale Disqualifizierung durch den Verlust eines Gruppenzusammenhalts und das Fehlen eines organisatorischen Gerüsts.«⁴

Die Bereiche faktischer Bedürftigkeit sind von Zonen der Unsicherheit und der Unwägbarkeit umgeben. Wie breit sie sind und wie verbreitet das Leben in der Nähe des Existenzminimums und die Verarmungserfahrung sind, wird durch die Tatsache deutlich, daß momentan jeder dritte Haushalt in der Bundesrepublik innerhalb einer achtjährigen Phase zeitweilig unter die Armutsgrenze rutscht. Die Menschen, die in den »Armutszonen« oder in ihrem »Umkreis« leben, werden von der Angst vor dem Scheitern und einem Abstieg in die Randständigkeit beherrscht. Nicht »stationäre« Armut (die alleine aber schon einen skandalösen Umfang besitzt) ist das vordringliche Problem⁵, sondern das zunehmende Risiko für breite Bevölkerungsgruppen, in die Bedürftigkeit abzusinken. »Die Fluktuation nimmt zu, Armut scheint sich zum Kopfbahnhof der Wohlstandsgesellschaft zu entwickeln: Viele kommen erstmalig oder auch wiederholt an, einige schaffen es aber auch, einen Zug zu erwischen, der sie wieder hinaus bringt.«⁶ Damit rückt der *Prozeß* der Verarmung mit der drohenden Perspektive des Ausschlusses und der Randständigkeit in den Mittelpunkt des sozialtheoretischen Interesses.⁷

Zweifelloso bedeutet in den meisten mitteleuropäischen Ländern Armut in ihrer materiellen Dimension etwas anderes, als wenn in südamerikanischen Staaten ein Drittel oder gar die Hälfte der Bevölkerung im Elend lebt. Bedürftigkeit und Ausgrenzung sind (noch?) nicht mit Hunger und offensichtlicher Verelendung gleichzusetzen. Dennoch bedeutet sie für einen Teil der Bedürftigen auch physische Entbehrung, nicht nur bei den Kindern aus den »sozialen Brennpunkten«, die ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule kommen. In der Hauptsache ist sie jedoch eine »relative« Armut – und gerade deshalb ein Skandal: Denn sie existiert und dehnt sich aus, obwohl der gesellschaftliche Reichtum, absolut betrachtet, weiter wächst. Der Lebensstandard der Krisenopfer fällt »im Vergleich

mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt.«⁸ Gerade deshalb sind die demoralisierenden und die Persönlichkeitsstruktur bedrohenden Wirkungen in den Zentren nicht geringer als in den Regionen am Rande des kapitalistischen Weltsystems: Hier wie dort bedeutet Armut Ausgrenzung aus zentralen gesellschaftlichen Funktions- und Partizipationsbereichen; sie bedeutet, nicht mehr den verinnerlichten Ansprüchen und Normen der Gesellschaft genügen zu können; sie impliziert deshalb, was sie historisch immer bedeutet hat: Erniedrigung und Demütigung. In der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft hat sich der Leidensdruck durch veränderte psychosoziale Regulationsformen gegenüber früheren Epochen verändert und wohl auch verstärkt.⁹ Verarmung und soziale Randständigkeit wirken als Angriff auf die personale Stabilität der Betroffenen: Ihr Selbstbewußtsein wird beschädigt und bewährte Orientierungshorizonte in Frage gestellt. Wird das Selbstbewußtsein unterminiert, fehlt häufig auch die Basis zur Bereitschaft, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. »Angst, Ohnmacht, Hunger, Verkürzung der geistigen und psychischen Perspektive auf das unmittelbare und notfalls kriminelle Überleben, politische Ausgrenzung, Einsamkeit, das schamhafte Sich-Verstecken und Sich-Verstellen, die prinzipienlose Übernahme asozialer Werte, also mannigfache Formen der Entwürdigung: Sie gehören zur Armut.«¹⁰

Durch die Intensität der Verarmung und die Zunahme von Randständigkeit, aber auch durch die Zuspitzung der sozialen Ungleichheit drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die Epoche eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus endgültig in ihr Endstadium eingetreten ist. Besonders die scheinbar unaufhaltsame Vermehrung der arbeitenden Armen, also jener Arbeitskraftverkäufer, die durch ihre Beschäftigungen kaum ihren Lebensunterhalt verdienen können, sind Indizien dafür, daß auch in den kapitalistischen Kernländern die Unterprivilegierung der arbeitenden Menschen durch eine evolutionäre Entwicklung wohl doch nicht »nachhaltig« überwunden werden kann: »Die kapitalistische Produktionsweise, in deren Entwicklung es Jahrzehnte gab, in denen sich die Lohnabhängigen in harten Kämpfen eine Verbesserung ihrer Lebenslage erstreiten konnten, hat diese Perspektive nicht mehr.«¹¹

Zweitens

Zwar existierten auch in der »wohlfahrtsstaatlichen« Vergangenheit große Unterschiede bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums; es gab Erwerbslosigkeit, Bedürftigkeit und Randständigkeit, doch waren sie hinter der Fassade der gesellschaftlichen Prosperitätentwicklung verborgen. Doch auch durch ihren Umfang und Struktur hatten sie einen anderen Stellenwert als heute: Bis Ende der 70er Jahre dominierte bei den Betroffenen das Gefühl, daß die meisten Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Mit den einschneidenden sozio-ökonomischen Veränderungen haben sich auch diese Einstellungsmuster verändert. Erodieren ist die Hoffnung auf ein besseres Morgen, eine auf die Planbarkeit der Lebensverhältnisse gründende Zuversicht.

Die Bedingungen eines sozialstaatlichen Klassenkompromisses können in wesentlichen Teilen als nicht mehr gegeben angesehen

8 Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx »Lohnarbeit und Kapital«, MEW, Bd. 6, S. 412.

9 Vgl. Werner Seppmann: Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt, Köln 1995.

10 Werner Rügemer: Arm und reich, Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, Bd. 3, Bielefeld 2002, S. 12.

11 Hansgeorg Conert: Neoliberalismus und Weltmarkt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 10/2003, S. 25.

werden: Seit den 80er Jahren haben sich die Verwertungsbedingungen für des Kapital, jedoch auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändert. Das Ende einer historisch beispiellosen Wachstumsphase führte zur Gewinneinbrüchen, aber auch zu einem verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse: Produktivitätsfortschritte wurden zunehmend zur Arbeitsplatzvernichtung eingesetzt. Weil der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigten verunsichernd und disziplinierend wirkte, konnten tiefgreifende betriebliche Veränderungen vorgenommen werden.

Gelegt wurden durch einen Rationalisierungsschub in den 80er Jahren die Grundlagen für eine gespaltene Arbeitswelt mit disziplinierenden Effekten auf die Arbeitenden. Während sich für einen Teil der Beschäftigten das Qualifizierungsprofil erhöhte, wurde ein anderer Teil beruflich zurück gestuft. Gleichzeitig ging absolut die Anzahl der Beschäftigten in den Industriesektoren zurück. Ziel der Umgestaltungen war es nicht nur, die Produktivität zu erhöhen, sondern auch die Widerstandsfähigkeit der Belegschaften zu schwächen. So führten die ergriffenen Rationalisierungsmaßnahmen zur Ausdünnung der Stammbesellschaften, die (zumindest in den großen Betrieben) die Träger einer wirksamen Interessenvertretung waren. Bei Neuanstellungen wurden die traditionellen Belegschaftskerne durch Angelernte, zunehmend auch durch Zeitarbeiter ersetzt, die sehr oft eigene Interessen (hauptsächlich nach Festeinstellung) haben und sich deshalb nicht selten beflissen und angepaßt verhalten: »Wenn die einen einzigen Tag streiken würden«, so die Einschätzung eines von Pierre Bourdieu und seinen Mitarbeitern befragten älteren »Stammarbeiters«, »dann wären der Leiharbeitsladen und das Unternehmen schnell dabei, sie unverzüglich vor die Tür zu setzen.«¹² Diese Veränderungen innerhalb der Belegschaften hatten einen wesentlichen Anteil bei der »Entstrukturierung des ehemaligen Systems der sozialen Beziehungen, welches lange in den Werkhallen geherrscht hatte.«¹³ Durch betriebliche Auslagerungen wurde die Position der Beschäftigten zusätzlich geschwächt: Verschiedene Betriebsteile und Zuliefersegmente konnten dadurch gegeneinander ausgespielt werden.

Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes wurde für die Beschäftigten zur prägenden Erfahrung. Nach einiger Zeit reichte es schon aus, mit der bloßen Möglichkeit der Auslagerung zu drohen, um weitreichende Zugeständnisse zu erpressen. Allmählich gelang es dem Kapital, die Lohnquote zu senken und die Profitrate zu erhöhen. Die Ernte konnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahren eingefahren werden: Die Gewinne explodierten und wurden nun wiederum zur verstärkten »Rationalisierung« eingesetzt – bekanntlich mit regelmäßigem Arbeitsplatzabbau und einem weiteren Anstieg der »industriellen Reservearmee«. Denn mit den steigenden Gewinnen wuchs das Kapitalvolumen, das in weitere arbeitsplatzvernichtende Umgestaltungen investiert werden konnte. Ökonomische Progression wurde zur Ausgrenzungsmaschine: Die Armut- und Ausgrenzungsentwicklung verlief parallel zu einer gesamtgesellschaftlichen Reichtumsvermehrung. Der Marxsche Satz über das Verhältnis von Armut und Reichtum in der bürgerlichen Gesellschaft bekam alltagspraktische Plausibilität: »Die Selbstverwertung des Kapitals durch

12 Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997, S. 310.

13 Ebenda., S. 326.

die Maschine steht im direkten Verhältnis zur Arbeiterzahl, deren Existenzbedingungen sie vernichtet. ... Sobald die Führung des Werkzeugs der Maschine anheimfällt, erlischt mit dem Gebrauchswert der Tauschwert der Arbeitskraft. Der Arbeiter wird unverkäuflich, wie außer Kurs gesetztes Papiergeld. Der Teil der Arbeiterklasse, den die Maschinerie so in überflüssige, d. h. nicht länger zur Selbstverwertung des Kapitals unmittelbar notwendige Bevölkerung verwandelt, geht einerseits unter in dem ungleichen Kampf des alten handwerksmäßigen und manufakturmäßigen Betriebs wider den maschinenmäßigen, überflutet andererseits alle leichter zugänglichen Industriezweige, überfüllt den Arbeitsmarkt und senkt daher den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert.«¹⁴

Umverteilungen im beträchtlichen Umfang hat es zwar auch schon vor der neoliberalistischen »Wende« gegeben. Schon bald »nach dem Einbruch der siebziger Jahre stieg der Kapitalprofit seit den achtziger Jahren wieder an«¹⁵: Von 1982 bis 1990 erhöhte sich in der Bundesrepublik der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am Netto-Volkseinkommen von 33,6 auf 43,7 Prozent. Entsprechend sank der Anteil der »Arbeitnehmer«-Einkommen von 66,3 auf 56,2 Prozent.¹⁶ Diese Umverteilung fand jedoch noch auf der Basis wachsender Zuwachsraten und wachsender Einkommen statt. Bevor das ökonomische Wachstum von den Einkommen der abhängig Beschäftigten abgekoppelt wurde, konnte die relative Umverteilung aus der Perspektive der Lohn- und Gehaltsempfänger noch als (wenn auch bescheidene) Verbesserung ihrer finanziellen Situation erlebt werden.

Dies hat sich mittlerweile entscheidend geändert. Wirtschaftswachstum und technologische Progression haben sich von der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Im Jahre 2000 lag das preisbereinigte Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie 1973. Damals gab es im Jahresdurchschnitt weniger als 300 000 Arbeitslose. Ein gutes Vierteljahrhundert später 4,5 Millionen. Diese paradoxe Situation ist die Konsequenz eines elementaren kapitalistischen Entwicklungsgesetzes, der Tatsache, daß unter den Bedingungen des Verwertungszwanges und der Konkurrenz ein immer größerer Teil des Mehrproduktes in die *erweiterte Reproduktion* investiert werden muß. Selten nur noch können Konzerne ihre Investitionen nach den »klassischen« Regeln der Buchführung abschreiben. Immer schneller lösen technologische und vermarktungsstrategische »Entwicklungsschübe« die nächsten ab. Nicht nur die Produktentwicklungen, sondern vor allem die neuen Generationen von Produktionsanlagen verschlingen immer größere Investitionen. Auch große Gewinnvolumina reichen in der Regel nicht mehr aus, die nötigen Investitionen tätigen zu können: Technologische Neuerungen in Kombination mit dem Konkurrenzdruck verlangen die ständige Erweiterung des Anlagevolumens. Die Unternehmen sind deshalb im steigenden Maße zur Kreditaufnahme bzw. zur Verbreiterung ihrer Beteiligungsbasis genötigt. Sie sind somit auf die internationalen Kapitalmärkte angewiesen und gezwungen, sich ihren Regeln zu unterwerfen. In der Konkurrenzfiguration sind sie Jäger und Gejagte gleichermaßen. Dieser Druck wird unmittelbar auf die Betriebe und Belegschaften übertragen, der sich als Zwang zur Rentabilität, d. h. in der Regel

14 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 454.

15 Joachim Hirsch: Die Globalisierung der Gewalt, in: Sozialismus, H. 10/2002, S. 24.

16 Der Spiegel, Nr. 4/1991, S. 84.

durch Lohnabbau und Leistungsdruck, Auslagerungen der Produktion oder technologisch »vermittelten« Arbeitsplatzabbau ausdrückt: Auf der neuesten Entwicklungsstufe werden beispielsweise in der Automobilindustrie Fertigungslinien mit ehemals 250 bis 300 Produktionsarbeitern mit nur noch 10 bis 15 Beschäftigten betrieben.

Drittens

Die als »Globalisierung« bezeichnete Neugestaltung des Systems der internationalen Arbeitsteilung und dem Rückgriff auf eine weltweite Reservearmee von Arbeitskraftanbietern steht dem Kapital ein weiteres Druckmittel zur Verfügung, durch das die Ausbeutung auch der Beschäftigten in den kapitalistischen Zentren intensiviert und die Mehrwertrate erhöht werden kann. Nicht nur an den neuen, sondern auch an den traditionellen Standorten kann das Kapital »selektiver« und »kostenorientierter« mit den Beschäftigten umgehen: Arbeitsorganisatorische Verbesserungen können wieder zurück genommen und nach einer Phase ihrer punktuellen Überwindung standardisierte und reglementierte Arbeitsformen wieder verstärkt installiert werden. Gleichzeitig werden den Lebensbedürfnissen der Arbeitenden entsprechende Arbeitszeitformen, erkämpfte Pausenregelungen und zugestandene Kompetenzerweiterungen zur Disposition gestellt.

Strukturell äußerte sich die »differenzierte« Verfügungsstrategie über die Arbeitskraft in einer sozial-destruktiven Aufsplitterung der Arbeitswelt. Entstanden einerseits viele »prekäre« Beschäftigungsverhältnisse mit variablen Einsatzzeiten, geringer Entlohnung und unzureichender Absicherung, so zeichneten sich andererseits die (tendenziell abnehmenden) Vollerwerbsverhältnisse durch überlange Arbeitszeiten und einem auf die Spitze getriebenen Arbeitsdruck aus.

Es ist wohl kaum nötig, besonders zu betonen, daß »ungeschützte« Arbeit überproportional von Frauen (und an den »Rändern« des kapitalistischen Weltsystems auch von Kindern) geleistet wird, denn »junge, unerfahrene Frauen sind die billigsten der billigen Arbeitskräfte, sie sind die optimale Arbeitskraft für den modernen Kapitalismus.«¹⁷ Vor dem Hintergrund einer historischen Typologie der Arbeitsformen muß von einer Regressionstendenz gesprochen werden: Schon überwunden geglaubte (und auch als ökonomisch dysfunktional erachtete) Arbeits- und Ausbeutungsformen erhalten innerhalb des globalisierten Systems der Arbeitsteilung eine neue Bedeutung. Trotz ihrer »ungleichzeitigen« Form sind sie Funktionselemente einer entwickelten kapitalistischen Ökonomie, die in ihrem ungehemmten Verwertungsstreben nicht nur bereit ist, auch auf vorbürgerliche Ausbeutungsformen zurück zu greifen, sondern diese aufgrund der hochtechnologischen Vermittlungssysteme auch profitsteigernd organisieren kann.

Der »Weltmarktpreis« für die Arbeitskraft ist zu einer Bedrohung nicht nur für die Beschäftigten mit geringer Qualifizierung, sondern auch für die Belegschaften in ehemals krisenresistenten Bereichen der Arbeitswelt geworden. Um diesen gewünschten, weil disziplinierenden Effekt zu erreichen, mußten sozialstaatliche Errungenschaften demontiert und Mitbestimmungsrechte beschränkt werden: »Im Namen von Deregulierung und Flexibilisierung werden Institutionen, die Ungewissheit begrenzen sollen, abgebaut. Dies hat

17 Maria Mies: Mythen des globalisierten Kapitalismus, in: Peter Kemper, Ulrich Sonnenschein (Hg.): Glück und Globalisierung. Alltag in Zeiten der Weltgesellschaft, Frankfurt/M. 2003, S. 35.

zur Folge, daß die Ungewissheit in Bezug auf das Resultat von Handlungen und die Dauer ihrer Auswirkungen sowohl in der individuellen wie in der kollektiven Perspektive größer wird.«¹⁸ Ein zunehmender Druck auf die Lohnhöhe und die sozialen Sicherungssysteme, vor allen Dingen aber die Unsicherheit des Arbeitsplatzes sind zu prägenden Erfahrungen geworden: Die strukturelle Gewalt der Arbeitslosigkeit »flößt jedem Arbeitnehmer das Gefühl ein, daß er keinesfalls unersetzbar ist und seine Arbeit, seine Stelle gewissermaßen ein Privileg darstellt, freilich ein zerbrechliches und bedrohtes Privileg«¹⁹ Die Verunsicherung der Arbeitenden ist das wichtigste Element einer Drohkulisse, die geeignet ist, auch noch ihre letzten Leistungsreserven zu mobilisieren.

Viertens

Die gegenwärtige Krise hat nur wenig mit dem gewöhnlichen konjunkturellen Auf und Ab einer kapitalistischen Ökonomie zu tun. Denn auch durch wirtschaftliche Aufschwungtendenzen wird die Beschäftigungsmisere nicht überwunden. Auf dieser Grundlage erleben wir eine Neustrukturierung der Klassengesellschaft: Die Überzähligen werden an den Rand, in eine Zone der Unsicherheit gedrängt. Armut und Ausgrenzung etablieren sich als feste Größen der gesellschaftlichen Entwicklung. Für die Entwicklung des Kapitalismus ist dieses soziale Organisationsmodell günstig, er braucht den »doppelt freien Lohnarbeiter« (Marx) und ein Reservoir von Arbeitskräften, auf das er bei Bedarf zurückgreifen kann. Soziale Spaltungen und Ausgrenzungen haben ihn seit seinen Tagen der Frühmanufaktur begleitet und zur Disziplinierung der arbeitenden Menschen beigetragen.²⁰

Aber nicht nur den Überzähligen in den Beschäftigungsbereichen, die eine geringere Qualifizierung erfordern, ist eine unsichere Existenz beschieden. Im schnellen Tempo werden auch die Fähigkeiten und Zertifikate von Mittelschichtangehörigen entwertet: Rationalisierungsschübe und technologische Umgestaltungen treffen nicht mehr nur die Industriearbeiter, sondern auch die Beschäftigten auf den technischen und administrativen Führungsebenen. Fast alle Sozial- und Statuspositionen, die nicht durch Geldvermögen abgesichert, sondern durch berufliche Leistungen begründet sind, können durch die technologischen und ökonomischen Umwälzungen in Frage gestellt werden. Arbeitslosigkeit trifft nicht mehr nur die gering Qualifizierten: Die Akademikerarbeitslosigkeit (auch in technischen Berufen) ist in den letzten Jahren in den meisten Industrieländern sprunghaft angestiegen. Deklassierungseffekte auch in den »gehobenen« Bereichen der Arbeitswelt entstehen durch die immer niedriger gesetzten Altersgrenzen: 50, ja 45 Jahre gelten gemeinhin als Brauchbarkeitsbarriere. In der Mehrheit der bundesdeutschen Betriebe arbeitet niemand mehr, der älter als 50 Jahre ist.

Durch das radikalisierte Ausbeutungsstreben des Kapitals zieht Verunsicherung und Prekarisierung auch in manche ehemals stabile Beschäftigungszone ein. Robert Castel spricht von der »Wiederkunft der massenhaften Verwundbarkeit«²¹, die als Relikt vergangener Armutphasen schon als überwunden galt und von »einer grundlegenden Umwälzung der Lage der abhängigen Beschäftigten«.²²

18 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit, Münster 2002, S. 26.

19 Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz 1998, S. 97.

20 Vgl. Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied und Berlin 1966, S. 299 ff.

21 Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 357.

22 Ebenda., S. 350.

Fünftens

Das Besondere der gegenwärtigen sozial-destruktiven Prozesse besteht jedoch nicht nur in einer schärferen Polarisierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Eklatant ist vor allem die Tatsache, daß Spaltungstendenzen existieren, die mitten durch die Schichten der Arbeitskraftverkäufer selbst verlaufen: Da gibt es diejenigen, die Arbeit haben und es gibt die Arbeitslosen, deren Lage keinesfalls als einheitlich mißverstanden werden sollte. Denn im Verlauf der Erwerbslosigkeit finden mit dem Wechsel von Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe einschneidende Statusveränderungen statt. Spätestens in diesem Stadium (das nach den neuen Regelungen in der Bundesrepublik weitgehend mit der Sozialhilfe gleichgestellt wird) erleben sich viele Betroffene als Bittsteller und Gescheiterte.

Aus der Gruppe der Arbeitslosen kristallisiert sich ein Kern von Menschen heraus, die keine realistische Chance mehr besitzen, jemals wieder beschäftigt zu werden: »Auf dem Grunde des Meers an Arbeitslosen lagern sich diejenigen ab, die abgesunken sind, diejenigen die zu krank sind, zu alt oder zu behindert sind. Es lagern sich diejenigen ab, die mit ihrer Qualifikation untergegangen sind, die Süchtigen, psychisch Gestörten, die Resignierten und Verzweifelten. Sie sammeln sich unter den Arbeitslosen, weil sie ausgemustert sind und weil das Interesse des Kapitals an einer weiteren Verwertung ihrer Arbeitskraft gegen Null geht.«²³

Aber es gibt auch noch die schon angedeutete Spaltung innerhalb der Arbeitswelt, ja innerhalb des einzelnen Betriebes: Um die Kernbelegschaften entwickelt sich eine immer breitere Zone mit extrem belastenden, niedrig entlohnten und sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen. Karl-Heinz Roth hat die gespaltene Realität der Lohnarbeit plastisch beschrieben: »Die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete werden auf die terroristisch-sozialpolitisch integrierten ›Betriebsgemeinschaften‹ der Entwicklungs- und Fertigungszentren der 600 transnationalen Konzerne begrenzt, die höchstens 15 bis 20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten« ausmachen²⁴. Diesen Kernbelegschaften ist eine privilegierte Stellung zugedacht, weil sie einen Stabilisierungsfaktor darstellen²⁵: Auf der Basis neuer korporativistischer Strukturen (bestehend aus sozialer »Privilegierung« und gruppenzentrierten Organisationsstrukturen der Arbeitsprozesse) sollen in den qualifizierten Produktionsbereichen alle Kreativitätspotentiale ausgeschöpft werden. Nur in diesen Segmenten der Arbeitswelt ist das industrielle Paradigma des Fordismus in Frage gestellt, werden Maschinisierung und Fließbandfertigung tendenziell durch neue Produktionskonzepte abgelöst. Dies geschieht zwar im Interesse einer effektiveren Ausbeutung der Arbeitskraft, jedoch ist das Management gezwungen, wenn es dieses Ziel erreichen will, Zugeständnisse an die Arbeitenden zu machen und ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten einzuräumen.

Solche »postfordistischen« Bereiche sind jedoch Inseln in einer Arbeitswelt, die in ihrem Kern immer noch nach tradierten industriellen Prinzipien organisiert ist. Denn den sozial verträglich gestalteten Konglomeraten sind hierarchisch gegliederte Zuliefer-Segmente mit geringerem Status zugeordnet. Während auch in konjunkturellen Schwächeperioden die Konzerne bemüht sind, die Stammebeleg-

23 Rainer Roth: Neben-sache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland, Frankfurt/M. 2003, S. 53.

24 Karl-Heinz Roth: Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken, in: Ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Köln 1994, S. 19.

25 Es stellte ein strukturelles Defizit der industriesoziologischen Forschung dar, sich zu lange hauptsächlich mit diesen »Kernen« beschäftigt und sie als repräsentativ für die Arbeitswelt stilisiert zu haben.

schaften (die nicht zuletzt infolge der Automatisierung ein hohes Qualifikationsniveau besitzen) zu halten, sind die Beschäftigten in den »ungeschützten« Arbeitsverhältnissen unmittelbar den Marktschwankungen ausgesetzt: Sie werden geheuert und gefeuert, wie es gerade der Auftragslage entspricht. Das Leben dieser Gruppe ist sozial unsicher, beständig vom Absturz in die Bedürftigkeit bedroht: »Ein neues Proletariat ist im Entstehen, dem die kollektiv geregelten Normalarbeitsverhältnisse und die sozialstaatlichen Vermögensurrogate für die Wechselfälle des Daseins zunehmend fremd werden. Es wird über den aktuellen Krisenzyklus hinaus langfristig durch die Erfahrung von Erwerbslosigkeit, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von ›zweiten‹ und ›dritten‹ Arbeitsmärkten und von abrupt eintretenden Armutphasen geprägt sein.«²⁶

Als vor weniger als einem Jahrzehnt Karl-Heinz Roth eine »Wiederkehr der Proletarität« prognostizierte, wurden Zweifel angemeldet, ob solche zweifellos vorhandenen *Trends* eine solch weitgehende Generalisierung erlauben würden. Durch die reale Entwicklung ist der Meinungsstreit entschieden worden: Die beschriebenen Entwicklungen sind zur *Tendenz* und zur Grundlage einer Neugestaltung der Klassensegmentierung geworden.

Nicht die Ausbeutung ist neu, aber es sind die Formen, in denen sie organisiert wird. Die Klassenlandschaft erhält zusätzliche Polarisierungsmomente innerhalb ihrer *Basisbereiche*: Die Arbeitskräfte werden unterschiedlichen Segmenten der Arbeitswelt mit unterschiedlichen Rechts- und Entlohnungsformen, unterschiedlichen Standards der sozialen Absicherung und Perspektiven der Beschäftigungskontinuität zugeordnet. Wichtiges Element dieser veränderten Ausbeutungsstrategie ist der rapide Bedeutungsverlust des unbefristeten Arbeitsvertrages.²⁷ Dadurch erhalten die unterdurchschnittlich bezahlten und ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse eine immer größere Bedeutung. Ihr Anteil beträgt in vielen Industrieländern 35 Prozent – mit stark steigender Tendenz. Das »Normalarbeitsverhältnis« wird durch befristete Verträge, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und der Scheinselbständigkeit zurück gedrängt. Vor allem der größte Teil der Neueinstellungen vollzieht sich in diesen »endtraditionalisierten« Formen. In den meisten Industrieländern sind mehr als 60 Prozent der neu geschaffenen Arbeitsplätze befristet und prekär.

Sechstens

Im Industriesystem auch der entwickelten Länder reproduziert sich eine Spaltung, die für die »globalisierte« Ökonomie in ihrer Gesamtheit charakteristisch ist: Eine überschaubare Zahl entwickelter Wirtschaftsinseln existiert in einem Meer der Unterentwicklung und Verelendung; dadurch werden auch schon etablierte Zivilisierungs- und »Modernisierungs«-Standards bedroht. Obwohl selbst wiederum stark zergliedert, weiten sich die Zonen ohne Rechtssicherheit und eines zivilisatorischen Nihilismus aus. Ihr peripherer Status verschleiern, daß sie elementare Bestandteile des Industriesystems sind, also massenhafte tayloristische Arbeitsbedingungen in den von Mühsal geprägten Ebenen der Arbeitswelt die Voraussetzungen einer Abmilderung strikter Arbeitsteilung und von Kompetenzgewinnen der Beschäftigten in den Kernbetrieben bilden. Das ebenso vielge-

26 Karl-Heinz Roth: Die Aufspaltung des Sozialstaats, in: Ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität, a. a. O., S. 41.

27 Es ist in diesen Zusammenhang von einer »Krise des Normalarbeitsverhältnisses« die Rede: Wie bei vielen anderen Begriffen, die aus der etablierten sozialwissenschaftlichen Diskussion stammen, ist er nicht unbedingt falsch, legt aber doch eine Fährte, die von den klassengesellschaftlichen Ursachen der eskalierenden Probleme ablenkt.

28 Michael Schumann: *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein*, Hamburg 2003, S. 61.

29 Paul Bocarra: *Herausforderungen der Klassenidentität. Über Trennungen und Annäherungen unter Arbeitenden und in der Arbeiterklasse*, in: Joachim Bischoff, Paul Bocarra, Robert Castel u. a.: *Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus*, Hamburg 2003, S. 64.

30 André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/M. 2000, S. 69.

31 Mario Candeias: *Arbeit, Hochtechnologie und Hegemonie im Neoliberalismus*, in: Mario Candeias, Frank Deppe (Hg.): *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, S. 172.

staltige wie widersprüchliche Bild des Industriesystems erlaubt es nicht, von einem »grundlegenden Wandel der Arbeitsgestaltung«²⁸ zu sprechen. »Innovative Managementkonzepte« und selbstbestimmte Gruppenarbeit sind – behält man die Arbeitswelt in ihrer Gesamtheit im Blick – kaum mehr als Randerscheinungen, die zudem zunehmend auch wieder in Frage gestellt werden. Und genau so wenig läßt sich für die Arbeitswelt in ihrer Gesamtheit sagen, daß *die Ansprüche an die Ausbildung der Arbeitenden explosionsartig*²⁹ zugenommen hätten.

Lassen wir es dahin gestellt, wie groß beim »Toyota-System« (das immer als Paradebeispiel für die Gestaltung einer »neuen Arbeitswelt« angeführt wird) die Eigenverantwortung tatsächlich gewachsen ist und wie konsequent traditionelle Teilarbeit überwunden wird. Selbst wenn wir den optimistischen Einschätzungen folgen, kann nicht ignoriert werden, daß diese erweiterten Handlungsspielräume nur für die 10 bis 15 Prozent der Beschäftigten in der Endmontage gelten. Sie bilden aber nur »die Spitze einer Pyramide ..., die auf einer Basis von insgesamt 45 000 Zulieferern beruht. Je weiter sich diese von der Spitze entfernen, um so stärker arbeiten sie nach dem tayloristischen Modell: 171 Zulieferer sogenannten »ersten Ranges« stellen vollständige Teilstücke bereit, die in Zusammenarbeit mit der Mutterfirma entwickelt wurden; 5 000 Zulieferer zweiten Ranges versorgen die Zulieferer ersten Ranges mit Komponenten; und 40 000 Zulieferer dritten Ranges liefern die Teile für letztere. Je weiter man sich von der Spitze der Pyramide entfernt, desto geringer werden das technische Niveau der Unternehmen, die Ausbildung des Personals und die Löhne. Bei den computergesteuerten und robotisierten Zulieferbetrieben ersten Ranges, die zwischen 100 und 500 Personen beschäftigen, liegen die Löhne 25 Prozent unter denen der Mutterfirmen. Bei den Zulieferern mit weniger als 100 Arbeitnehmern liegen sie 45 Prozent niedriger und für prekäre, unregelmäßige und in Stücklohn bezahlte Arbeit noch niedriger.«³⁰ Es läßt sich leicht ausmalen, welche Konsequenzen es auf die Arbeitsbedingungen und das Einkommensniveau der nachgelagerten Stufen hat, wenn die Konzerne an der Spitze, ihre Machtstellung ausnutzend, den Zulieferern pauschal Preisreduktionen von 7 (Daimler-Chrysler) bis 20 Prozent (Opel) abzupressen versuchen, wie es 2003 geschehen ist.

Der Druck auf die nachgeordneten Segmente ist jedoch keine Einbahnstraße. Die dort durchgesetzten Standards wirken negativ auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen bis in die Zentralbereiche des Industriesystems zurück: »Prekarisierung und Flexibilisierung sind zwei Seiten der gleichen Medaille«³¹: Arbeitsorganisatorische Errungenschaften werden wieder zurück genommen, nach einer Phase ihrer partiellen Überwindung standardisierte und reglementierte Arbeitsformen wieder installiert, soziale Sicherungsleistungen und die erkämpfte Lohnhöhe einem zunehmenden Druck ausgesetzt.

Siebentens

Dieser Problemaufriß läßt zumindest erahnen, daß die in der sozialwissenschaftlichen Diskussion kolportierten Thesen, daß die neuen Ausgrenzungsformen eine Konfliktdimension jenseits des antagonistischen Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit wären, wenig

Realitätsgehalt besitzen: Wir erlebten jetzt, so wird behauptet, »den Übergang von einer *vertikalen Gesellschaft*, die wir gewohnheitsmäßig Klassengesellschaft nannten, mit oben und unten befindlichen Leuten, zu einer *horizontalen Gesellschaft*, wo es darauf ankommt zu wissen, ob man im Zentrum oder an der Peripherie ist.«³²

Ob durch die Ersetzung einer Metapher durch eine andere die Plausibilität der Klassenspaltung in Frage gestellt ist, kann begründet bezweifelt werden. Zu beobachten sind zwar neue Formen der Differenzierung innerhalb sozio-strukturell vergleichbarer Unterschichtsegmente; dennoch gibt es keine theoretische Rechtfertigung für die stillschweigende Annahme, daß damit die tradierten sozialen Differenzierungsursachen hinfällig geworden wären. Denn faktisch beobachten wir »einen neuen gesellschaftlichen Spaltungsprozeß ..., der die herkömmlichen Klassenunterschiede zusätzlich vertieft.«³³ Die (in ihrer Intensität tatsächlich »neuen«) Spaltungstendenzen sind nichts anderes als der vermittelte Ausdruck und die unmittelbare Konsequenz jenes nach Touraine angeblich nicht mehr existierenden »Zentralkonflikts« zwischen Kapital und Arbeit. Die »neuen« Formen von Spaltung, Unterprivilegierung und Verarmung sind von den »alten«, sozio-strukturell bedingten Ungleichheitsbedingungen nicht zu trennen. Präziser: Sie sind gleichermaßen Voraussetzungen und Konsequenzen der Transformation der sozio-ökonomischen Strukturen im Interesse der Kapitalbesitzer.

Die Strategien zur Deregulierung und Privatisierung, die Umstrukturierung der Arbeitswelt und die Infragestellung des Sozialstaates konzentrieren sich auf vier Hauptziele: »Vertiefung der kapitalistischen Logik der Profitproduktion in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital; Steigerung der Produktivität zwischen Arbeit und Kapital; Globalisierung von Produktion, Zirkulation und Märkten, um überall die Chancen der vorteilhaftesten Bedingungen zur Profitmaximierung zu nutzen; und Erzwingung staatlicher Unterstützung für die Produktivitätsgewinne und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften, häufig auf Kosten von Regulierungen zur sozialen Sicherung und zur Wahrung öffentlicher Interessen. Technologische Innovation und organisatorische Veränderungen, vor allem im Sinne höherer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, waren *dabei* unverzichtbar, um Geschwindigkeit und Wirksamkeit der Neustrukturierung zu gewährleisten.«³⁴ Denn nur mit Hilfe der Computertechnologie und des informationstechnologischen Netzes können die Kapitalströme weltweit gesteuert, die globalen Produktionsprozesse koordiniert und trotz dezentralisierender Tendenzen die Kontrolle des Kapitals gewährleistet werden. Jedoch ist die gängige Ableitung der Radikalisierung der Kapitalverwertungsstrategien aus der »mikroelektronischen Revolution« fragwürdig. Vielmehr hat sich der Neoliberalismus vorhandener technologischer Möglichkeiten bedient und deren Anpassung auf ihre Bedürfnisse vorangetrieben.

Wird die Ebene bloßer Metaphorik und Deskription verlassen und der sozio-ökonomische *Zusammenhang* thematisiert, ist kaum zu übersehen, daß die sozial-destruktiven Entwicklungen den Erfordernissen der Kapitalverwertung, dem aus objektiven Entwicklungen resultierenden Bedürfnis nach einer Reduzierung der »Lohnquote« und der Intensivierung der Ausbeutung entsprechen. Dazu benötigt

32 Alain Touraine, zit. nach: Catherine Bidou-Zachariasen: Der Erfolg der »Mitte« der Gesellschaft, in: Joachim Bischoff, Paul Boccara, Robert Castel u. a., a. a. O., S. 39. Adaptiert wurde dieses Schema beispielsweise von Reinhard Kreckel: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt und New York 1992.

33 Heleno Saña: Die Zivilisation frisst ihre Kinder, Hamburg 1997, S. 70.

34 Manuel Castells: Das Informationszeitalter, Teil I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S. 19 f.

35 Mit der Suspendierung der Koalitionsfreiheit (als »Leiharbeiter« eingesetzt Arbeitslose dürfen, nach den bundesrepublikanischen »Arbeitsmarktreformen«, nicht streiken) und dem impliziten Arbeitszwang werden zentrale Verfassungsprinzipien außer Kraft gesetzt. Die bürgerliche Gesellschaft stellt damit ihr programmatisches Selbstverständnis in Frage; ihre normativen Grundsätze werden zur tagespolitischen Dispositionsmasse. Vgl. Werner Seppmann: Ausgrenzung und Herrschaft, in: Marxistische Blätter, H. 2/2003.

36 Vgl. Robert Castel: Nicht Exklusion, sondern Desaffiliation, in: Das Argument, Nr. 217, 1996, S. 776 f.

37 Auffassungen wie die von Gorz, daß »im Unterschied zum Marxschen Proletarier ... der Neoproletarier nicht mehr durch »seine« Arbeit ... und ... auch nicht durch seine Position im gesellschaftlichen Produktionsprozeß definiert werden« kann, sind realitätsferne Konstrukte. André Gorz: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt/M. 1980, S. 62.

38 Karl Marx, a. a. O. S. 658.

das Kapital beide Segmente der gespaltenen Arbeitswelt: die Hochqualifizierten, aber auch jene, die nicht mit dem Computer umgehen können. Jedoch muß der Preis der »unqualifizierten« Arbeitskraft »stimmen«, und damit er »stimmt«, eine Spirale von sozialer Einschüchterung und administrativem Zwang (durch veränderte Zumutbarkeitskriterien bei Arbeitslosigkeit etwa³⁵) geschaffen werden. Deshalb stellt auch die Ausgrenzung aus den Kreisläufen der Produktion und die Verweigerung von sozialer Anerkennung – anders die Vertreter des Exklusionstheorems unterstellen³⁶ – eine »Interdependenz-Beziehung« dar.

Die Ausgegrenzten sind der *Reproduktionsdynamik des Kapitalverhältnisses* unmittelbar zugeordnet³⁷ und den jeweils besonderen Ausprägungen des Akkumulationsregimes, dem Wechselspiel von Krise und Ausbeutung ausgeliefert: »Die kapitalistische Akkumulation produziert ... und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung.«³⁸ Die Randständigen, sei es als Arbeitslose oder auch Marginalisierte, bleiben dabei Angehörige jener Klasse, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig sind. Zumal es nicht festgeschrieben ist, daß die Ausgeschlossenen unbedingt immer ausgeschlossen bleiben müssen. Auch sie bilden eine Reservearmee, ein Reservoir von Arbeitskraft-Verkäufern und -Verkäuferinnen, das den Flexibilisierungsstrategien des Kapitals dienlich ist, weil es entsprechend den Marktschwankungen aktiviert und wieder deaktiviert werden kann. Wenn die Frauen und Männer aus diesen Segmenten wieder eingestellt werden, dann in der Regel zu »konkurrenzfähigen« Niedriglöhnen. Sie wechseln dann aus dem Status bedürftiger Arbeitsloser in die Gruppe der arbeitenden Armen, die selbst oft mit mehreren Jobs der Zone der Bedürftigkeit nicht entkommen können.

Folgerichtig verzichten die neuen bundesrepublikanischen »Arbeitsmarktkonzepte« weitgehend darauf, durch Qualifikationsangebote den (Langzeit-)Arbeitslosen neue Beschäftigungschancen zu verschaffen. Sie waren auch in der Vergangenheit nicht besonders erfolgreich, aber ihre Existenz und die Arbeits-Beschaffungsmaßnahmen waren zumindest ein Indiz dafür, daß das politische Management die von der Massenarbeitslosigkeit ausgehenden Delegitimationseffekte als problematisch ansah. Diese Einstellung hat sich geändert: Ihre Maßnahmen sind von der Überzeugung geprägt, daß die systemstabilisierenden Wirkungen des Sozialstaates nicht mehr benötigt werden, weil aufgrund der individualistischen Verarbeitung ihrer Degradierung und aufgrund ihrer sozialen Heterogenität die Krisenopfer nur eingeschränkt handlungsfähig sind und deshalb als politisches Bedrohungspotential ignoriert werden können.

Der herrschende Block hat registriert, daß die Abspaltung der ökonomisch weitgehend funktionslos gewordenen Bevölkerungsteile nicht nur keine destabilisierenden Konsequenzen hat, sondern sie im Gegenteil noch als Bedrohungskulisse nützlich sein können: Ihre Existenz ermahnt die noch Arbeitenden, daß es ihnen auch schlechter gehen könnte, zumal es charakteristisch für die neue Klassenlandschaft ist, daß die Zonen der Integration und der Ausgrenzung eng

beieinander liegen. Nicht selten gibt es einen Wechsel zwischen den heterogenen Positionen; Gewinner und Verlierer wohnen häufig Tür an Tür und immer häufiger sind Aufstieg und Abstieg biographische Phasen innerhalb eines Lebenslaufes. Schon deshalb repräsentieren die Ausgegrenzten kein eigenständiges Klassensegment. Aber prinzipiell noch deshalb, weil sie Formen sozialer Verwundbarkeit ausgesetzt sind, denen nur Arbeitskraftverkäufer unterliegen können. Dieser Tatsache entsprechend ist das Schicksal der Ausgrenzung und Marginalisierung ein kollektives, auch wenn durch eine selbstunterdrückende Verarbeitungsform dieses Orientierungswissen den Krisenopfern nicht unmittelbar zur Verfügung steht. Aber die geistige Paralyisierung durch stagnative oder regressive Formen der Widerspruchsverarbeitung³⁹ sind regelmäßige Begleiterscheinungen von Vergesellschaftungskrisen. Während Apathie und Resignation, Rückzugs- und irrationale Protestbedürfnisse (die sich u. a. in der Wahl rechter Parteien ausdrücken) in den Prosperitätsphasen der bundesrepublikanischen Gesellschaftsentwicklung von marginaler Bedeutung waren, werden sie in der Krise zu einer auffälligen Erscheinung.

39 Vgl. Hartmut Krauss: Das umkämpfte Subjekt. Widerspruchsverarbeitung im »modernen« Kapitalismus, Berlin 1996, S. 126 ff.

Achtens

Der Armutsentwicklung und Ausgrenzungsdynamik liegen politische Entscheidungen zugrunde: Nicht Armut und Arbeitslosigkeit werden bekämpft, sondern die Krisenopfer. Systematisch wird das »soziale Netz« ausgedünnt und der administrative Druck erhöht. Neben den diversen Kürzungen von Unterstützungsleistungen werden auch bestehende Regelungen restriktiver angewandt. Immer häufiger werden mit konstruierten Begründungen gesetzlich garantierte Hilfeleistungen verweigert und Arbeitslosengeldzahlungen nach Antragstellung wochenlang künstlich hinaus gezögert, so daß viele Betroffenen in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten. Zusätzlich werden den Arbeitslosen absurde Rituale der Selbstdemütigung abverlangt: Auch ohne die geringste Einstellungschance zu besitzen, müssen Bewerbungsversuche unternommen werden. 50jährige werden zur Suche nach Positionen gedrängt, die selbst 40jährige aus »Altersgründen« kaum noch erhalten und schwangere Frauen auf den langen Marsch einer (alleine schon wegen ihres »Zustandes«) vergeblichen Arbeitsuche geschickt. Der Zweck des Drucks auf die Arbeitslosen ist erfüllt, wenn noch mehr von ihnen resignieren und in das Lager der »Entmutigten *überwechseln*, die dem Arbeitsmarkt fernbleiben oder sich von ihm zurückgezogen haben, ohne noch in der offiziellen Statistik in Erscheinung zu treten«.⁴⁰

Obwohl sich durch die veränderte Akkumulationsdynamik und die politischen Strategien der sozialen Spaltung die gesellschaftlichen Randzonen vergrößert haben, spricht vieles dafür, den Charakter der subproletarischen Gruppen in den kapitalistischen Kernländern Europas anders als in den Vereinigten Staaten zu bestimmen. Nur in der sozialstatistischen Fixierung besitzen sie einen stationären Charakter. Es etabliert sich zwar eine »stabile« Zone, die von Dauer-Arbeitslosen, Immigranten und Behinderten bevölkert wird. Neben diesem »Bodensatz« wird sie von einer nicht geringen Zahl von Menschen bevölkert, für die eine solche »Unterklasse« nur ein Durchgangsstadium bildet: Nur ein Teil bleibt für immer aus der Arbeitswelt ausgeschlossen.

40 Martin Kronauer: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/M. 2002, S. 98.

Die Überwindung der Randständigkeit markiert jedoch immer häufiger den endgültigen Verlust des ehemaligen sozialen Status und die Ausgrenzung aus der Welt eines relativen Wohlstands.

Neuntens

Daß eine verantwortungslose Elite ihre eigenen Interessen zunehmend ohne Rücksicht auf die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen durchsetzt und bereit ist, die »Überflüssigen« sozial »abzukoppeln«, hat einen handfesten Hintergrund: Die Zahl der für die Mehrwerterzeugung nach kapitalistischen Akkumulationsgesetzen benötigten Arbeitskraft-Verkäuferinnen und -Verkäufer hat rapide abgenommen und wird weiter abnehmen. Es gibt glaubwürdige Schätzungen, daß in einem überschaubaren Zeitraum nur noch für 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Arbeitsplätze vorhanden sein werden.

Daß mit der Umsetzung der bundesrepublikanischen »Arbeitsmarktreformen« und mit dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit Unternehmensberaterkonzerne beauftragt wurden, die als Experten für soziale Verantwortungslosigkeit ausgewiesen sind, macht vor diesem Hintergrund durchaus »Sinn«: Wie im privatwirtschaftlichen Bereich besteht ihre Dienstleistung darin, Umorganisationen als »objektive Sachzwänge« darzustellen. Formal im Auftrag einer kopflosen Politik handelnd, vertreten sie jedoch objektiv die Interessen einer gesellschaftlichen Elite, deren Anteil am Steueraufkommen, also an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben einen historischen Tiefstand erreicht hat und deren ökonomische Reproduktionsbedürfnisse von den Formen sozialer Destruktion nicht zu trennen sind.

Die sozialen Spaltungs- und Polarisierungstendenzen bedeuten mehr als nur eine Verschärfung der Existenzunsicherheit und die Zunahme der schon seit längerem wirkenden sozio-strukturellen Diversifizierungstrends. Die Intensität der Entwicklung berechtigt, von einer Neugestaltung des klassengesellschaftlichen Gefüges zu sprechen. Eine Wiedergeburt erleben soziale Widerspruchsformen aus der Früh- und Aufstiegsphase des Kapitalismus – die jedoch etwas anderes als in der Vergangenheit bedeuten: Sie werden realitätsprägend zu einem Zeitpunkt, an dem aufgrund des Produktivkraftniveaus eine »andere Welt«, soziale Zustände ohne Ausbeutung, Verunsicherung und Ausgrenzung möglich wären.

Ob durch die Spaltungsprozesse auch innerhalb der subalternen Schichten langfristig die »Übersichtlichkeit« traditioneller Klassengrenzen verloren geht, ist eine Frage, die nicht so vorschnell beantwortet werden sollte, wie es manchmal geschieht. Wenn der Umbau der Klassengesellschaft im gegenwärtigen Tempo voranschreitet, werden neue Grenzlinien entstehen und die Differenzen zwischen den gesellschaftlichen Hauptgruppen markanter ausfallen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Eine strukturelle Konstanz in den Grundlinien dürfte gemeinsam mit relationalen Verschiebungen innerhalb der Klassenblöcke auftreten. Momentan scheint es so, daß Vorstellungen von einer Drittelung der Gesellschaft in einen herrschenden Block, ein mehrfach gegliedertes Mittelfeld mit auskömmlichen Lebensbedingungen und einer sozialen und ökonomischen Dispositionsmasse, die aus dem letzten Bevölkerungsdrittel besteht, noch von einem ungerechtfertigten Optimismus geprägt ist.

Denn schon 1998 verfügten in der Bundesrepublik 40 Prozent der Erwerbstätigen nur über ein monatliches Nettoeinkommen von (teilweise deutlich weniger als) 1 100 Euro. Und der Endpunkt dieses Sogs nach unten ist noch lange nicht erreicht. Die Zielprojektion ihrer Umgestaltungskonzepte haben die neoliberalistischen Strategen jedenfalls niemals verschwiegen: Im Extrem soll »einfache Arbeit in Deutschland nicht höher entlohnt werden als in Tschechien, auf Dauer auch nicht höher als auf dem indischen Subkontinent«.⁴¹

Zwar sind die Entwicklungen noch nicht abgeschlossen, die Grundzüge des Gesellschaftsumbaus jedoch schon zu erkennen: Das neue Klassengefüge fundiert in einer Neuformierung des herrschenden Blocks, in dem nur noch beschränkt Platz für die traditionellen Mittelschichten ist. Exakt zu dem Zeitpunkt, als eine angeblich »neue Mitte« zur politischen Universalkategorie avancierte, begann die allmähliche Erosion ihres Status, begannen Unsicherheit und soziale Orientierungslosigkeit ein ehemaliges Gefühl der Selbstsicherheit zu überdecken.⁴²

Die Rationalisierungswellen sind momentan in den »Weiße-Kragen«-Abteilungen angekommen. Ganze Managementebenen werden »abgebaut«, Dienstleistungstätigkeiten im Bankgewerbe automatisiert und der öffentliche Dienst für Berufsanfänger weitgehend geschlossen. Selbst Positionen des »gehobenen Dienstes« werden immer häufiger nur noch auf der Basis von Zeitverträgen besetzt.

Nicht auszuschließen ist, daß die Mittel- und Oberschichtsegmente zukünftig gemeinsam nur noch einen Umfang von kaum mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Auf kaum ein Drittel der Bevölkerung dürfte sich – bei Fortexistenz der bestehenden Trends – der Umfang einer »neuen« Zwischenschicht belaufen. Sie kann – im Vergleich zur übrigen Bevölkerung – als relativ privilegiert eingestuft werden, wird aber nur noch phasenweise den Gewißheits- und Einkommensstatus der traditionellen Mittelklassen besitzen. Auch ihre Existenz wird von Unsicherheit, vom Zwang zur »Flexibilität« in jeglicher Hinsicht geprägt sein. Phasenweise können sie sich als »Gewinner« der Umgestaltungen fühlen, ohne sich aber des Erreichten je sicher zu sein. Langfristig dürften besonders die neuen Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose die Biographiemuster der Mitglieder der »neuen Mittelschicht« nachhaltig prägen. Durch den Zwang, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen, wird die soziale Rückstufung institutionalisiert, die temporäre Unsicherheit einer Arbeitslosigkeitsphase durch die reale Gefahr eines lebensgeschichtlichen Bruchs überlagert.

Nur wenig bleibt im Mahlstrom der kapitalistischen Neuformierung von den soziologischen Trugbildern einer, die traditionellen Klassengrenzen nivellierenden »Mittelstandsgesellschaft« übrig. Die Unsicherheit wird universal: Auch temporär Privilegierte können sich in der Gruppe der »Verlierer« der Umwälzungen wiederfinden, jener Hälfte der Bevölkerung, die zur ökonomischen Dispositionsmasse degradiert, nur noch einen unsicheren Platz *innerhalb* und immer häufiger *auch am Rande* des Erwerbssystems erwarten kann. Der schon mehrfach prognostizierte »Abschied von der Klassengesellschaft« scheint erneut aufgeschoben.

41 Herbert Giersch, in: Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit, Stuttgart 1994, S. 158.

42 Vgl. Barbara Ehrenreich: Die Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992.

MICHAEL WOLF

»Aktivierende Hilfe«

Zu Ideologie und Realität
eines sozialpolitischen Stereotyps

Michael Wolf – Prof. Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler, Professor für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz; zuletzt in UTOPIE kreativ: Von der »konzertierten Aktion« zum »Bündnis für Arbeit«, Heft 117 (Juli 2000), S. 669-680.

Der Artikel basiert auf vorbereitenden Arbeiten zu einem Streitgespräch zum Thema »Aktivierende Hilfen zwischen Eigenverantwortung und Sozialdarwinismus«, das an der Fachhochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwesen, geführt wurde. Für die Anregung zu dem Streitgespräch ist den Studierenden ebenso zu danken wie Karl-Heinz Lindemann, dem Kontrahenten, für seine Bereitschaft zur Teilnahme an selbigem.

1 Vgl. zum Konzept des »aktivierenden Staates« allgemein *Lamping et al.* (2002), zu dessen Bedeutung als Ansatz zur Umgestaltung des Sozialstaats im besonderen die Beiträge in *Dahme et al.* (2003) sowie *Mezger/West* (2000).

2 Die Semantik von der Sozialstaatskrise ist zwar falsch, warum sie als herrschende sich durchgesetzt hat, aber dennoch begründbar: Die Veränderung der politischen Großwetterlage

»Die Zeit kommt, in der Schweigen Verrat ist. Wir sind gefordert, für die Schwachen zu sprechen, die keine Stimme haben: für die Opfer unserer Nation, die sie ›Feinde‹ nennt.«
(Martin Luther King)

»Wer inmitten einer um sich greifenden sozialen Aphasie nicht mehr in der Lage ist, für sich zu sprechen, weil ihm im entscheidenden Augenblick nur noch das intermedial vermarktete Schlagwort einfällt, der ist zur politischen (...) Willensbildung nicht mehr fähig und stellt als indifferenter, manipulierbarer Wechselwähler oder Konsument eine Gefahr für die Demokratie dar.«
(Peter V. Zima)

Wer heute zu einer Wortmeldung zum Thema »aktivierende Hilfe« sich aufgrund der darob geführten Diskussion aufgefordert sieht, hat zu vergegenwärtigen, daß diese Diskussion eingespannt ist in jenen größeren Diskurs, der in Politik und Wissenschaft unter dem Begriff »aktivierender Sozialstaat«¹ stattfindet und der auf die allseits bekannten Finanzierungs- und Steuerungsprobleme des Sozialstaates mit der Formulierung geeigneter Lösungen zu antworten versucht². Geleitet wird dieser Diskurs von dem sozialpolitischen Stereotyp, daß die durch den Sozialstaat beziehungsweise Soziale Arbeit geleistete Hilfe unwirksam sei und den Status scheinbarer wie auch realer Hilfebedürftigkeit der Betroffenen verfestige, weil die den Betroffenen erwiesene Hilfe nicht nur deren Eigenmotivation und Eigeninitiative nicht fördere, sondern diese sogar hemme. Auf der Grundlage dieser Vorstellung wird vorgeschlagen, die durch den Staat gewährte Fremdhilfe so weit zurückzunehmen, bis bei den Betroffenen die Einsicht zur Notwendigkeit von Eigen- oder besser Selbsthilfe greift.³ Pointiert formuliert, könnte man also sagen: Die beste Hilfe, die man jemandem angedeihen lassen kann, ist die, sie ihm ganz zu entziehen, weil auf diese Weise Eigenverantwortung effektiv gestärkt werden kann.

Gegen diese von den Protagonisten der »aktivierenden Hilfe« vertretene Auffassung sollen im folgenden einige Argumente vorgetragen werden. Hierbei wird in einem *ersten* Schritt (I) auf die ausgesprochen geringe empirische wie theoretisch-analytische Fundiertheit des Stereotyps eingegangen. Mit Bezug auf die Ebenen von Interaktion und Organisation gilt es in einem *zweiten* Schritt (II), sich Klarheit zu verschaffen über die institutionellen Rahmenbedingungen, unter de-

nen personenbezogene soziale Hilfeleistungen durch den Sozialstaat beziehungsweise die Soziale Arbeit erbracht werden. Daran anschließend wird in einem *dritten* Schritt (III) ein Ebenenwechsel vorgenommen, indem die bis dahin angestellten Überlegungen zum Phänomen »Hilfe« beziehungsweise »Helfen« durch Rückbezug auf die aktuelle Diskussion über »aktivierende Hilfe« gesellschaftstheoretisch verortet werden. Auf dieser Grundlage kann dann in einem *vierten* und letzten Schritt (IV) am Beispiel der aktivierenden Beratung à la Hartz IV gezeigt werden, daß diese mitnichten die Selbstständigkeit der (arbeitslosen) Bürger zu fördern trachtet, sondern, ganz im Gegenteil, diese einer (Selbst-)Kolonialisierung unterwirft, an deren »(idealem) Ende selbstbestimmtes Verhalten in rollengerechtem restlos« (*Fach* 2000: 121) aufgeht.

Um nicht von vornherein einem Mißverständnis aufzusitzen, sind zuallererst jedoch zwei klärende begriffliche Anmerkungen vonnöten. Zum *ersten*: Wenn im folgenden von »Hilfe« oder von »Helfen« die Rede ist, so ist damit nicht jegliches soziale Handeln gemeint, mit dem jemand einen Beitrag zur Befriedigung eines Bedürfnisses eines anderen leistet, wobei dieser Beitrag, negativ formuliert, auch in der Reduzierung oder Beseitigung einer Notlage bestehen kann. Wenn hier von »Hilfe« oder »Helfen« die Rede ist, so geht es um das organisierte verberuflichte Bemühen zur Überwindung einer Mängellage durch Bereitstellung der dazu erforderlichen Ressourcen. Im Zentrum der Überlegungen stehen also nicht alltagsweltliche Hilfeleistungen wie etwa die materiellen Zuwendungen im Rahmen einer Kollekte oder der emotionale Beistand nach einem schweren Schicksalsschlag oder das Geben einer informativen Anregung zur Lösung eines Problems. Die nachstehenden Überlegungen beziehen sich vielmehr auf die im Rahmen von Organisationen institutionalisierten und verberuflichten Formen der alltagsweltlichen Hilfeleistungen, wie sie durch den Sozialstaat, und hier namentlich die Soziale Arbeit, erbracht werden. Zum *zweiten*: Mit der Verwendung des Epithetons »aktivierend« soll zum Ausdruck gebracht werden, daß »aktivierende Hilfe« dem Prinzip »Eigenaktivitäten auslösen« folgt, womit unterstellt wird, daß Aktivieren ein Vorgang ist, der jemanden, der noch nicht oder nicht mehr aktiv ist, aber aktiv sein könnte, durch einen Impuls von außen, eben Hilfe, aktiv macht, zu Aktivität befähigt. Das heißt, bei »aktivierender Hilfe« handelt es sich um die Mobilisierung eines immer schon vorausgesetzten Handlungspotentials, weswegen auch nur dasjenige aus jemandem herausgeholt werden kann, was diesem seiner Möglichkeit nach bereits innewohnt.⁴

I

Die von den Apologeten der »aktivierenden Hilfe« vorgenommene Problemdiagnose und Problemtherapie stützt sich ersichtlich nicht auf verallgemeinerbares empirisches Wissen, sondern auf bestenfalls hegemonial gewordene Deutungskonventionen⁵ und bloße Kausalitätsvermutungen. So zeigen beispielsweise sowohl ältere international vergleichende wie auch neuere nationalstaatlich fokussierte empirische Untersuchungen zur Problematik des Mißbrauchs von Sozialleistungen, daß, hoch gegriffen, nur fünf von 100 Transferleistungsempfängern diese unrechtmäßig bezogen (vgl. *Henkel/Pawelka*

durch den Durchbruch des politischen Projektes des Neoliberalismus einerseits und den Zerfall der ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas andererseits hat zu einer Renaissance des Universalitätsanspruches marktwirtschaftlicher Vergesellschaftung in Theorie und Praxis geführt und die Idee einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit befreiten gesellschaftlichen Zukunft einstweilen als eine Schimäre diskreditiert. Die Kritik am Sozialstaat gab es allerdings schon immer, so etwa durch *Hayek* (2003), den noch heute viele Liberale idolisieren wegen seiner erstmals vor über sechs Dezennien erschienenen Kampfschrift »Der Weg zur Knechtschaft«, mit der er dem Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat eine radikale Absage erteilt.

3 Vgl. statt anderer ausdrücklich *Feist* (2000). – Obwohl, begriffsgeschichtlich betrachtet, der Begriff der Eigenhilfe, anders als der der Selbsthilfe, auf »(Rest-) Bestände einer zu bewahrenden oder neu zu entwickelnden Eigenständigkeit lebensweltlicher Nahbereiche« (*Nokielski/Pankoke* 1982: 279) verweist, ist dem Begriff der Selbsthilfe hier der Vorzug zu geben, da er strukturell stets auf ein Handeln anderer und damit auf Fremdhilfe bezogen ist, was in der sozialpolitischen Phrase von der »Hilfe zur Selbsthilfe« lapidar zum Ausdruck kommt.

4 Zum Begriff der Aktivierung mit Bezug auf die aristotelische Akt-Potenz-Lehre vgl. *Kocyba* (2004).

5 Das Stereotyp ist im Alltagsdenken auch wegen seiner medialen Vermittelt-

heit zugänglich und kann seine Interessegeleitetheit nicht leugnen, soll heißen, daß jene, die auf sozialstaatliche Hilfeleistungen nicht angewiesen sind, diese aber mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanzieren, die sogenannten Leistungsträger der Gesellschaft, wenig geneigt sind, für das materielle Auskommen von Transferleistungsempfängern, insbesondere von Arbeitslosen, aufzukommen. Es entbehrt nicht einer gewissen Anstößigkeit, daß etliche der »Leistungsträger« des Öffentlichen Dienstes oder auch der Gewerkschaften es über viele Jahre politischer Auseinandersetzung zuwege gebracht haben, nach einem bestimmten Bestand des Arbeitsverhältnisses faktisch unkündbar zu sein, weswegen ihnen denn auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als entgangenes Einkommen erscheinen.

6 Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang überdies zum einen, daß trotz der Tatsache der fast ausschließlich einnahmeseitig bedingten Finanzierungsprobleme des Sozialstaats dessen Ausgabeseite im Vordergrund der Kritik steht (vgl. *Butterwegge* 1999: 442), und zum anderen, daß der drastischen Klage über den Anteil der Sozialhilfeaufwendungen der Kommunen realiter die empirische Grundlage fehlt, ist dieser mit etwa 5 Prozent doch ungleich niedriger als die kommunalen Aufwendungen für Kindererziehung oder Beschäftigungsförderung (vgl. *Spindler* 2003a: 226).

7 So die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 06.09.2001, die sich auf das

1981; *Trube* 2003: 195) und daß Sozialhilfeempfänger, entgegen dem Stereotyp, sich auch durch Annahme gering entlohnter Tätigkeiten darum bemühen, ihre materielle Situation zu verbessern und unabhängig von staatlichen Zuwendungen zu werden (vgl. *Gebauer et al.* 2002: passim).⁶ Mit Vorsicht zu genießen ist auch die zum Beispiel seitens der Stadt Köln, dem »Wisconsin am Rhein«,⁷ zum besten gegebene Zahl, fast jeder dritte Jugendliche sei aus dem Leistungsbezug ausgeschieden, nachdem ernst gemacht worden sei mit der »aktivierenden Hilfe« in Form der Zuweisung in Arbeit, da nicht feststeht, womit die Jugendlichen nunmehr ihren Lebensunterhalt bestreiten (vgl. *Scholz* 2004: 398)⁸. Aber es gibt ja bekanntlich eine Reihe von zwar alternativen, aber nicht unbedingt legalen oder zumindest sozial geachteten Reproduktionsmöglichkeiten wie Bettel, Diebstahl, Raub oder Prostitution. Deswegen kann auch begründet davon ausgegangen werden, daß mit der Ausgrenzung derer, die aufgrund der Versagung oder des Entzugs von staatlichen Unterstützungsleistungen sehen müssen, wie sie ihr Leben mehr schlecht als recht fristen, nur scheinbar im Interesse des Gemeinwohls gehandelt wird. Würde nämlich in Rechnung gestellt, was man gemeinhin »soziale Kosten« nennt, so würde deutlich, daß man »den *Gewalterhaltungssatz* nicht beschummeln (kann): Gewalt geht nie verloren, die strukturelle Gewalt, die von den Finanzmärkten ausgeübt wird, der Zwang zu Entlassungen und die tiefgreifende Verunsicherung der Lebensverhältnisse, schlägt auf lange Sicht als Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmißbrauch, Alkoholismus zurück, in all den kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags.« (*Bourdieu* 2004: 60)

Das Stereotyp unterstellt aufgrund seines Mittelschichtbias⁹ einerseits und der Interessegeleitetheit seiner Vertreter andererseits den Betroffenen prinzipiell Handlungsvermögen und schreibt diesen Eigenverantwortung für ihr Handeln und damit Schuld für Verfehlungen zu. Hierzu ist folgendes anzumerken. Gesetzt den Fall, jemand entscheidet sich, eigenverantwortlich zu handeln, dann heißt dies, daß diese Person Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen beabsichtigt. Sie macht sich damit zum Subjekt von gesellschaftlichen Zurechnungsregeln und -praktiken, womit sie zum Adressaten von Handlungs- und Unterlassungspflichten wird, deren Verletzung wie auch Erfüllung ihr entweder als Schuld oder als Erfolg zugerechnet wird. Verantwortlich ist jemand jedoch nur für das, wofür er etwas kann, was die Frage nach der Bedeutung und den Voraussetzungen des Dafür-Könnens aufwirft. Als Minimalbedingung gehört hierzu die Handlungsfähigkeit, das heißt das Vermögen einer Person, kausal und intentional Ereignisse herbeiführen, Zustände verändern, Prozesse auslösen, also etwas in der Welt bewirken zu können. Einer Person zurechenbar sind allerdings nur solche Handlungsfolgen, die sie normalerweise voraussehen und aufgrund dieser Voraussicht auch kontrollieren und, bei unerwünschten Folgen, auch vermeiden hätte können. Die Frage, ob eine Person etwas für die Folgen ihres Handelns kann, läßt sich letztlich nur dann beantworten, wenn man Aussagen über die internen und externen Handlungsbedingungen machen kann, unter denen konkret gehandelt wird, wozu kognitive Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten, Willensstärke und psychische Dispositionen wie Selbstkontrolle und

-steuerung ebenso gehören wie die materiellen, zeitlichen, kulturellen und sozialen externen Faktoren, die aus dem Handelnden die Person gemacht haben, die sie ist.

Wenn nun die Protagonisten der »aktivierenden Hilfe« die Adressaten ihrer Hilfsmaßnahmen anzuhalten trachten, eigenverantwortlich zu handeln, so ist in der realen Welt – anders als in den Köpfen der Aktivierungsvertreter – zunächst einmal völlig offen, ob es sich bei den Voraussetzungen und Bedingungen eigenverantwortlichen Handelns um ein tatsächlich vorhandenes und nur wieder zu aktivierendes internes persönliches Vermögen handelt und ob der Mobilisierung des Handlungsvermögens externe Hemmnisse entgegenstehen, was beispielsweise dann gegeben ist, wenn äußere Zwänge oder prekäre Lebenslagen andere Entscheidungen verlangen, als sie bei einem freien Gebrauch der eigenen Fähigkeiten getroffen würden. Dann können selbst die vorhandenen persönlichen Vermögen nicht viel ausrichten. Und für den Fall, daß die Hilfeadressaten überhaupt nicht im Besitz des ihnen zugeschriebenen Handlungsvermögens sind, kann »aktivierende Hilfe« kontraideell ohnehin nicht das bewirken, was sie bezweckt.¹⁰ Daraus folgt, daß sowohl im Falle eines unzureichenden Handlungsvermögens wie auch im Falle der Existenz externer Restriktionen zur Mobilisierung desselben dem Adressaten der »aktivierenden Hilfe« eine Aufforderung zur eigenen Initiative als grotesk erscheinen muß und von ihm als eine – unter Umständen sogar repressiv aufgenötigte – Form der Fremdbestimmung und Disziplinierung erlebt wird, was selbstredend auch dann zutrifft, wenn der Adressat der Aufforderungen sich selbst und seine Fähigkeiten anders deutet und versteht, als ihm seine Aktivierer zutun.¹¹

II

Für die Auslösung der in Organisationen institutionalisierten und verberuflichten Hilfeaktivitäten ist nun allerdings charakteristisch, daß sie weder auf der Grundlage von reziproken Erwartungsstrukturen (wie in segmentär differenzierten Gesellschaften) noch auf der von religiös-moralischen Motiven (wie in stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften) erfolgt, sondern daß sie hier und heute (das heißt in funktional differenzierten Gesellschaften) in Entscheidungsprogrammen begründet ist, in denen definiert wird, wem wann wie geholfen werden kann, soll oder muß.¹² Damit ist zugleich die Herausbildung einer asymmetrischen Beziehung zwischen dem hilfebedürftigen beziehungsweise hilfesusuchenden Klienten und dem potentiell hilfeleistenden Helfer verbunden, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob die Entscheidungsprogramme als ein an einem Wenn-dann-Prinzip orientierten Konditionalprogramm oder als ein an einem Zweck-Mittel-Prinzip orientierten Finalprogramm rechtlich institutionalisiert sind.

Bei den konditionalprogrammierten Hilfeleistungen, die vornehmlich bei den aufgrund von Beitragszahlungen erworbenen Versicherungsleistungen anzutreffen sind, zeigt sich die Asymmetrie zwischen Helfer und Klient insbesondere in der administrativen Kalibrierung der als Hilfeersuchen öffentlich zutage tretenden Not- oder Mängel-lage. Bekanntlich erweist sich die institutionelle Logik der Sozial-

»Wisconsin Works« oder auch »W-2« genannte US-amerikanische Workfare-Programm Milwaukees bezieht, dem wegen seiner obligatorischen Arbeitsverpflichtung für alle Sozialhilfeempfänger in Wissenschaft und Politik eine hohe Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde und das Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch Anlaß war, mit der Einbringung des OFFENSIV-Gesetzes (Optimal Fördern und Fordern – **ENG**agierter **S**ervice **I**n **VER**mittlungsagenturen) in den Bundesrat ein entsprechendes Programm zur Reform der Sozialhilfe zu initiieren.

8 Überhaupt muß festgehalten werden, daß infolge der Kurzatmigkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien (das SGB III ist von 1997 bis 2002 nicht weniger als 38mal novelliert worden) seriöse Untersuchungen hinsichtlich der Programmeffekte fehlen, weswegen zu Recht von einem »Politikmodus der Entwertung vergangener Konzepte« (Blanke 2003: 4) zu sprechen ist.

9 Das Kölner Sozialamt verteidigt den Zwang zur Arbeit mit dem Argument, das Prinzip der Freiwilligkeit von Hilfemaßnahmen sei rein mittelschichtorientiert und bei der Sozialhilfe-klientel inopportun, weil diese wegen mangelnder Einsichtsfähigkeit die Güte der angebotenen Hilfe nicht beurteilen könne (vgl. Brühl 2004: 107).

10 »Wer über zu wenig oder gar keine materielle Ressourcen verfügt, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen selbst zu gestalten, wer weder Zeit noch Geld hat, sich ausreichende Informationen über seine oder

ihre Entscheidungsgrundlagen zu verschaffen, wer wegen mangelnder Bildungsvoraussetzungen nur geringe Kenntnisse über die Welt und nur wenige Fertigkeiten erworben hat, wer aufgrund seiner Herkunft oder infolge nachteiliger Familienverhältnisse die psychischen Dispositionen der Selbstkontrolle und Selbststeuerung nur unzureichend auszubilden vermochte, wer infolge sozialer Marginalisierung oder sozialisationsbedingter Nachteile keinen oder nur wenig Zugang zu kulturellen Ressourcen für die Entwicklung eigener Lebensentwürfe und Handlungspläne hat, wer sich infolge von Anerkennungsdefiziten schnell kommunikativ entmutigen lässt und wer nicht zuletzt durch Krankheit, Alter, Armut darin gehindert ist, selbst über seine oder ihre Lebensverhältnisse zu entscheiden, dem wird auch die Aufforderung, eigene Initiative zu ergreifen und vom eigenen Können Gebrauch zu machen, unverständlich bleiben.« (Günther 2002: 127 f.)

11 Es ist bezeichnend für die Verlogenheit der »Stiefeltreppolitik« (Grottian et al. 2003: 2) der Aktivierungsapologeten, daß in ihrem Sprachgebrauch die Möglichkeit der kollektiven statt nur individuellen Wahrnehmung von Eigenverantwortung begrifflich ausgeschlossen wird. Dies zeugt einerseits von einem beträchtlichen Demokratiedefizit, ist doch die von den Bürgern gemeinsam wahrgenommene Eigenverantwortung gerade das normative Ideal von Demokratie, verwundert andererseits aber nicht. Denn was anderes kann man erwarten von jemandem, der den Staat betrachtet als »Unterneh-

bürokratie für die Hilfesuchenden tendenziell als ein Prokrustesbett, weil das, was nicht in den Raster der vorgesehenen Probleme und der dafür bestimmten Lösungen und hierfür bereitgestellten Handlungsressourcen Recht und Geld paßt, nicht be- und verarbeitet wird, so daß die Hilfesuchenden gehalten sind, ihr individuelles Problem entsprechend der institutionell verankerten selektiven Problemprezeption der Sozialbürokratie zu kommunizieren. Achinger bringt diese Gegebenheit zutreffend auf den Punkt: »Die gesetzlich begründeten Institute geben den Dingen ihren Namen. Sie definieren und benennen soziale Tatbestände solange, bis auch die Notleidenden selbst ihren Zustand nur unter diesen Titeln begreifen.« (Achinger, H.; zit. nach: Tennstedt 1976: 147)

Das heißt, die Gewährung und Ausgestaltung der Hilfe wird nur sehr indirekt über das subjektive Leiden und die Bedürfnisse des Hilfesuchenden bestimmt, sondern von den strukturellen Rahmenbedingungen der Institution Sozialbürokratie und der ihr unterworfenen Mitarbeiter, den Helfern, gesteuert, was je nach politischer (und ökonomischer) Konjunktur in durchaus verschiedene Richtungen gehen kann, doch für gewöhnlich die spezifische Lage des hilfesuchenden Klienten verfehlt.

Die Asymmetrie zwischen Helfer und Klient läßt sich bei den mit einer Vielzahl von »unbestimmten Rechtsbegriffen« und »General Klauseln« arbeitenden Finalprogrammen, wie sie für die auf dem Fürsorgeprinzip basierenden Hilfeleistungen typisch sind, an den Konsequenzen der in der Regel weitgehend offen formulierten Rechtsansprüche auf Hilfeleistungen ablesen, aus denen weder eindeutige Forderungen an die beruflichen Helfer noch praktikable Kriterien für die Angemessenheit der jeweiligen Hilfeleistungen sich ableiten lassen. Dies führt dazu, daß der Hilfesuchende beziehungsweise Hilfeempfänger sich den Regeln des Hilfespiels unterwerfen muß, wenn er Hilfe erhalten will, während es, zumindest zum Teil, im Ermessen des Helfers liegt, ob er sich überhaupt auf das Hilfspiel einlassen will beziehungsweise wie er es im einzelnen gestalten will. Eng damit verbunden ist der Sachverhalt, daß sich die Helfer-Klient-Beziehung als eine Experten-Laien-Interaktion charakterisieren läßt, bei der der Helfer die Rolle eines mit Deutungs-, Definitions- und Entscheidungsmacht ausgestatteten Experten einnimmt, weil dessen Wissen als ein dem Laienwissen überlegenes gilt, das als solches vom Klienten angenommen oder auch abgelehnt werden kann. Allerdings wird eine Ablehnung als Infragestellung des Expertenstatus gewertet. Damit entscheiden die Helfer über die Zumutbarkeit privater Leidbewältigung, über angemessene Behandlungszeiten und -formen, über Risiken, die von den Hilfesuchenden beziehungsweise -empfängern einzugehen sind, und vor allem über das, was professionell »richtiges« Helfen ist. Und all dies, obwohl die Frage, ob Hilfebedürftigkeit besteht, nicht allein von dem Helfer festzustellen ist, sondern nur das Ergebnis einer gemeinsamen Erörterung sein kann, wie auch die Mittel, mit denen, und die Ziele, auf die hin zu helfen ist, keineswegs von Anfang an festliegen, sondern ebenso als Ergebnis eines diskursiven Prozesses legitimierbar sein müssen, wenn an der vernunftmäßig begründbaren Einsicht und dem darauf aufbauenden Postulat festgehalten wird, daß es ein Recht des Hilfe-

bedürftigen auf ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben gibt, dem die sittlich begründete Pflicht, diesem die hierzu erforderliche Unterstützung angedeihen zu lassen, korrespondiert. Zu ignorieren, daß nur der Hilfebedürftige selbst authentisch über seine Hilfebedürftigkeit befinden kann, hieße, dessen Würde zu verletzen und dessen Vorstellung von der Führung eines gelingenden Lebens zu mißachten. Denn wie kann es angehen, des Menschen Würde für unantastbar zu halten und schützen zu wollen, wie es zum Beispiel das Grundgesetz in seiner Zentralnorm Art. 1 GG vorsieht, ohne daß diejenigen, die da Würde besitzen sollen, mitbestimmen, was denn ihre Würde wirklich sei?

Auch wenn das in Organisationen institutionalisierte verberuflichte Helfen als ein sozialer Interaktionsprozeß beschrieben werden kann, in dem Helfer und Klient gemeinsam mit der Definition dessen beschäftigt sind, was dem Klienten fehlt und wie Abhilfe geschaffen werden kann, drückt sich in den sachlich-inhaltlichen, zeitlich-räumlichen und sozial-interaktiven Rahmenbedingungen eines solchen Klärungsprozesses die Asymmetrie zwischen Helfer und Klient als ein strukturelles Gewaltverhältnis aus, das gegenüber dem Klienten jedoch abgeschirmt beziehungsweise positiv uminterpretiert wird, zum Beispiel durch spezifische Hilfeideologien wie etwa die paternalistisch verbrämte der »aktivierenden Hilfe«, deren Vertreter vorgeben, die betreffenden Hilfemaßnahmen würden nur vollzogen zum Wohlergehen des Hilfeadressaten, wenn auch unter Umständen ohne deren Einwilligung und im Extremfall sogar gegen deren Willen. Damit wird der Hilfeempfänger als Beurteiler der Frage, ob und wie die Hilfemaßnahme ihm geholfen hat, tendenziell ausgeschaltet. Nicht die Frage, wie es dem Klienten geht und was er von der ihm erwiesenen Hilfe hält, sondern ob professionell »richtig«, das heißt entsprechend der institutionell vorgegebenen Standards geholfen wurde, wird zum Erfolgskriterium.¹³ Deshalb ist der Satz »Operation gelungen, Patient tot« die zu Ende gedachte Logik verberuflichter Hilfe.

III

Indem die bisherige Argumentation »Hilfe« beziehungsweise »Helfen« weitgehend als einen zwischen Helfer und Klienten sich abspielenden sozialen Interaktionsprozeß beschrieb, wurde fürs erste davon abgesehen, die vorgetragenen Überlegungen auf die aktuelle Diskussion über »aktivierende Hilfe« rückzubeziehen. Will man nicht Ideologien und Mythen aufsitzen und diese ohne Sinn und Verstand reproduzieren, ist ein solcher Rückbezug aber angezeigt, denn Helfen findet ja nicht im gesellschaftlich luftleeren Raum statt. Das heißt, eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Effektivität und Effizienz sozialpolitischer Hilfeleistungen hat darauf zu reflektieren, daß der Diskurs über »aktivierende Hilfe« vom Virus des Neoliberalismus, der »den Fortschritt, die Vernunft und die Wissenschaft (...) für sich in Anspruch (nimmt), um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als archaisch erscheinen läßt« (*Bourdieu* 2004: 55), infiziert ist und der als Ideologie wie selbstverständlich in die allgemein herrschenden Verhältnisse abgesunken ist.¹⁴ Dies ist auch der Grund,

men« (Stichwort: »Deutschland-AG«) und die Bürger als das dem »Unternehmen« angehörige »Personal«, das es für den Wettbewerb unter den Nationalstaaten (Stichwort: »Standort Deutschland«) durch eine »Personalentwicklungspolitik« (Stichwort: »lebenslanges Lernen«) fit for the job zu machen und auch zu erhalten gilt.

12 Als grundlegend für die Frage, wie sich die Formen von Hilfe mit der Veränderung der primären gesellschaftlichen Differenzierungsform von den segmentär über die stratifikatorisch zu den funktional differenzierten Gesellschaften hin wandeln, darf immer noch *Luhmann* (1975) gelten; vgl. hierzu ferner *Bommes*, *Scherr* (2000: 88 ff.), *Sahle* (1987: 4 ff.), *Weber*, *Hillebrandt* (1999: 56 ff.).

13 Es sollte vielleicht nochmals in Erinnerung gerufen werden, daß die Frage danach, was denn professionell »richtiges« Handeln auszeichnet, nicht losgelöst von den fiskal(politischen) Rahmenbedingungen der sozialstaatlichen Leistungserbringung beantwortet werden kann, die den zu erbringenden sozialen Dienstleistungen eine spezifische Rationalität verleihen, soll heißen, sie den ökonomischen Imperativen einer Standortpolitik unterwerfen. Die seit einigen Jahren unter Schlagworten wie »Qualitätssicherung«, »Output-Orientierung«, »Controlling« stattfindende »Verbetriebswirtschaftlichung« der Sozialen Arbeit gibt hiervon beredtes Zeugnis (vgl. hierzu statt anderer die Beiträge in *Lindenberg* 2000).

14 »Es gibt eine Art ›graue Wolke‹, die die gegenwärtigen

tige Geschichte einhüllt und die verschiedene Generationen unterschiedlich trifft – ein »gräuliche Wolke, die in Wahrheit die fatalistische Ideologie ist, undurchsichtig, angelegt im Diskurs des Neoliberalismus. Es ist die Ideologie, die die Ideologie tötet, die den Tod der Geschichte, das Verschwinden der Utopie, die Vernichtung des Traums verordnet« (Freire 1997: 9).

15 Das von der Hartz-Kommission inaugurierte und an das »Wörterbuch des Unmenschen« (Sternberger et al. 1986) erinnernde, zum Unwort des Jahres 2002 erklärte Wort »Ich-AG« (vgl. hierzu namentlich Lessenich 2003) bringt expressis verbis die hinter ihm stehende Ideologie zum Ausdruck: Das Akronym »AG« steht für das Ich als Aktiengesellschaft, für das ökonomische Individuum, für den arbeitskraftbesitzenden Menschen als Unternehmer seiner selbst, bei dem gewissermaßen Unternehmer- und Managerfunktion zusammenfallen, so daß er zugleich als »Eigentümer und Betriebsleiter seiner selbst« (Bröckling 2000: 154) erscheint.

16 Einer solchen Sichtweise läßt sich entgegenhalten, es sei in Anbetracht der nationalsozialistischen Vergangenheit »Zurückhaltung geboten bei dem Slogan: ›Sozial ist, was Arbeit schafft.«« (Spindler 2003 b: 12). Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Gleichwohl sollte das Diktum Horkheimers »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« (Horkheimer 1988: 308 f.) nicht vergessen werden, das in historisch-kritischer Absicht nicht die differentia

warum dem im common sense meist positiv konnotierten Begriff der »aktivierenden Hilfe« fraglos eine hohe Plausibilität über politische Fraktionierungen, soziale Milieus und disziplinäre Grenzen hinweg zukommt.

Um das Rationalitätsmuster sichtbar zu machen, dem die Verfechter der »aktivierenden Hilfe« folgen, sei es bewußt oder unbewußt, genügt es hier, darauf hinzuweisen, daß mit dem Neoliberalismus sich eine Neudefinition sowohl des Verhältnisses von Staat und Ökonomie als auch eine des Sozialen vollzieht. Das heißt *einerseits*, daß im Unterschied zur klassisch-liberalen Rationalität der Staat die Freiheit des Marktes nicht länger definiert und überwacht, sondern eine Entwicklung fördert und exekutiert, mit der der Markt selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates wird und bei der die Regierung zu einer Art Unternehmensleitung mutiert, deren Aufgabe in der Universalisierung des Wettbewerbs und der Generalisierung des Ökonomischen besteht. Mit anderen Worten: In der neoliberalen Konzeption von Gesellschaft ist das Ökonomische nicht mehr wie im Frühliberalismus ein fest umrissener und eingegrenzter gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, Gesetzen und Instrumenten, sondern das Ökonomische umfaßt nunmehr prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns. (vgl. Lemke et al. 2000: 14 ff.) Folgerichtig avanciert von daher auch der Bürger vom Arbeitskraftbesitzer zum Unternehmer seiner selbst beziehungsweise zum »Arbeitskraftunternehmer« (Voß/Pongratz 1998), der nicht bloß seine Arbeitskraft, sondern seine ganze Persönlichkeit als Ware auf dem Markt gewinnbringend feilbieten soll, was erfordert, sich selbst als Unternehmen zu begreifen und entsprechend zu führen, das heißt, den gesamten eigenen Lebenszusammenhang aktiv an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen auszurichten.¹⁵ Eng damit verbunden ist *andererseits* die völlige Neudefinition des Sozialen, nach der erstens als sozial nur noch das gilt, was Arbeit schafft,¹⁶ nach der zweitens jede Arbeit besser ist als keine und nach der drittens der Staat berechtigt ist, gegen all jenes vorzugehen, das es einem Arbeitskraftbesitzer erlauben würde, nicht zu arbeiten, ohne dies sich leisten zu können, da er über keine Einkünfte zur Bestreitung seines Lebensunterhalts ohne Arbeit verfügt. Im Umkehrschluß wird daher davon ausgegangen, daß gemeinwohlschädigendes, weil auf staatliche Transferleistungen angewiesenes, soziales Verhalten sich nur durch Verpflichtung zur Arbeit bekämpfen lasse, wobei die Verpflichtung zur Arbeit in der Marktanpassung und diese wiederum in dem bedingungslosen Akzeptieren der Kauf- und Anwendungsbedingungen von Arbeitskraft bestehe.

Da es sich bei der neoliberalen Konzeption von Staat und Gesellschaft also nicht nur um eine marktradikale handelt, sondern überdies um eine, die vorsieht, daß der Staat seine Bürger legitimerweise zu marktkonformem Verhalten zwingen könne, hat jenes Deutungsmuster hegemonialen Rang erlangt, das von der Vorstellung geleitet wird, nur durch einen Abbau von ungerechtfertigten Leistungen und ebensolchen Ansprüchen an den Sozialstaat und durch eine Umorientierung von amoralischen Verhaltensweisen auf Eigenverantwortung und Gemeinschaftlichkeit könne die Verwirklichung des

Neoliberalismus als politisches Projekt herbeigeführt werden, das zum Ziel hat, »eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt« (Lemke et al. 2000: 9). Dies erklärt auch die strategische Schlüsselstellung, die der Sozialpolitik in diesem Zusammenhang zukommt. Umgestaltet wird sie auf der Ebene der marktlichen Makrosteuerung nämlich so, daß sie als Standortpolitik einen Beitrag zur Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit leistet, während sie auf der Mikroebene der marktbezogenen Selbststeuerung der Individuen einen paradigmatischen Wechsel vollzieht vom gesellschaftlichen zum individuellen Risikomanagement und von der sozialen Sicherheit zur persönlichen Selbstsorge. Damit nimmt Sozialpolitik Abstand von der Idee, daß die Gesellschaft für die Gefährdung der Existenz ihrer Mitglieder verantwortlich und demgemäß auch verpflichtet ist, die Sicherung der Existenz zu gewährleisten, und erhebt subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der durch »aktivierende Hilfe« geforderten Eigenverantwortung, denn die letzte Grundlage der Kapitalismus genannten Wirtschaftsordnung, »die sich auf die Freiheit des Einzelnen beruft, ist die *strukturelle Gewalt* der Arbeitslosigkeit, der Verunsicherung, der *Angst* vor Entlassung« (Bourdieu 2004: 124).¹⁷

IV

Exemplarisches Beispiel für den genannten paradigmatischen Wechsel ist die von der derzeitigen neoliberal gewendeten rot-grünen Bundesregierung unter dem Motto des »Fördern und Fordern« in Gestalt der sogenannten »Hartz I-IV«-Gesetze¹⁸ betriebene »aktivierende Arbeitsmarktpolitik«, deren Hauptelemente bestehen a) in dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen, b) in der Verschärfung der Bedingungen des Bezugs von Transferleistungen, c) in der Optimierung der Übergänge von Arbeitslosigkeit in Arbeit und d) in der Neudefinition der Zielsetzung der Arbeitsmarktpolitik in Richtung »Arbeit um jeden Preis«, sei diese nun regulär oder prekär, bezahlt oder unbezahlt¹⁹. Betrachtet man die mit den Hartz-Gesetzen auf den Weg gebrachte Arbeitsmarktreform etwas genauer, so fällt auf, daß das Schwergewicht der Instrumente zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf einer Erhöhung der Effizienz der Arbeitsvermittlung liegt, wohinter sich die absurde Annahme verbirgt, das in der Bundesrepublik Deutschland seit über einem Vierteljahrhundert bestehende Problem der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit sei im wesentlichen ein Mismatch-Problem, also eines der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Arbeitskraftverkäufern und -käufern hinsichtlich Qualifikation, Entlohnung und Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes.²⁰ Eng verbunden mit dieser vorurteilsbehafteten Sicht wird überdies den Arbeitslosen unterstellt, sie unternähmen keine ernsthaften Anstrengungen zur Überwindung ihrer Lage, da sie sich hierzu wegen der »zu generösen« staatlichen Transferleistungen nicht hinreichend motiviert sähen. Vor dem Hintergrund einer solchen Problemdiagnose verwundert es selbstredend nicht, daß in der Therapie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vornehmlich an den vermeintlichen Defiziten der Arbeitslosen (wie fehlender oder inadäquater Qualifikation, unzureichender Flexibilität und Mobilität und überhöhten

spezifika hervorhebt, sondern auf das *genus proximum* abstellt.

17 Es steht zu vermuten, daß dieser Formwandel der Sozialpolitik die Frage ihrer theoretischen Fundierung nicht unberührt lassen wird. Denn es hat den Anschein, als ginge es neuerdings bei der Sozialpolitik nicht mehr um die »staatliche Bearbeitung des Problems der dauerhaften Transformation von *Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter*« (Lenhardt, *Offe* 1977: 101), sondern um die von »verberuflichten Arbeitnehmern in unternehmerische Subjekte bzw. in Arbeitskraftunternehmer« (Brütt 2002: 3).

18 »Erstes« und »Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz I u. II«) sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, »Hartz III« am 1. Januar 2004 und »Hartz IV« in Form des neu geschaffenen SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) am 1. Januar 2005. Zu Inhalt und Umsetzung der Hartz-Gesetze vgl. den immer noch informativen Aufsatz von Brütt (2003); die von den beiden an der Hartz-Kommission beteiligten wissenschaftlichen Mitgliedern gezogene »erste Zwischenbilanz« (Jann, Schmid 2004: 8) der Hartz-Reformen darf hingegen als Paradebeispiel für eine »aktive Komplizenschaft« (Bourdieu 2004: 107) von Intellektuellen mit den Herrschenden gelten. Mit welcher Selbstverständlichkeit der Wechsel zwischen Akteur- und Beobachterrolle hier vollzogen wird, indem man als Beobachter die Umsetzung eines Politikkonzeptes wissenschaftlich bewertet, an dessen

Formulierung man als Akteur selbst aktiv mitwirkte, ist zwar aufschlußreich, aber nicht unbedingt etwas Außergewöhnliches, wie die von infas durchgeführte Evaluation der bundesweiten Modellprojekte zur Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe (MoZArT) zeigt, zeichnet infas doch auch für die Implementation der MoZArT-Projekte verantwortlich (vgl. Scholz 2004: 396). Zur wissenschaftlichen Seriosität der seitens der Hartz-Kommission (vgl. Hartz et al. 2002) unterbreiteten Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit und Umbau der Bundesanstalt für Arbeit vgl. Trube, Wohlfahrt (2002).

19 Die »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« folgt damit den Einflüsterungen der von der Bundesregierung handverlesenen Experten aus der dem »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« zur Seite gestellten Benchmarking-Gruppe, Streeck und Heinze, die die Devise vertreten: »(Fast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner« (Streeck, Heinze 1999: 159). So heißt es denn auch in dem Vorschlag von Schröder und Blair zur Modernisierung der Sozialdemokratie fast wortgleich: »Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit« (Schröder, Blair 1999: 9), weswegen sie auch »erwarten (...), daß jeder die ihm gebotene Chance annimmt« (ebd.).

20 Zur wissenschaftlichen Fragwürdigkeit der These vom Mismatch als Ursache der Massenarbeitslosigkeit vgl. statt vieler Trube (2004: 64 ff.), zu den ökonomietheoretischen Grundlagen der Vorschläge der Hartz-Kommission allgemein ins-

Einkommensvorstellungen) angesetzt wird, und zwar entweder auf indirektem Wege, indem den Arbeitslosen mit der Reduzierung oder gar dem vollständigen Entzug der Unterstützungsleistungen und damit der Existenzgrundlage gedroht wird, oder auf direktem Wege, so etwa mit den Instrumenten der Beratung, der Eingliederungsvereinbarung und des – nomen est omen – aus der Lehre von der Verbrechensbekämpfung stammenden Profiling (eine Methode, mit der versucht wird, Gesetzesbrecher vermittels der Analyse von Verhaltensmustern greifbar zu machen und der Gerichtsbarkeit zuzuführen), so als hätten sich die Arbeitslosen des Vergehens schuldig gemacht, arbeitslos geworden zu sein, weil sie sich zu sehr an den eigenen Ansprüchen an Arbeit orientiert haben und nicht danach, was auf dem Markt nachgefragt wird.

Wenn oben davon die Rede war, daß institutionalisierte verberuflichte Hilfe aufgrund der Asymmetrie zwischen Helfer und Klient als ein strukturelles Gewaltverhältnis begriffen werden kann, so gilt dies prinzipiell auch für den Akt der Beratung, der ja eine Form von personenbezogener Hilfe darstellt, nämlich insofern, als Klienten von um Rat aufgesuchten Experten bei der Wahl einer Entscheidung mit dem Geben von Informationen, dem Strukturieren der Selbstreflektion und dem Offerieren von Deutungsvorschlägen unterstützt werden. Für die »aktivierende Beratung«, wie sie die Hartz-Gesetze vorsehen, gilt dies allerdings in besonderer Weise. Dies zeigt sich unter anderem darin, daß die Beratungs»angebote« des Hartz IV genannten SGB II verpflichtende verbindliche »Angebote« sind, weswegen sie auch das für eine gelingende Beratung zentrale Kriterium der Freiwilligkeit nicht erfüllen. Denn ihrem Anspruch nach hat Beratung Anregung und Unterstützung für selbstbestimmte Entscheidungen und eigenverantwortliche Problembewältigung durch die Ratsuchenden zu sein, was auf seiten des Beratenden voraussetzt, sich als Haltung die Achtung vor der Autonomie der Klienten zu eigen zu machen. Die Wirklichkeit von institutionalisierter Beratung ist jedoch eine andere wegen des Gegensatzes von Kompetenz und Nichtkompetenz, den jede Verberuflichung beziehungsweise Professionalisierung von Hilfeaktivitäten und damit auch des Beraters strukturell erzeugt, was eine Form der Herrschaftsausübung der berufsmäßigen Helfer über andere ist, weil diese ihre Eingriffe in die Situation der hilfesuchenden Klienten durch ihre fachliche Kompetenz legitimiert sehen.

Die »aktivierende Beratung« des SGB II intendiert auch nicht, und das heißt in Widerspruch stehend zu den §§ 14 ff. SGB I (Allgemeiner Teil), den arbeitslosen Hilfesuchenden Auskunft darüber zu geben, welche Leistungen sie von Rechts wegen beanspruchen können,²¹ sondern sie sucht Möglichkeiten aufzuzeigen, damit die Hilfesuchenden die ihnen zustehenden Transferleistungen nicht oder nur kurz in Anspruch nehmen, und verbindet aus diesem Grund die angebotene Hilfe mit Sanktionsdrohungen. Ablesen läßt sich dies zum Beispiel an der Eingliederungsvereinbarung, die der als »Kunde« bezeichnete Hilfesuchende nach § 2 I SGB II verpflichtet ist, mit dem Helfer – in managerialem Verdummungsdeutsch nunmehr »Case-Manager« genannt²² – abzuschließen, wenn er, so § 31 I 1 a SGB II, den Anspruch auf Eingliederungs- und Unterstützungslei-

stungen nicht verlieren will. Damit wird gegenüber der früheren Sozialhilfe (BSHG) der Interventionspunkt der Sanktion zeitlich vorverlagert, da nicht erst die Verweigerung »zumutbarer Arbeit«, wie immer diese auch definiert sein mag, sondern bereits die fehlende Mitwirkung bei der Eingliederungsvereinbarung – und was als eine solche zu werten ist, wird vom Case-Manager als dem »Herren des Verfahrens« autoritativ festgelegt – zum Verlust von Ansprüchen führt. Festgehalten wird in der ihren Namen zu Unrecht²³ tragenden Eingliederungsvereinbarung« (§ 15 SGB II), welche Bemühungen der hilfesuchende Arbeitslose zur Beseitigung seiner Arbeitslosigkeit in welcher Häufigkeit unternehmen muß und wie er seine Bemühungen nachzuweisen hat, wobei eine Verletzung der »vereinbarten« Mitwirkungspflichten die Arbeitsämter berechtigt, die Unterstützungsleistungen für zunächst einmal drei Monate zu mindern oder vollständig zu entziehen, wobei während dieser Zeit kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, der heutigen Sozialhilfe, besteht und auch eine umgehende Verhaltensänderung seitens der Betroffenen nicht zu einer Aufhebung der Sanktion führt²⁴. Außerdem kann – ganz nach dem Motto »Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt« – bei Verweigerung des Abschlusses der Eingliederungsvereinbarung diese hoheitlich qua Verwaltungsakt erfolgen, was zu Recht als fachlich verfehlt kritisiert wird, allerdings nicht nur, weil dies eine Vermischung von hoheitlichem Eingriff und Erbringung einer sozialen Dienstleistung (vgl. *Spindler* 2003 a: 233 f.) darstellt, sondern weil damit auch ignoriert wird, daß eine einseitig gesetzte und/oder gegen den Willen des Hilfesuchenden durchgesetzte Verhaltensanforderungen auf dessen Widerstand stoßen und nur selten das erwünschte Verhalten nach sich ziehen wird. Denn bekanntlich bewegt sich (Sozial-)Politik bei auf Personenänderung zielenden Maßnahmen an der Grenze dessen, was mittels Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen noch gesteuert werden kann. Nicht ohne Grund sieht *Luhmann* sich zu dem warnenden Hinweis veranlaßt, »Personenänderung ist [...] das gefährlichste Ziel, das eine Politik sich setzen kann« (*Luhmann* 1981: 97).

Man darf jedoch begründet annehmen, daß ein Mißlingen der beabsichtigten Personenänderung bewußt in Kauf genommen, wenn nicht sogar provoziert wird, weil es zum einen die Möglichkeit eröffnet, die betroffenen arbeitslosen Hilfesuchenden als beratungsresistent und damit als arbeitsunwillig zu diskriminieren, und es damit zum anderen als Legitimation zur Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug herangezogen werden kann,²⁵ zumal der hiergegen einlegbare Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat.

Es braucht im Grunde keiner weiteren, vertiefenden Ausführungen, um zu erkennen, daß die »aktivierende Beratung« à la Hartz IV ihr Ziel des Abbaus von Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Eigenverantwortung der Betroffenen systematisch verfehlen muß. Denn *erstens* läßt Eigenverantwortung sich nicht erzwingen, kann doch ein Subjekt bekanntlich nur dann zu einem eigenverantwortlichen Subjekt werden, wenn es sich selbst als ein solches frei wählen kann. Und wird dennoch Eigenverantwortung per order de mufti autoritativ vermittels entsprechender rechtlicher Regelungen verordnet, wie es paternalistischen Interventionen, mit denen unter Hinweis auf das

besondere die treffliche Kritik von *Herr* (2002).

21 »So ist Aufklärung und Beratung über zustehende Sozialleistungen für viele Träger nicht Praxis, wird sogar, wenn sie von dritter Seite erbracht wird, als Angriff auf die Gemeindekasse empfunden«, wie z. B. *Spindler* (2003 a: 226) mit Bezug auf die Sozialhilfeträger feststellt. § 1 II SGB II sieht denn auch prioritär nicht die Existenzsicherung, sondern qua Herstellung von Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten die Eingliederung in Arbeit vor, allerdings nicht in eine existenzsichernde, was eigentlich konsequent wäre. Mit dem SGB II ist nämlich Abstand genommen worden von der Vorstellung, ein Arbeitsplatz müsse ein, um die Formulierung der kollaborierenden Regierungsberater *Streeck* und *Heinze* aufzugreifen, »Arbeitsverhältnis de luxe« (*Streeck, Heinze* 1999: 153) sein, also ein auf eine gewisse Dauer angelegtes, existenzsichernd bezahltes und sozial- und tarifrechtlich abgesichert geregeltes Arbeitsverhältnis. Denn unter Arbeit wird gemäß § 8 SGB II nunmehr jede bezahlte Tätigkeit verstanden wird, die mindestens drei Stunden am Tag anfällt, also jeder Tagelöhnerjob.

22 Der Bericht der Hartz-Kommission (vgl. *Hartz et al.* 2002: 66ff.) führt drastisch das Ausmaß der organisierten Volksverdummung vor Augen: So betritt heute nicht mehr ein Arbeitsloser das Arbeitsamt, sondern der »Kunde« ein »JobCenter« und meldet sich dort zwecks »Eingangsprofilung« (früher: erstes Informationsgespräch) im »Front-Office«

(früher: Empfangsraum) an der »Clearingstelle« (früher: Information), von wo er bei weitergehendem Beratungs- oder Betreuungsbedarf je nach Fall als »Beratungskunde« oder »Betreuungskunde« dem im »Back-Office« (früher: Dienstraum) residierenden »Case-Manager« (früher: Sachbearbeiter) zugeführt wird, der ein »Tiefenprofil« (früher: Eignungsfeststellung) veranlaßt, auf dessen Basis dann eine verbindliche Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen wird, in der festzuhalten ist, mit welchen Maßnahmen das »Matching« (früher: Abstimmung) von Arbeitsangebot und -nachfrage optimiert werden soll. So einen die TV-vermittelten Impressionen von der administrativen Umsetzung der Hartz-Gesetze nicht täuschen, steht zu hoffen, daß die (potentiellen) Hartz-Betroffenen mehr Urteilsfähigkeit aufzubringen vermögen als jene sich kritisch währenden intellektuellen Hofschranzen der neoliberalen Modernisierer, die anscheinend nur noch als gedankenlose Repetitionen vorgegebener Worthülsen zu fungieren vermögen.

23 Zu Unrecht deswegen, weil der hilfeschuchende Arbeitslose mangels Wahlmöglichkeiten einem sanktionsbewehrten Kontrahierungszwang unterliegt, so daß von einer »Vereinbarung im Schatten der Macht« (Berlit 2003: 205) gesprochen werden muß, die gegen das Grundgesetz verstößt, da sie »unverhältnismäßig in die durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützte Vertragsfreiheit« (ebenda) eingreift.

24 Indem gemäß § 15 II SGB II i. V. m. § 38 SGB II in der Eingliederungsvereinbarung auch festgelegt wer-

Wohl einer Person in deren Autonomie eingegriffen wird, eigen ist, dann tritt sie den Betroffenen gegenüber als disziplinierende Fremdbestimmung auf und spricht diesen gerade in bezug auf deren bisheriges Verhalten Eigenverantwortung ab. Das heißt, verordnete Eigenverantwortung mutet den Betroffenen zu, sich selbst als eine Person zu verstehen, die sie entweder nicht sind oder nicht werden wollen oder unter Umständen auch nicht werden können. Und *zweitens* verfügen die Case-Manager nicht über hinreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für alle arbeitslosen Hilfesuchenden und schon gar nicht über die Möglichkeit, neue, vor allem existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Denn es gibt, wie jeder weiß (der es auch wissen will), ein Mißverhältnis, und zwar ein statistisch erhärtetes, zwischen Arbeitskraftnachfrage (offene Stellen) und Arbeitskraftangebot (Stellensuchende) zuungunsten des letzteren, das jeglichem, das heißt einem selbst wirklich ernst gemeinten Aktivierungsbemühen sehr enge Erfolgsgrenzen setzt. Wenn dem so ist und »aktivierende Beratung« gleichwohl bei den hilfeschuchenden Betroffenen hauptsächlich auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen und das Einüben der Bereitschaft zur stetigen Aktivität zum Zwecke der Demonstration von Arbeitswilligkeit zielt, dann muß das Motiv für Hartz IV ein anderes als das öffentlich bekundete sein: Läßt man die Tat-Sachen selbst (und nicht deren Verursacher oder Verfechter) zu Wort kommen, zeigt sich, daß es bei Hartz IV tatsächlich nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern um die der Arbeitslosen geht. Indem nämlich bei der »aktivierenden Beratung« Beratung ganz im neoliberalen Sinne transformiert wird von einem »Mechanismus der Unsicherheitsabsorption« (Fuchs/Mahler 2000: 4) in einen Mechanismus der Unsicherheitsproduktion, unterwirft sie die arbeitslosen Hilfesuchenden beziehungsweise -empfänger unter die Herrschaft des Marktes und ersetzt derart die imaginierte oder reale politische Fremdbestimmung lediglich durch marktliche Fremdbestimmung, nicht jedoch, wie behauptet, durch Eigenverantwortung.

Allerdings sind den Vertretern »aktivierender Beratung« die Arbeitslosen nur Mittel zum Zweck, und dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen soll in der Bundesrepublik Deutschland ein Niedriglohnssektor durch die politisch vermittelte Herstellung einer Schicht von working poor, also von Menschen, die nicht aufgrund fehlender, sondern trotz vorhandener Beschäftigung arm sind, gesellschaftsfähig gemacht werden, wird doch deren physisches Überleben – und nicht viel mehr wird durch die Transferleistungen nach dem SGB II gesichert²⁶ – nur unter der Voraussetzung garantiert, daß sie bereit sind, jedwede Arbeit »zu jedem Preis« anzunehmen. Ökonomisch und sozial weitaus bedeutsamer ist *zum anderen* der Sachverhalt, daß Objekt des staatlichen (Um-)Erziehungsprogramms²⁷ nicht die »Versager« am Arbeitsmarkt, sprich: die Arbeitslosen, allein sind, sondern die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, die am Arbeitsmarkt Erfolgreichen, die Noch-Erwerbstätigen, denen mit Hilfe der entwürdigenden und sozial diskriminierenden Behandlung²⁸ der »Marktversager« drastisch vor Augen geführt werden soll, was sie zu erwarten haben, wenn sie sich der herrschenden Reproduktionsnormalität entziehen, das heißt dem gesellschaftlich verallgemeinerten und als Pflicht normierten Zwang zur marktförmigen Verausgabung

von Arbeitskraft, ohne daß ihnen (wie etwa Kindern, Schülern, Hausfrauen oder Rentnern) hierfür hoheitlich Dispens erteilt worden ist. Verlierern wie Gewinnern am Arbeitsmarkt soll also beigebracht werden, daß sie sich hinsichtlich ihrer Bedürfnisse, Fähigkeiten und Lebensstile den sich stetig wandelnden Erfordernissen des Marktes anzupassen haben und daß ihnen, solange dieses ihnen nicht durchschlagend gelingt, soziale Rechte nur unter hohen Auflagen zugestanden werden. Läßt es jemand an der entsprechenden Anpassungsfähigkeit fehlen, so zeigt dieser gemäß der Aktivierungsideologie objektiv seine Unfähigkeit beziehungsweise den fehlenden nötigen Willen, ein freies und rational handelndes Individuum zu sein. Unter dem Diktat der von den Aktivierungsvertretern geforderten Eigenverantwortung interessiert mithin nur, daß Verlierer wie Gewinner von der ihnen zugestandenen Freiheit zum Handeln einen spezifischen Gebrauch machen, der darin besteht, aus freien Stücken das zu wollen, was ihnen politisch und ökonomisch aufgeherrscht wird: die Ausrichtung des eigenen Lebens an einer Ethik des selbstbestimmten Subjekts mit der Figur des Unternehmers als einem zentralen Leitbild des Neoliberalismus.

Literatur

- Blanke (2003) – Thomas Blanke: Die Hartz-Reformen – Kurswechsel im Arbeits- und Sozialrecht, in: Kritische Justiz, H. 1, S. 2-6.
- Bommes/Scherr (2000) – Michael Bommes/Albert Scherr: Soziologie der Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim/München: Juventa.
- Bourdieu (2004) – Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz: UVK.
- Bröckling (2000) – Ulrich Bröckling: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement, in: Ders. et al. (Hrsg.), Governamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 131-167.
- Brühl (2004) – Albrecht Brühl: SGB II: Zurück in die Arbeitsfürsorge, in: info also, H. 3, S. 104-110.
- Brütt (2002) – Christian Brütt: Nach Hartz. Unbeirrt auf dem Weg des konsensualen »Neoliberalismus plus«, in: Das Argument, H. 247, online unter URL (29. 6. 2004) <<http://www.linksnet.de/drucksicht.php?id=795>>.
- Brütt (2003) – Christian Brütt: Von Hartz zur Agenda 2010. Die Realpolitik im »aktivierenden Sozialstaat«, in: Prokla, H. 133, S. 645-665.
- Butterwegge (1999) – Christoph Butterwegge: Sozialstaat in der »Globalisierungsfalle«? Die neoliberalistische Ideologie und die Realität, in: neue praxis, H. 5, S. 435-447.
- Dahme et al. (2003) – Heinz-Jürgen Dahme, Hans-Uwe Otto, Achim Trube, Norbert Wohlfahrt (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich.
- Fach (2000) – Wolfgang Fach: Staatskörperkultur. Ein Traktat über den »schlanken Staat«, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.) Governamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 110-130.
- Feist (2000) – Holger Feist: Arbeit statt Sozialhilfe. Zur Reform der Grundsicherung in Deutschland, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Freire (1997) – Paulo Freire: Erziehung und Hoffnung, in: Bernhard, A., Rotherml, L. (Hrsg.), Handbuch Kritische Pädagogik, Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 7-10.
- Fuchs/Mahler (2000) – Peter Fuchs, Enrico Mahler: Form und Funktion von Beratung, in: Soziale Systeme, H. 2, S. 349-368, online unter URL (03. 4. 2005) <http://www.fen.ch/texte/gast_fuchs-mahler_beratung.htm>.
- Gebauer et al. (2002) – Ronald Gebauer/Hanna Petschauer/Georg Vobruba: Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt, Berlin: edition sigma.
- Grottian et al. (2003) – Peter Grottian/Wolf-Dieter Narr/Roland Roth: Es gibt Alternativen zur Repressanda 2010! Statt repressiver Abbau des Sozialstaats steht ein menschenrechtlich-demokratischer Umbau für Grundsicherung und Arbeit auf der Tagesordnung von uns allen mit zu verantwortender Politik, online unter URL (08. 6. 2004) <http://www.socialforum-berlin.org/downloads/repressanda_lang.pdf>.
- Günther (2002) – Klaus Günther: Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Honneth, A. (Hrsg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus, S. 117-139.
- Hartz et al. (2002) – Peter Hartz, Norbert Benschel, Jobst Fiedler, Heinz Fischer, Peter Gasse, Werner Jann, Peter Kraljic, Isolde Kunkel-Weber, Klaus Luft, Harald Schartau, Wilhelm Schickler, Hanns-Martin Schleyer, Günther Schmid, Wolfgang Tiefensee, Eggert Voscherau: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit, o. O., online unter URL (3. 4. 2005) <http://www.koelnnetz.de/jusos/hartz/Bericht_gesamt.pdf>.
- Hayek (2003) – Friedrich August von Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, München: Olzog.
- Henkel, Pavelka (1981) – Heiner Henkel, Franz Pavelka: Nur 97 Prozent sind anständig – Zur Mißbrauchsdebatte sozialer Leistungen, in: Soziale Sicherheit, H. 3, S. 65-70.
- den kann, welche Leistungen die mit dem arbeitslosen Hilfesuchenden in einer »Bedarfsgemeinschaft« lebenden Personen erhalten, wird diesen gegenüber eine »Vollmachtsvermutung« (Berlit 2003: 199) unterstellt mit der Folge, selbst in einen entrechteten Zustand geraten zu können. Mit anderen Worten: Das SGB II geht, operationalisiert im Begriff der »Bedarfsgemeinschaft«, von Sippenhaft aus, denn es verlangt von der gesamten Bedarfsgemeinschaft nicht nur den Einsatz des Vermögens, sondern auch den der Arbeitskraft, so daß auch im Falle einer eheähnlichen Gemeinschaft seitens des Arbeitsamtes von dem Partner des arbeitslosen Hilfesuchenden verlangt werden kann, seine Arbeitskraft selbst zu untertariflichen Bedingungen einzusetzen, um den anderen mitunterhalten zu können.

25 Mitarbeiter des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen sprechen in diesem Zusammenhang sinnfällig von »Verfolgungsbetreuung«. »Konkret bedeutet das, jede mögliche und unmögliche Gelegenheit zur Verhängung einer Sperrzeit wird genutzt. Der Druck auf die Arbeitslosen macht auch vor den Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern nicht halt. Es werden Hitlisten eingerichtet, mit dem Ziel, zu schauen, wer in welcher Zeit wie viele Sperrzeiten verhängt hat« (Küster et al. 2003: 2).

26 Bezüglich der Regelleistungen liegt das Niveau des für erwerbsfähige Hilfebedürftige vorgesehenen Arbeitslosengeldes II nach §§ 19ff. SGB II unter dem der früheren BSHG-Sozialhilfe, die selbst bereits als nicht armutsfest im Sinne

von bedarfsdeckend kritisiert worden ist, allerdings durch Hilfen für laufende Mehrbedarfe und einmalige Bedarfe aufgestockt werden konnte. Beim Arbeitslosengeld II ist dies nunmehr wegen der Pauschalisierung dieser Hilfen nicht mehr gegeben. (vgl. *Berlit* 2003: 201 ff.; *Brühl* 2004: 107 f.)

27 Verfassungsrechtlich ließe sich die Frage stellen, ob der Staat überhaupt ein Mandat zur (Um-)Erziehung seiner Bürger hat, verstoßen doch staatliche Maßnahmen zum Aufbau und Erhalt von Sozial- und Arbeitsmoral zumindest gegen das Allgemeines Persönlichkeitsrecht, wie es sich durch die höchstgerichtliche Rechtsprechung zu Art. 2 I GG i. V. m. Art. 1 I GG entwickelt hat. Zur Problematik, jedoch mit Bezug auf die staatliche Förderung von Abfallmoral, vgl. *Lüdemann* (2002).

28 Der mit der Umbenennung des Arbeitsamtes in »Arbeitsagentur« bzw. »Job-Center« vorgenommene Etikettenschwindel vermag nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der funktionalen Ausdifferenzierung des Arbeitsamtes sich eine gesonderte sozialstaatliche Organisation etabliert hat, die allein für »Arbeitsmarktversager« zuständig ist. In ausgeprägter Weise zeigt sich die darin zum Ausdruck kommende soziale Diskriminierung der arbeitslosen Hilfeempfänger, wenn der Öffentlichkeit deren »Markt- und Leistungsversagen« durch die Gewährung von Sach- statt Geldleistungen (§ 23 II SGB II) zur Kenntnis gebracht wird und damit den Betroffenen selbst ihre »Unwürdigkeit« zur allgemeinen Marktteilnahme attestiert wird.

- Herr (2002) – Hansjörg Herr: Arbeitsmarktreflexionen und Beschäftigung: Über die ökonomietheoretischen Grundlagen der Hartz-Kommission, in: Prokla, H. 129, S. 515-536, online unter URL (29. 11. 2004) <http://www.hgdoe.de/pol/herr_03_03.htm>.
- Horkheimer (1988) – Max Horkheimer: Die Juden in Europa, in: ders., Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936-1941, Frankfurt/M.: Fischer, S. 308-331.
- Jann/Schmid (2004) – Werner Jann, Günther Schmid: Die Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt: Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.), Eins zu Eins? Eine Zwischenbilanz der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt, 2. Aufl., Berlin: edition sigma, S. 7-18.
- Kocyba (2004) – Hermann Kocyba: Aktivierung, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.), Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 17-22.
- Küster et al. (2003) – Gerhard Küster, Brigitte Fuchs, Franz Mevenkamp (Red.): InTeam. Mitteilungen der ver.di-Fraktionen im BRP und der BJA in Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen; sowie der ver.di Landesfachgruppe Arbeitsverwaltung, März 2003, online unter URL (3. 4. 2005) <<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/zwang/interim.pdf>>.
- Lamping et al. (2002) – Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Pläß, Bernhard Blanke: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (22. 7. 2004) <<http://www.fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>>.
- Lemke et al. (2000) – Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-40.
- Lenhardt, Offe (1977) – Gero Lenhardt/Claus Offe: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 19, S. 99-127.
- Lessenich (2003) – Stephan Lessenich: Im Dienste des großen Ganzen. Die Ich-AG als Chiffre eines Umbruchs, in: Freitag, Nr. 7 vom 7. Februar 2003, online unter URL (23. 7. 2004) <<http://www.freitag.de/2003/07/03070401.php>>.
- Lindenberg (2000) – Michael Lindenberg (Hrsg.): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine.
- Lüdemann (2002) – Jörn Lüdemann: Edukatorisches Staatshandeln. Steuerungstheorie und Verfassungsrecht am Beispiel der staatlichen Förderung von Abfallmoral, Baden-Baden. Nomos.
- Luhmann (1975) – Niklas Luhmann: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen, in: H.-U. Otto, S. Schneider, (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Erster Halbband, 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, S. 21-43.
- Luhmann (1981) – Niklas Luhmann: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München/Wien: Olzog.
- Mezger, West (2000) – Erika Mezger, Klaus-W. West (Hrsg.): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, 2. Aufl., Marburg: Schüren.
- Nagel (2004) – Ivan Nagel: Das Falschwörterbuch. Krieg und Lüge am Jahrhundertbeginn, Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag.
- Nokielski, Pankoke (1982) – Hans Nokielski, Eckart Pankoke: Familiäre Eigenhilfe und situative Selbsthilfe, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München/Wien: Oldenbourg, S. 267-284.
- Sahle (1987) – Rita Sahle: Gabe, Almosen, Hilfe. Fallstudien zu Struktur und Deutung der Sozialarbeiter-Klient-Beziehung, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scholz (2004) – Jendrik Scholz: 5 Jahre »Fördern und Fordern« in der Stadt Köln, in: neue praxis, H. 4, S. 396-402.
- Schröder, Blair (1999) – Gerhard Schröder, Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 887-896, online unter URL (9. 10. 2004) <<http://www.blaetter.de/kommenta/dok30799.htm>>.
- Spindler (2003a) – Helga Spindler: Aktivierende Ansätze in der Sozialhilfe, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 225-246.
- Spindler (2003b) – Helga Spindler: »Überfordern und überwachen«, in: sozialextra, H. 8/9, S. 11-14, online unter URL (24. 11. 2004) <<http://www.sozialextra.de/pdf/schnupper09-2003.pdf>>.
- Sternberger et al. (1986) – Dolf Sternberger, Gerhard Storz, W. E. Süskind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, 3. Aufl., Frankfurt/Berlin: Ullstein.
- Streeck, Heinze (1999) – Wolfgang Streeck, Rolf G. Heinze: Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs, in: H.-J. Arlt, S. Nehl, (Hrsg.), Bündnis für Arbeit. Konstruktion, Kritik, Karriere, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 147-166.
- Tennstedt (1976) – Florian Tennstedt: Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung in der Sozialpolitik, in: Murswieck, A. (Hrsg.), Staatliche Politik im Sozialsektor, München: Pieper, S. 139-165.
- Trube (2003) – Achim Trube: Vom Wohlfahrtsstaat zum Workfarestaat – Sozialpolitik zwischen Neujustierung und Umstrukturierung, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-203.
- Trube (2004) – Achim Trube: Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik und der Wandel des Sozialstaats, in: Sozialer Fortschritt, H. 3, S. 62-68.
- Trube, Wohlfahrt (2002) – Achim Trube/Norbert Wohlfahrt: Zur Güte von Gutachten – Eine Einschätzung der wissenschaftlichen Seriosität von Reformkonzepten der aktivierenden Sozialhilfe- und Arbeitsmarktpolitik, in: spw, H. 127, online unter URL (29. 3. 2004) <<http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3602.pdf>>.
- Voß/Pongratz (1998) – G. Günther Voß/Hans J. Pongratz: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1, S. 131-158.
- Weber, Hillebrandt (1999) – Georg Weber, Frank Hillebrandt: Soziale Hilfe – Ein Teilsystem der Gesellschaft? Wissenssoziologische und systemtheoretische Überlegungen, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Zima (2001) – Peter V. Zima: Wie man gedacht wird. Die Dressierbarkeit des Menschen in der Postmoderne, in: J. Wertheimer, P. V. Zima (Hrsg.), Strategien der Verdummung. Infantilisierung in der Fun-Gesellschaft, 2. Aufl., S. 11-29.

RAINER FERCHLAND

Ein regierungsamtliches Paradoxon

Zum Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Im März 2005 legte die Bundesregierung den Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht vor (Deutscher Bundestag 2005). Für das wahrscheinlich vorzeitige Ende der rot-grünen Koalition kann dieses Dokument des politischen Scheiterns wichtige Begründungen liefern.

Courage ist der Regierung nicht abzusprechen – fiel doch die Veröffentlichung des jüngsten Berichts in eine Zeit, in der bei über 5 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen niemandem verborgen bleiben konnte, dass die reale Entwicklung in Deutschland zu den Zielen, Arbeitslosigkeit und Armut zu reduzieren und Reichtum zu begrenzen, im krassen Widerspruch stehen musste.

Courage paart sich mit Chuzpe. Denn die Bundesregierung mutet den Adressaten des Armuts- und Reichtumsberichts zu, den Gegensatz zwischen den folgenden beiden Aussagen für plausibel zu halten:

1) Armut und Reichtum in Deutschland sind gewachsen.

2) Die Bundesregierung betreibt eine Politik, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit geführt hat und führt.¹

Die Argumentationslinie läuft auf Folgendes hinaus: Zum einen haben externe Schocks (11. September 2001, Irakkrieg, IT-Krise, Weltwirtschaftsschwäche etc.) die positiven Wirkungen der Bundespolitik überlagert und dominiert, und zum anderen konnten wichtige Reformschritte der Bundesregierung, namentlich solche der AGENDA 2010, noch nicht voll zur Wirkung gelangen, weil sie erst vor kurzer Zeit in Kraft getreten sind.

Der Bericht ist ein Mix aus solider wissenschaftlich fundierter Analyse einerseits und propagandistisch-apologetischer Darstellung und Verklärung des Regierungshandelns andererseits.

Wie auch beim 1. Bericht konnten die politisch Verantwortlichen der Versuchung nicht widerstehen, das Dokument als eine »Werbeschrift der Bundesregierung« (Hengsbach 2001, 11) zu instrumentalisieren.

Hauptaussagen zur Entwicklung von Armut und Reichtum

Während der 2001 erschienene erste Bericht die Zeit bis 1998, also bis unmittelbar vor dem Antritt der rot-grünen Koalitionsregierung analysierte, erstreckt sich der Berichtszeitraum nunmehr auf die Spanne von 1998 bis an den »aktuellen Rand«.

Der Bericht besteht hauptsächlich aus 2 Teilen. Im »Teil A: Zentrale Trends und Herausforderungen« werden die Lebenslagen² der Menschen in Deutschland in ihren wichtigsten Dimensionen wie Einkommen, Vermögen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Wohnen, Gesund-

Rainer Ferchland – Jg. 1937; Dr. sc. phil.; Vorsitzender des Instituts für Sozialdatenanalyse – isda e.V. Berlin; Veröffentlichungen zur sozialräumlichen Struktur Berlins, zur Sozialberichterstattung und zur Weiterbildung; Kontakt: rainer.ferchland@t-online.de

1 »Die Bundesregierung hat ... eine umfassende Modernisierung der Politik in allen Bereichen eingeleitet und diese sozial gerecht gestaltet. ... Ihren Ausdruck findet die Politik der Bundesregierung in den Reformen der Agenda 2010« (15).

2 Lebenslage: »Gesamtheit ungleicher Lebensbedingungen eines Menschen, die durch das Zusammenwirken von Vor- und Nachteilen in unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit zustande kommen« (Hradil 2001, 44). Im

Mittelpunkt von Analysen der Lebenslagen »stehen letztendlich sozialstrukturelle Tatbestände, die für die einengende oder erweiternde Ausprägung individueller Interessen und für deren Umsetzung von zentraler Bedeutung sind« (Voges, 43).

3 Seitenangaben ohne weitere Zusätze beziehen sich immer auf : Deutscher Bundestag 2005.

4 Absolute Armut kennzeichnet eine Mangelsituation unterhalb des biologisch-physischen Existenzminimums.

5 Der Bericht verwendet eine in der EU vereinbarte »Armutrisikoquote«. Das ist der Bevölkerungsanteil der Personen, die in Haushalten leben, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Mittelwertes (Median) aller Personen beträgt. Nettoäquivalenzeinkommen gelten im nationalen Rahmen, unterscheiden sich also sinnvoll zwischen den EU-Mitgliedsländern. Für Deutschland beträgt die Armutrisikogrenze (Datenbasis EVS 2003) 938 Euro (38). Beim Nettoäquivalenzeinkommen wird die Anzahl der Personen eines Haushalts (nach der neuen OECD-Skala) folgendermaßen gewichtet: Haupteinkommensbezieher 1,0, jede weitere Person von 14 Jahren und älter 0,5, Personen unter 14 Jahren 0,3. Der Armutsbegriff ist jedoch komplexer als relative Einkommensarmut.

6 Damit ist klar, dass die Vermögensverteilung zwar für die statistische Erfassung von Reichtum relevant ist, als Armut Indikator jedoch nicht in Frage kommt.

heit etc. auf der Basis objektiver statistischer Daten analysiert. Die subjektive Reflexion der sozialen Lage wird nicht berücksichtigt.

»Teil B: Maßnahmen der Bundesregierung« soll mit Bezug auf die Analysen und Erklärungen im Teil A »die Politik der Bundesregierung zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit« (145)³ darstellen. Dem Bericht vorangestellt ist eine Kurzfassung, in der die Kernaussagen der Teile A und B miteinander verwohen sind.

Der vielfältige Anhang ist von hohem Informationswert. Der analytische Teil des Berichts basiert auf einer Vielzahl von – meist online gestellten – Expertisen namhafter Wissenschaftler/innen.

Der Titel des Berichts, »Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht«, kennzeichnet die konzeptionelle Perspektive. Es geht nicht um die Analyse zweier klar definierter und abgrenzbarer Phänomene »Armut« und »Reichtum«, weil die Maßstäbe derartiger Zuordnungen von gesellschaftlichen Wertvorstellungen und sozialpolitischen Normen abhängen. Die Rede ist von relativer Armut⁴ und relativem Reichtum. Die Relativität besteht u. a. im Bezug auf das gesellschaftlich übliche bzw. durchschnittliche materielle und kulturelle Lebensniveau. Bezugsrahmen von Armut und Reichtum sind somit die »Lebenslagen in Deutschland«. In einer sozial ungleichen Gesellschaft sind Armut und Reichtum dann durch die unteren bzw. oberen Extrembereiche gekennzeichnet. Indikatoren der Armuts- bzw. Reichtumsmessung benennen als Kriterien eindeutige Distanzen zu klar definierten mittleren Niveaus, z. B. des Einkommens.⁵ Damit werden aber keine starren Armuts- oder Reichtumsgrenzen festgelegt, »es wird vielmehr die Identifizierung von Personengruppen erleichtert bzw. ermöglicht, die einem erhöhten Armutrisiko ausgesetzt sind« (42), oder jene Gruppe umrissen, innerhalb derer sich Reichtum konzentriert.

Folgende Haupttendenzen lassen sich dem Bericht entnehmen:

Die (Einkommens-)Armut ist gewachsen. Die Armutrisikoquote, der Bevölkerungsanteil jener Personen mit einem Einkommensniveau unterhalb der Armutrisikogrenze, ist von 1998 bis 2003 von 12,1 % auf 13,5 % gestiegen. Zum anderen ist »ein Zuwachs hoher Einkommen feststellbar« (51).

Analoge Tendenzen lassen sich in Bezug auf die Vermögensentwicklung und -verteilung erkennen. Die privaten Haushalte in Deutschland verfügten 2003 über ein Vermögen von 5 Billionen Euro. Dem ging seit 1998 eine Nettosteigerung um 17 % (preisbereinigt 10 %) voraus. Es existiert eine enorme Vermögensungleichheit: Die nach der Höhe des Vermögens oberen 10 % der Haushalte besitzen 47 % des Gesamtvermögens. Die unteren 50 % der Haushalte verfügen über weniger als 4 % des gesamten Nettovermögens (55).⁶

Der Reichtum der Reichen ist gewachsen.

Hinzu kommt: In Westdeutschland ist eine »Tendenz zu einer verstärkten Ungleichverteilung festzustellen« (57). Nach wie vor besteht ein sehr starkes West-Ost-Gefälle in der durchschnittlichen Vermögensausstattung (West: 149 000 Euro, Ost: 60 000 Euro) je Haushalt (53).

Seit 1998 hat sich die Anzahl der überschuldeten Privathaushalte⁷ um 13 Prozent erhöht. Mittlerweile sind davon 8,1 % aller Haushalte betroffen (63).

Die Sozialhilfequote⁸ ist 2003 (3,4 %) nicht höher als 1998 (3,5 %), doch bei Kindern bzw. Jugendlichen unter 18 Jahren ist sie deutlich von 6,8 auf 7,2 % gestiegen (69, 264). Nach wie vor besteht die Tendenz, dass die Sozialhilfeabhängigkeit der Kinder umso höher ist, je jünger die Kinder sind (69).

Einkommensarmut ist unter den folgenden Bevölkerungsgruppen besonders verbreitet (Vergleichsmaßstab: Bevölkerung insgesamt 13,5 %): Das größte Armutsrisiko tragen die Arbeitslosen (40,9 %, 1998 33,1 %), die allein Erziehenden (35,4 %, 1998 35,4 %) und Migranten (24,0 %, 1998 19,6 %). Auch Einpersonenhaushalte (22,8 %, 1998 22,4 %) sowie Jugendliche zwischen 16 – 24 Jahren (19,1 %, 1998 14,9 %) sind überdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen. Fatal ist, dass sich das Armutsrisiko der Arbeitslosen, der Migranten und der Jugendlichen sehr stark seit 1998 erhöht hat.

Auch nach der Sozialhilfequote (Vergleichsmaßstab: Bevölkerung insgesamt 3,4 %) erweisen sich die allein Erziehenden (mit Kindern unter 18 Jahren) als Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko (23,7 %, 1998 25,4 %). Mehr als die Hälfte der Sozialhilfe beziehenden Kinder unter 18 Jahren (55,2 %) lebt in Haushalten von allein Erziehenden (75). Allerdings hat sich die Sozialhilfequote der allein Erziehenden seit 1998 leicht verringert. Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache des Sozialhilfebezugs. 2003 waren 47,0 % der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im arbeitsfähigen Alter arbeitslos (1998 40,2 %).

Gruppen mit niedrigem Bildungsniveau tragen ein besonders hohes Armutsrisiko. 13,9 % der Sozialhilfeempfänger waren 2003 ohne einen Schulabschluss (3,1 % der 15 – 64-jährigen Bevölkerung). Das weitaus größte Risiko des Arbeitsplatzverlustes haben Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (95).

Bildung ist also von zentraler Bedeutung für die Verringerung des Armutsrisikos. Die Entwicklung auf diesem Gebiet war indes nicht erfolgreich. 14,9 % der 20- bis 29-Jährigen hatten 2003 keine abgeschlossene Berufsausbildung (ca. 36 % der ausländischen Jugendlichen, Tendenz steigend) (95). Nach wie vor besteht eine Lehrstellenlücke. Die Ausbildungsbeteiligungsquote der Betriebe weist eine sinkende Tendenz auf, auch die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen ist gesunken (1997 48 %, 2003 43 %), sie liegt unter dem europäischen Durchschnitt.

Nicht unterschlagen werden darf, dass Deutschland zu den Ländern mit einem relativ niedrigen Armutsrisiko gehört und nach Schweden (9 %) und Dänemark (10 %) innerhalb der EU-Länder (Durchschnitt EU-15: 15 %) die geringste Armutsrisikoquote (11 %, jeweils 2001) aufweist (45).⁹

Beispiele für positive Veränderungen sind die gesunkene Einkommensarmut der Älteren (von 13,3 % auf 11,4 %), die relativ niedrige und verminderte Jugendarbeitslosigkeit, eine verbesserte Versorgung mit Wohnraum, ein starker Rückgang der Wohnungslosigkeit, die gestiegene Vollförderungsquote der Studierenden u. a. m.

Nichtsdestoweniger kann die Gesamtbilanz nicht als erfolgreich bezeichnet werden.

In Deutschland sind soziale Ungleichheit und Armutsrisiken gewachsen, ist die Kluft zwischen Armut und Reichtum tiefer geworden.

7 Überschuldung bedeutet, dass Einkommen und Vermögen über einen längeren Zeitraum nicht zum Ausgleich fälliger Forderungen ausreichen.

8 Anteil der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (%).

9 Ob daraus allerdings abgeleitet werden darf, »dass der deutsche Sozialstaat bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung insgesamt erfolgreich ist« (15), müsste die (nicht erfolgte) Analyse der Entwicklung seit 1998 im Ländervergleich ergeben.

Im 1. Armuts- und Reichtumsbericht wurde eine derartige Entwicklung folgendermaßen resümiert: »Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat« (Deutscher Bundestag 2001: 10).

Für den Berichtszeitraum des 2. Berichts findet sich eine solche Wertung nicht, sie wäre nichtsdestoweniger ebenso berechtigt wie 2001.

10 »Die Bundesregierung hat für den ersten Bericht bewusst die Realisierung als Regierungsbericht gewählt, da nur so die Vorlage des Berichts im Jahr 2001 zu gewährleisten war.« (Deutscher Bundestag 2001: 26).

11 Die fiktive Armutsrisikoquote vor öffentlichen Transfers (einschließlich gesetzlicher Renten und Pensionen) betrug 1998 38,5 % und 2003 41,3 % (45).

12 »Die anhaltende Schwäche der Binnenwirtschaft ist vor allem das Ergebnis einer entwicklungshemmenden Einkommensverteilung und einer kontraproduktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik« (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2005, 12).

13 Z. B.: »Die positiven Auswirkungen dieser Politik kristallisieren sich mehr und mehr heraus. Die wirtschaftliche Lage ist stabil, die Zahl der Arbeitsplätze steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt. Die Reformen der Bundesregierung haben eine Trendumkehr bewirkt und somit die Voraussetzung für mehr sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit geschaffen« (Deutscher Bundestag 2001: 11).

14 Sen, A.: *Development as Freedom*, Oxford 1999; Sen, A.: *Commodities and Capabilities*, Oxford 1999.

Versuchungen eines Regierungsberichts

Die Regierung konnte der Versuchung nicht widerstehen, den Bericht zu ihrem (vermeintlichen) Vorteil zu instrumentalisieren. Sie nutzte dafür die Möglichkeit, selbst als Berichtersteller und Berichtsautor zu fungieren, obwohl dies im 1. Bericht noch als Notlösung deklariert¹⁰ wurde. Zwar wurde die weithin deprimierende Faktenlage nicht verfälscht. Aber indem die Berichtersteller sich aus den wissenschaftlichen Expertisen wie aus einem Baukasten bedienen konnten und selbst im Teil A – der Analyse und Bestandsaufnahme – Befunde der objektiven sozialen Entwicklung mit Aussagen über die vermeintlich gedeihliche und erfolgreiche Regierungspolitik »anreicherten«, kam eine geschönte Bilanz zustande.

Die breite Darstellung im Teil B zu den Maßnahmen der Bundesregierung ist eigentlich im Rahmen eines Sozialberichts deplatziert. Denn in der Sozialberichterstattung geht es weniger darum, »Aufwände oder Inputs – wie etwa die Aktivitäten staatlicher Bürokratien – zu messen«, sondern vor allem kommt es darauf an, »Resultate und Erträge von sozialen, ökonomischen und politischen Aktivitäten – bzw. ganz allgemein von gesellschaftlichen Prozessen – zu erfassen und zu beobachten«. »Inputs können allerdings dann von Bedeutung sein, wenn es darum geht, die Effektivität der Bereitstellung derartiger Leistungen zu beurteilen.« (Noll 1999, 18). Gerade dies geschieht aber nicht.

»Evaluiert« werden nur positive Einflüsse. Das sieht dann z. B. so aus: »Durch Transfers wurde der Anteil der Bevölkerung, der dem Risiko der Einkommensarmut ausgesetzt ist, um zwei Drittel auf 13,5 Prozent reduziert« (45). Auf diese Weise erscheint z. B. die Zahlung der gesetzlichen Renten und Pensionen als effektives Mittel im Kampf gegen die Armut.¹¹

Die Darstellungen im Teil B sind somit alles andere als eine kritische Analyse der getroffenen Maßnahmen. Die Frage, ob die konstatierten sozialen Fehlentwicklungen wie auch die schwächelnde Binnenwirtschaft¹² nicht wenigstens teilweise auf eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen sind, wird konsequent ausgeklammert, aber im Kontext verneint.

Im Übrigen müsste – wenn die Bundesregierung ihre Aussagen ernst nähme – im 2. Bericht auch eine Stellungnahme zu den Fehleinschätzungen¹³ des Regierungshandelns aus dem 1. Bericht zu finden sein.

Anmerkungen zu einigen inhaltlichen Aspekten Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung

Die Autoren des Armuts- und Reichtumsberichts favorisieren Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen.¹⁴ »Armut ist dann

gleichbedeutend mit einem Mangel an Verwirklichungschancen,¹⁵ Reichtum mit einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen, deren Grenzen nur punktuell oder gar nicht erreicht werden« (40). Mit Verweis auf zahlreiche Übereinstimmungen mit dem Lebenslagenansatz erheben sie das »Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen ... in Verbindung mit dem Lebenslagenansatz« zur »Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung« (40). Damit ist der Bericht allerdings konzeptionell überfordert.

Gegenwärtig ist noch keine befriedigende Operationalisierung des sehr komplexen Ansatzes der Teilhabe- und Verwirklichungschancen möglich¹⁶ (41). Folglich lässt sich auch noch kein Indikatorensystem aufbauen, das diesem Konzept gerecht werden kann. Der Bericht ist somit außerstande, die Verteilung der Verwirklichungschancen zu analysieren und zieht sich – zwangsläufig – u. a. auf traditionelle Einkommens-, Vermögens- und Lebenslagevergleiche zurück.

Verschiedene Formulierungen des Berichts (z. B. 13) lassen befürchten, dass die vorrangige Bedeutung der solidarischen Umverteilung zugunsten der Förderung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen relativiert werden soll.¹⁷ Eine klärende Erörterung des Themas »Verteilungsgerechtigkeit« erfolgt nicht. Die schon am 1. Bericht kritisierte Vermeidungsstrategie der Bundesregierung in Bezug auf dieses Thema setzt sich fort (Heidel/Jacobi 2001 38/39). Tatsächlich waren die Reformmaßnahmen der rot-grünen Koalition, insbesondere die Agenda 2010, mit einer Umverteilung auf Kosten der Bevölkerung in den unteren Einkommensschichten verbunden.

Im Übrigen ist der zentrale und konstituierende Aspekt der finanziellen Unterversorgung als Armutskriterium auch bei Sens Konzept völlig unstrittig. Sen will vermeiden, »dass der Begriff der Armut auf ein niedriges Einkommen verengt wird« (Sen 2000, 115). Aber er hebt auch hervor, dass die beiden Perspektiven – Einkommensarmut und Verwirklichungschancen – »miteinander verkoppelt sind, denn das Einkommen ist schließlich ein wichtiges Mittel für Verwirklichungschancen« (Ebenda, 113/114). Nicht anders das Lebenslagenkonzept, auf das sich der Titel des Berichts beruft: Das »Haushaltseinkommen ... bleibt trotz der Multidimensionalität das zentrale Merkmal der Lebenslage, da es den Zugang zur Befriedigung zahlreicher Bedürfnisse gewährt« (Voges 2004, 43). Mit anderen Worten – aus der unbestreitbaren Bedeutung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen als Kriterien sozialer Gerechtigkeit lässt sich keine Herabstufung der Präferenzen materieller Umverteilung zugunsten der sozial Benachteiligten ableiten.

Der Bericht liefert zahlreiche Belege, dass Einkommensarmut mit sehr hohen Risiken der Ausgrenzung von grundlegenden Teilhabe- und Verwirklichungschancen etwa in Bezug auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, kulturelle und politische Partizipation ... einhergeht.

– Einerseits ist z. B. das Armutsrisiko für Menschen mit niedrigem Bildungs-/Ausbildungsstatus besonders hoch. Umgekehrt sind aber auch bei einem niedrigen sozialen Status die Chancen besonders gering, ein höheres Bildungsniveau zu erlangen.¹⁸

– Erwachsene mit Einkommen unter der Armutsrisikogrenze sind stärker von Krankheiten und Gesundheitsstörungen betroffen (118).

15 Verwirklichungschancen – »die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten («capabilities») von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Selbstachtung nicht in Frage stellt.« (40)

16 Ähnliche Schwierigkeiten treten bei der Umsetzung des ebenfalls sehr vielschichtigen Lebenslagenansatzes in empirische Sozialforschung auf (Voges, 56).

17 Es »besteht weitgehend Konsens darüber, dass soziale Gerechtigkeit sich heute nicht in erster Linie nur an materiellen Verteilungsaspekten orientieren kann« (14). Geschickt formuliert. Denn niemand reduziert soziale Gerechtigkeit »nur« auf materielle Verteilung. Dass es aber »in erster Linie« um eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen durch Umverteilung geht, sei schon hervorgehoben, weil ohne diese notwendige Bedingung sich auch die Teilhabe- und Verwirklichungschancen nicht nachhaltig verbessern können.

18 »Der Zugang zu höherwertigen Schul-, Ausbildungs- und Berufsausschlüssen wie auch der Zugang zum Studium wird nach wie vor durch Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern bestimmt. Die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialen Status, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, sind rund 2,7-mal so hoch wie die eines Facharbeiters. Die Chance, ein Studium aufzunehmen, ist sogar 7,4-fach größer als

die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialen Status.« (95)

19 Einkommensarmut wird nach 2 Jahren (48), Sozialhilfeabhängigkeit nach 2,5 Jahren (72) von zwei Dritteln mehrheitlich überwunden/unterbrochen.

20 So melden die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Nationale Armutskonferenz in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht Zweifel an, »ob der Regelsatz derzeit tatsächlich noch vor Armut schützt«. Und sie fordert die Überprüfung des Regelsatzes durch eine unabhängige Sachverständigenkommission (Bundesarbeitsgemeinschaft, 2005, 2). Zur Berechnungsmethode des zum 1. 1. 2005 aktualisierten Eckregelsatzes werden schwerwiegende Kritikpunkte vorgetragen, z. B. fehlende Öffentlichkeit und Transparenz der Berechnungsgrundlagen, Scheinobjektivität und willkürliche Manipulationen in Bezug auf das Statistikmodell zur Berechnung des Regelsatzes, Leistungseinbußen für Kinder ab dem 8. und Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr, Nichtberücksichtigung bzw. unangemessene Beachtung wesentlicher Ausgabepositionen, Benachteiligung des Ostens, zu niedrige Veranschlagung des Eckregelsatzes um 19 Prozent bzw. 67 Euro unter dem Existenzminimum (Der Paritätische Wohlfahrtsverband 2004).

– Einkommensschwache Haushalte sind in vergleichsweise geringerem Maße an politischer Partizipation beteiligt. Höhere Einkommens- und Bildungsschichten sind stärker bei der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse aktiv als »untere Bevölkerungsschichten« (144).

– Der Zugang zu Eliten wird nicht nur »durch Leistung, sondern auch durch materielle und immaterielle Privilegien gesteuert. Die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Elite wird durch materielles Vermögen ebenso wie durch kulturelles Kapital, soziales Kapital und symbolisches Kapital (Habitus) begünstigt, während soziale Aufstiegsprozesse nur eingeschränkt gelingen« (144).

Hinsichtlich der Armutsmobilität wird herausgestellt, dass sowohl Einkommensarmut als auch Sozialhilfebezug vornehmlich relativ kurzzeitige Verbleibsphasen aufweisen.¹⁹ Diese notwendige Ergänzung der Befunde entdramatisiert das Armutproblem allerdings weniger als es im Bericht erscheint. Die »Rückfallquote« ist sehr hoch. So besteht die Gruppe der Einkommensarmen zu zwei Dritteln aus dauerhaft Einkommensarmen (ca. 50 %) bzw. nur kurzzeitigen Aufsteigern (ca. 20 %) (Becker/Hauser 224).

Einkommensarmut und Sozialhilfequote

Im Bericht wird der Standpunkt formuliert, die Inanspruchnahme von Sozialhilfe sei »nicht mit Armut gleichzusetzen« (39). Natürlich geht es nicht um Gleichsetzung beider Kategorien, wohl aber um die Frage, ob Bezieher von Sozialhilfe zur Armutspopulation gehören oder nicht.

Die Sozialhilfegesetzgebung fixiert mit dem Mindestbedarf eine quasi-offizielle Armutsgrenze. Konsens besteht darüber, dass die Betroffenen ohne den Sozialhilfebezug arm wären. Diskussion gibt es jedoch um das Argument, dass mittels der Sozialhilfe der notwendige Lebensunterhalt nunmehr gesichert werden könne, die Sozialhilfeempfänger folglich nicht mehr als arm zu bezeichnen seien. Für die Gegenauffassung ist ein anderer Armutsbegriff maßgeblich – das Angewiesensein auf öffentliche Mindestversorgung (Huster 1996, 21). In diesem Sinne wäre also Sozialhilfe nicht die Überwindung, sondern eine Bestätigung des Armseins. Diese Position wird auch durch eine oft zitierte klassische soziologische Definition aus dem Jahre 1908 bekräftigt: »Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, dass er Unterstützung erhält oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte.« (Simmel 1922, 551).

Eine andere Frage ist, ob die Sozialhilfeeinstellungen ein ausreichendes materielles und kulturelles Versorgungsniveau sichern, ob also die Sozialhilfe ihrer Aufgabe gerecht wird, »den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht« (SGB XII, § 1). Viele bezweifeln dies.²⁰ Zahlreiche Befunde des Armuts- und Reichtumsberichts stützen solche Zweifel. Nimmt man die in der EU vereinbarte Armutsriskogrenze (60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens) zum Maßstab, wird die Diskrepanz zwischen Einkommensarmut und Sozialhilfeanspruch offenkundig (Armutsrisikoquote 13,5 %, Sozialhilfequote 3,4 %). Auch ist zwar die Einkommensarmut seit 1998 deutlich ge-

wachsen, nicht aber die Sozialhilfequote. Besonders deutlich wird dieser Kontrast bei den Personen mit Migrationshintergrund: Ihr (Einkommens-) Armutsrisiko stieg von 19,6 % auf 24 % (131), gleichzeitig sank aber die Sozialhilfequote von 9,1 % auf 8,4 % (127). Einem starken Ost-West-Gefälle (Ost 19,3 %, West 12,2 %) hinsichtlich der Einkommensarmut (45) steht bekanntlich ein West-Ost-Gefälle beim Sozialhilfeniveau gegenüber.²¹ »Das soziokulturelle Existenzminimum wird im Sozialhilferecht definiert und abgesichert« (39) – behauptet der Bericht. Tatsächlich besteht diesbezüglich jedoch ein dringender Nachholebedarf, wie das starke Gefälle zwischen Einkommensarmut und Sozialhilfequote zeigt.

Der Bericht gibt auch Hinweise auf den Umfang der so genannten »verdeckten« Armut, also auf jene Bevölkerungsgruppe, die trotz vorhandener Bedürftigkeit keinen Anspruch auf Sozialhilfe erhebt. Simulationsberechnungen ergaben, »dass auf drei Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt zwischen 1,5 und 2 weitere Berechtigte kommen. Daraus folgt ein nicht in Anspruch genommenes Viertel bis zwei Fünftel der tatsächlichen Zahlungen für Hilfe zum Lebensunterhalt« (72). Vorschläge zur Minderung der verdeckten Armut werden allerdings nicht unterbreitet. Im Jahr 2002 wurden für Hilfe zum Lebensunterhalt 8,8 Milliarden Euro ausgegeben (Anhangtabelle II.11, S. 287). Das heißt aber auch: Der auf Grund der verdeckten Armut nicht eingelöste Anspruch auf Sozialhilfe (HLU) belief sich 2002 auf annähernd 2,1 bis 3,5 Milliarden Euro.

Soziale Ungleichheit – das Problem?

Nicht soziale Ungleichheiten schlechthin, sondern ihr Ausmaß, Trends zur Vertiefung, soziale Polarisierungen sind das Problem.

Prekäre Entwicklungen werden im Bericht aus der Allmacht ungünstiger Rahmenbedingungen erklärt. Insbesondere »entwickelte sich das Armutsrisiko analog zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen« (16). Dies erscheint plausibel. Indes sind die außerordentlich hohen Armutsquoten von Kindern, Menschen mit Migrationshintergrund, allein Erziehenden etc. damit nicht zu erklären. Vielmehr sind die strukturellen Benachteiligungen dieser Gruppen aufzuhellen. Die unzureichende Erklärungskraft der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Entwicklungstendenzen der sozialen Ungleichheit zeigt auch die folgende Tatsache. »Wirtschaftliche Stagnation oder Wachstumseinbrüche gehen zwar meist mit einer Zunahme der Ungleichheit einher, dies wird in Erholungsphasen aber nicht revidiert, so dass sich die Ungleichheitsindikatoren ähnlich wie die Arbeitslosenquote über die Zyklen hinweg allmählich nach oben bewegt haben« (Becker/Hauser 2004, 179). Diese fatale Tendenz zur Irreversibilität wachsender sozialer Ungleichheit – eine sozialökonomische Konsequenz des Neoliberalismus – relativiert alle Versprechen und Hoffnungen, aus einem wirtschaftlichen Aufschwung könnten auch gerechtere Proportionen der Verteilung erwachsen. Die entscheidende Bedingung für mehr soziale Gerechtigkeit und eine Entschärfung des sich vertiefenden Gegensatzes von Armut und Reichtum in Deutschland besteht gerade darin, diesen Grunddefekt der gesellschaftlichen Konstruktion zu beheben. Es

21 Der Bericht weist allerdings wegen der unklaren Zuordnung Berlins keine West-Ost-Differenzierung der Sozialhilfequoten aus. Im Durchschnitt der jeweiligen Bundesländer (ohne Berlin) betrug die Sozialhilfequote 2002: West 4,1 %, Ost 3,0 %. Bezogen auf die Gesamtheit der jeweiligen Bevölkerungsgruppen in den Bundesländern ergibt sich eine Quote von 3,2 % (West) bzw. 3,0 % (Ost) für 2002 (Berechnet nach Statistik regional 2004).

geht um Voraussetzungen, Tendenzen der sozialen Polarisierung nicht nur vermeiden, sondern auch umkehren zu können.

Reichtumsbericht?

Die spärlichen Angaben und Aussagen des Berichts zum Umfang und zur Entwicklung des Reichtums in Deutschland werden mit einem unterentwickelten Forschungsstand und der unbefriedigenden Datenlage²² erklärt (41). Reichtum lässt sich in Deutschland empirisch sehr viel schlechter erfassen als Armut. Plausibel ist der Hinweis, dass eine Übertragung der Fragestellungen der Armutsberichterstattung auf Reichtumsberichterstattung nicht ohne weiteres möglich sei, »da von einer begrifflichen Symmetrie der Gegenpole Armut und Reichtum nicht auszugehen ist« (41). Dies wird schon daran deutlich, dass – spiegelbildlich zur »Armutsgrenze« – eine Reichtumsgrenze, die etwa beim doppelten mittleren Äquivalenzeinkommen ansetzt, zwar ein hohes Wohlstandsniveau kennzeichnet, aber noch weit entfernt ist vom Einkommens- und Vermögensniveau der »oberen Zehntausend«.

Die dürftige Analyse des Reichtums ist keineswegs allein der mangelhaften empirischen Erfassung geschuldet. Wichtige Fragen werden nicht einmal gestellt: Wie kommt Reichtum und seine wundersame Mehrung zustande? Wie ist der Gegensatz zwischen einer in der Bundesrepublik nie gekannten Reichtumsanhäufung einerseits und der desolaten Lage der öffentlichen Haushalte²³ andererseits zu erklären und zu bewerten? Gibt es eine »Grenze zwischen gesellschaftlich verträglichem und zu begrüßendem Wohlstand und gesellschaftlich schädlichem, exklusivem Reichtum«, und wo ist sie zu ziehen (Hengsbach 2004, 37)? Wie hängt das eine, die Armut, mit dem anderen, dem Reichtum, zusammen? Ist Armut überhaupt wirksam zu bekämpfen, ohne Begrenzung des Reichtums und ohne Umverteilung von oben nach unten?

Mit Aussagen zur Lastenverteilung im Lohn- und Einkommenssteueraufkommen sollte offenbar derartigen Fragen vorgebeugt werden. »Die 10 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen tragen zu fast 53 Prozent des Gesamtaufkommens bei, die unteren 30 Prozent zu lediglich 0,7 Prozent« (17). Diese Darstellung stößt auf Kritik (Schäfer 2004). So wird auf Ungeheimheiten in der tatsächlichen Erfassung der Personen mit höchsten Einkommen verwiesen sowie auf Hinweise, dass der Personenkreis mit höchsten Einkommen in Wirklichkeit eher zu wenig Steuern bezahlt (Ebenda 593). Im Reichtumsbericht von Nordrhein-Westfalen wird nachgewiesen, dass den oberen 1 000 Einkommensbezieher/-innen nach der Steuer nicht nur selbstverständlich absolut das höchste Einkommen verbleibt, sondern (trotz der Steuerprogression) auch prozentual (Hengsbach 2004, 31)!

»Das vermeintliche Problemlösungskonzept – die Umverteilung zugunsten von Unternehmen und »leistungstragenden« hohen Einkommen und Vermögen – ist selbst der Problemauslöser« (Schäfer 2004, 594).

Hier liegt die Verantwortung der Bundesregierung: Das Wachstum des Reichtums wird begleitet und getragen von einer Steuerungerechtigkeit auf Kosten der unteren Einkommen.

22 »Im oberen Einkommenssegment werden Gruppen mit besonders hohem Einkommen etwa in die Einkommens- und Verbraucherstichprobe entweder gar nicht einbezogen oder es besteht eine eingeschränkte Auskunftsbereitschaft insbesondere bei den Fragen nach Einkommen und Vermögen« (42). Abschnitt 1.2.6 über hohe Einkommen bezieht sich z. B. ausschließlich auf Daten bis 1998 (49-51).

23 Der Armuts- und Reichtumsbericht NRW 2004 unterscheidet folgerichtig zwischen privater und öffentlicher Armut. Letztere wird definiert als »Unterversorgung mit realen öffentlichen Leistungen« (Ministerium für Gesundheit, 2004, 34).

Der Bericht basiert ausschließlich auf objektiven Daten. Dies ist u. a. mit dem Nachteil verbunden, dass subjektive Konsequenzen der Armut (Hoffnungen, Sorgen, Zufriedenheit, Zukunftserwartungen, Lebensstrategien, Wertvorstellungen, Gesellschaftsbilder ...) unberücksichtigt bleiben. Der Verzicht auf die Darstellung subjektiver Aspekte und Konsequenzen von Armut und Reichtum widerspricht auch dem mit dem Titel versprochenen Lebenslagenansatz.²⁴ Die gesellschaftliche Brisanz der empirischen Befunde des Berichts wird nicht herausgearbeitet. Andere Untersuchungen zeigen, die »objektiven und subjektiv wahrgenommenen sozialen Unterschiede haben in der Auffassung der Deutschen eine ›hohe Sprengwirkung‹« (Mansel/Heitmeyer 2005, 54). Arbeitslosigkeit und Verarmung zeitigen nicht nur für die Betroffenen fatale Auswirkungen, sondern vermittelt durch steigende Zukunftsängste ergeben sich daraus Desintegrationstendenzen, die die ganze Gesellschaft destabilisieren.

Die wichtigste Schlussfolgerung für die Vorbereitung des Dritten Armuts- und Reichtumsberichts sollte darin bestehen, den Einfluss der Bundesregierung auf die inhaltliche und interpretatorische Gestaltung des Berichts auf ein Minimum zu reduzieren. Dazu ist eine klare Trennung zwischen dem von einem relativ autonomen Gremium zu erstellenden Bericht einerseits und einer möglichen politischen Stellungnahme der Regierung andererseits notwendig.

Möglicherweise wird für den nächsten Armuts- und Reichtumsbericht eine anders gefärbte Regierungskoalition verantwortlich sein. Wie würden sich z. B. CDU und CSU dieser Aufgabe stellen? Zwischen Verdrängung und Dramatisierung (Leisering) – diese Extreme der Reflexion des Armutsproblems lassen sich auch bei den Unionsparteien beobachten. Verdrängung: Die Kohl-Regierung legte nie einen Armutsbericht vor. Aus der Regierungsposition heraus wurde z. B. noch 1998 der Befund einer wachsenden Kinderarmut schlicht als »unzutreffend« gewertet (Stellungnahme der Bundesregierung zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht). Dramatisierung: Als Opposition zeigt man sich hingegen – in unausgesprochener Anerkennung gängiger Armutskriterien – von Daten zur Kinderarmut in Deutschland »erschüttert«²⁵ und reagiert auf den 2. Armuts- und Reichtumsbericht mit der Schlussfolgerung: »Rot-Grün macht arm!«²⁶

Die eventuelle Rückkehr in die Regierungsverantwortung mit einem Salto rückwärts in die Verdrängungsperspektive zu verbinden, dürfte allerdings schwierig sein. Denn auch die bisherigen beiden Armuts- und Reichtumsberichte haben dazu beigetragen, dass die wachsende Ungerechtigkeit in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von einer breiten Öffentlichkeit sensibel und kritisch beobachtet und bewertet wird.

24 Zusammenhänge zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden aufzudecken, ist »eine wichtige Aufgabe einer auf die Lebenslage bezogenen Armuts- und Reichtumsberichterstattung« (Voges u. a. 2003, 49).

25 Website der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 1.3.2005: Wachsende Kinderarmut in Deutschland ist erschütternd.

26 Website der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 2. 3. 2005.

Literatur:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft, Köln: PapyRossa.
- Becker, Irene; Richard Hauser u. a. (2004): Verteilung der Einkommen 1999 – 2003. Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Frankfurt a. M.
- Deutscher Bundestag 2005, 15. Wahlperiode: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Drucksache 15/5015.
- Deutscher Bundestag 2001, 14. Wahlperiode: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht, Drucksache 14/5990.

- Flora, Peter (1999): Die Perspektive einer europäischen Sozialstaatsbeobachtung, in: Flora, Noll 1999, S. 29-37.
- Flora, Peter; Heinz-Herbert Noll (Hg.) (1999): Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung. Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen, Frankfurt/New York: Campus.
- Heidel, Klaus; Tobias Jakobi (2001): Wird »Armutsbekämpfung« trendy? Paradigmenwechsel auf dünnem Eis, in: Social Watch Report Deutschland, S. 20-40.
- Hengsbach, Friedhelm (2004): Reichtum in Nordrhein-Westfalen – eine sozioethische Reflexion, in: Ministerium für Gesundheit ..., S. 27-44.
- Hengsbach, Friedhelm (2001): Armut und Reichtum aus Regierungssicht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2001, S. 647-650.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2005): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hradil, Stefan (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
- Huster, Ernst-Ulrich (1996): Armut in Europa, Opladen: Leske + Budrich.
- Mansel, Jürgen; Wilhelm Heitmeyer (2005): Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben, in: Heitmeyer 2005, S. 39-72.
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen 2004 (Hrsg.): Sozialbericht NRW 2004. Armuts- und Reichtumsbericht.
- Noll, Heinz-Herbert (1999): Die Perspektive der Sozialberichterstattung, in: Flora, Noll 1999, S. 13-28.
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Hrsg.) (2004): Die ab Januar 2005 gültige Regelsatzverordnung (RSV) und der Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen sozial gerechten Regelsatz als sozialpolitische Grundgröße. Expertise von Rudolf Martens, Berlin.
- Schäfer, Claus (2004): Mehr soziale Ungleichheit – weniger ökonomischer Erfolg: Zur Verteilungsentwicklung in 2003 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11/2004, S. 583-595.
- Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München, Wien: Carl Hanser.
- Simmel, Georg (1922): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, München/Leipzig: Duncker & Humblot 1922.
- Stellungnahme der Bundesregierung zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht, in: Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode, DS 13/11368.
- Voges, Wolfgang; Olaf Jürgens; Andreas Mauer; Eike Meyer (2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Endbericht, Bremen.

ALEXANDER GALKIN

Nach dem Zweiten Weltkrieg: Freigeräumte Wege und nicht beherzigte Lehren

Jeder Krieg, auch der gerechteste, ist immer eine Tragödie – für den einzelnen Menschen, für die Völker, für die Menschheit als Ganzes. Seine unvermeidlichen Folgen sind unzählige Menschenopfer, gebrochene Schicksale, zerstörte Städte und Dörfer, eine zerrüttete Wirtschaft. Und doch blieb der Zweite Weltkrieg – und für unser Land der Große Vaterländische Krieg – im Gedächtnis der Generationen ein Ereignis von allergrößter Bedeutung. Und das nicht nur wegen des Stolzes darauf, dass wir widerstanden, dass wir unter den Schlägen der mächtigsten Militärmaschine die tödliche Bedrohung von uns und vielen anderen abgewendet haben.

Der 1945 errungene große Sieg über den Faschismus hat das 20. Jahrhundert in zwei ungleiche Hälften geteilt. Die erste erteilte uns andere negative Lehren und endete in einer militärischen Katastrophe. Die zweite begann mit der in weiter Ferne schimmern- den Hoffnung, der Menschheit würde es gelingen, die ihr erteilten Lehren zu beherzigen und eine neue Welt zu schaffen – humaner und gerechter als die alte. Das waren die Gefühle, die im unvergessenen Mai 1945 Millionen begeisterter Bürger auf die Straßen Europas und anderer Kontinente führten.

Haben sich ihre Hoffnungen erfüllt? Die Frage zu beantworten, ist nicht leicht, obwohl der große Sieg schon sechs Jahrzehnte zurück- liegt.

Die positiven Folgen des Sieges über den faschistischen Staaten- block sind augenscheinlich. Das Streben nach Weltherrschaft endete für dessen Protagonisten und diejenigen, die sich mit ihnen verbündet hatten, in der Katastrophe. Die von ihnen besetzten Länder wurden befreit. Ganze Völker wurden vor physischer Vernichtung bewahrt.

Seltener erinnert man sich an etwas anderes, nicht minder Wichti- ges: an die psychologische und moralische Befreiung all derer, die in dieser oder jener Form in den Strudel des weltweiten Ringens gera- ten waren. Denn eine Niederlage erlitten nicht nur die Aggressor- staaten, sondern auch das von diesen verfochtene faschistische (oder, breiter gefasst: rechtsradikale) Wertesystem, das die Menschheit in eine »Herrenrasse« und in »Untermenschen« einteilte, die eigene Na- tion als »gotterwählt« hinstellte, die politische Macht einer »Aristo- kratie des Geistes« zur einzigen rationalen und erlaubten erklärte und als am besten geeignetes Mittel zu deren Aufrechterhaltung die unkontrollierte Anwendung von Gewalt postulierte.

Dass das Bewusstsein von Millionen von Menschen von diesem Wertesystem befreit worden war, spielte bei der Formierung der

Alexander Galkin – Jg. 1922; Prof. Dr., 1945 als Offizier der Roten Armee an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beteiligt; 1945-1949 Kulturoffizier in Berlin-Weißensee; Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften, Berater der Gorbatschow-Stiftung; zuletzt in UTOPIE kreativ: Sieben Jahre unter Jelzin. Eine Bilanz. Heft 107 (September 1999), S. 45-54.

Strategie und Politik in den ersten Nachkriegsjahren eine überaus wichtige Rolle. Aus der traurigen Erfahrung der Vorkriegsjahrzehnte und der sechs Jahre des Zweiten Weltkrieges erwuchs für die Gesellschaft, auch in den besiegten Ländern, eine Gesamtheit von Pflichtgeboten, die entsprechendes Handeln erforderten. Hunderte Millionen von Menschen aller Kontinente hatten die Hoffnung, der große Sieg im Mai 1945 werde dazu führen, dass die Nachkriegswelt eine Welt ohne Kriege und Aggressionen sein wird. Sie wollten eine Weltordnung, die sich grundsätzlich von der der Vorkriegszeit unterschied. Damals hatte man weder das Wiedererstehen aggressiver Kräfte verhindern noch Wege zur Regulierung – oder wenigstens Lokalisierung – der sich verschärfenden und in weltweite Kampfhandlungen hinüberwachsenden Konflikte finden können. Jetzt sollte das anders werden.

Darum kam es zur Beschlussfassung über eine ganze Reihe internationaler Übereinkommen, die die Schaffung neuer internationaler Institutionen vorsahen und die Anwendung wie auch die Androhung von Gewalt in den Beziehungen von Staaten verurteilten.

Zu einem wichtigen Element des gesellschaftlichen Bewusstseins wurde die Einsicht, dass die weitere Normalisierung der internationalen Beziehungen unmöglich sein wird, solange es koloniale Imperien gab, die einerseits aus allmächtigen Metropolen und andererseits aus im Elend versinkenden rechtlosen Kolonien bestanden. Diese Einsicht überwog zunehmend nicht nur bei den kolonisierten Völkern, die in einer Reihe von Fällen am Kampf gegen die Aggressoren beteiligt gewesen waren, sondern auch in den Metropolen der Imperien selbst. Das Ergebnis war der dann zwar noch Jahrzehnte andauernde, schließlich aber doch zu einem Ende kommende Zerfall des kolonialen Weltsystems.

Die Vorkriegs- und Kriegserfahrung mit dem faschistischen (rechtsradikalen) Modell der gesellschaftlichen Ordnung hatte Hunderten Millionen von Menschen – auch in den dem faschistischen Staatenblock angeschlossenen Ländern – überzeugend demonstriert, wie verderblich ein System ist, dessen Grundlage die Selbstherrlichkeit der Wenigen bei völliger Ignoranz des Volkswillens ist. Das hatten sogar diejenigen erkannt, die in den Vorkriegsjahren und in der ersten Etappe des Zweiten Weltkrieges dazu neigten, die Rechtsradikalen zu unterstützen. Eine der Folgen dieser Erfahrung wurde die allgemeine Verschiebung der politischen Sympathien nach links. Und das nicht nur in Europa. Dabei nahmen nicht nur die äußersten Rechten, sondern auch die gemäßigten Konservativen beträchtlichen Schaden. Offensichtlich erinnerten sich die Wähler daran, dass in der Vorkriegszeit viele Konservative nicht nur mit den Rechtsradikalen kokettiert, sondern in einer Reihe von Fällen diesen auch geholfen hatten, ihre Macht zu festigen.

Auf der geistig-psychischen Ebene schlug sich der Linksruck in den politischen Neigungen in einem Zuwachs an Sympathie für demokratische Regierungsformen nieder. In immer mehr Ländern erkannte man darin nicht nur ein mögliches Modell für das Funktionieren des gesellschaftlichen Organismus, sondern die einzig annehmbare Art und Weise seiner Existenz. Veränderungen in dieser Richtung realisierten sich nicht überall und nicht sofort. Doch blieb

die allgemeine Bewegung dahin über viele Jahrzehnte bestimmend. Anders gesagt: Auf der Ebene des gesellschaftlichen Bewusstseins war der Weg in eine bessere Zukunft gebahnt und freigeräumt.

Jedoch stießen die von besten Absichten geleiteten Hoffnungen schon bald nach dem Ende des Krieges mit der harten Wirklichkeit zusammen, wobei die Letztere die Oberhand behielt. Und obwohl der Einfluss dieser Hoffnungen auf den folgenden Gang der Ereignisse nicht ganz verschwunden war – sie mussten doch auf eine ferne Zukunft verschoben werden. Die Gegenwart unterschied sich immer mehr von der, die den Menschen in den Tagen des großen Sieges vorgeschwebt hatte. Die der Menschheit in ihrem Ganzen erteilten historischen Lehren waren wohl entgegengenommen worden, doch wurde ihr Inhalt nur teilweise realisiert.

Wenden wir uns diesen Lehren im Einzelnen zu.

Erste Lehre: Eine neue Weltordnung ist notwendig

Die Weltordnung – das ist in erster Linie ein System von Beziehungen der Gesamtheit souveräner Staaten. Da es bei dieser Gesamtheit im Unterschied zu den Einzelstaaten kein einheitliches führendes Zentrum gibt, das über allgemein anerkannte Mittel des direkten Zwanges verfügt, stützt sich das genannte System auf sanktionierte Rechtsnormen, juristisch ausgestattete Verträge und laufende Vereinbarungen. Eine der wichtigsten Bedingungen für deren normales Funktionieren bildet ein ausreichendes Niveau der Toleranz seitens derjenigen Kräfte, die die Weltordnung gewährleisten. Das Absenken dieses Niveaus unter das minimal Notwendige führt zu einer schweren Krise, in äußersten Fällen zum Zerfall der Weltordnung. Je komplizierter das die Weltordnung formierende System ist, umso höher das objektive Interesse seiner Einzelelemente an seiner Standfestigkeit, denn die Erschütterungen und umso mehr der Zerfall des Systems bergen die schwersten Folgen in sich.

Der erste Versuch, eine Weltordnung zu installieren, die den Anforderungen des 20. Jahrhunderts entspricht, war das System von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg. Es hat ganz gewiss seinen Beitrag dazu geleistet, die Widersprüche und Konflikte zu regulieren, die in den ersten Nachkriegsjahren entstanden waren. Zugleich stand das Fundament, das diesem System zugrunde lag, auf schwankendem Boden.

Erstens umfasste der auf seiner Grundlage geschaffene Völkerbund lediglich den kleineren, vorwiegend reichen Teil der Welt. Der größte Teil der Welt aber, der kolonial abhängig war, blieb im Schatten der Weltpolitik. Mehr noch, das System von Versailles legitimierte und festigte die koloniale Abhängigkeit der Völkermehrheit.

Zweitens wurde nicht allen souveränen Staaten der gleiche Status eingeräumt. Sie waren eingeteilt in Gleichberechtigte (die Siegerstaaten der Entente – die USA und deren Verbündete) und in Nichtgleichberechtigte (das besiegte Deutschland, die Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei) sowie Sowjetrussland.

Von Anbeginn war offensichtlich, dass ein auf solcher Grundlage geschaffenes System, das ständig das Bestreben hervorrief, die aufgedrängte ungerechte Ordnung zu verändern, instabil und vom Stand-

punkt einer langfristigen Perspektive nicht lebensfähig sein würde. In der Tat: Es bestand keine 20 Jahre und zerfiel unter den Schlägen derjenigen, die auf Revanche aus waren.

Eine handlungsfähigere und gerechtere Weltordnung, die den oben genannten Hoffnungen entsprechen würde, sollte das so genannte System von Jalta werden, das von den Führern der Antihitlerkoalition in den Jahren 1944/1945 ausgearbeitet worden war. Im Unterschied zum System von Versailles sah es vor, den internationalen Strukturen, die die Menschheit vor möglichen aggressiven Absichten schützen sollten, bestimmte Machtbefugnisse einzuräumen, und es war für einen größeren Kreis von Mitgliedern ausgelegt. Zugleich war es das Ergebnis eines Kompromisses und sehr weit entfernt von einer optimalen Variante, die es hätte werden können, aber nicht wurde. Es hat im Grunde – wenn auch nicht so eindimensional wie das von Versailles – das Prinzip der Einteilung von Ländern und Völkern in Sieger und Besiegte noch einmal aufgenommen.

Zudem war die Gestaltung der Nachkriegswelt an das Bündnis der drei Großmächte Sowjetunion, USA und Großbritannien gebunden, die die Hauptlast der Militäraktionen gegen den Aggressorblock getragen hatten. Vorausgesetzt war, dass dieses Bündnis sich als mehr oder weniger dauerhaft erweisen werde. Entsprechend sollte auch das Modell der Weltordnung mehr oder weniger dauerhaft bleiben.

Im Rahmen des Systems von Jalta wurde die Organisation der Vereinten Nationen geschaffen, es wurde eine Serie von Friedensverträgen abgeschlossen, die den Zweiten Weltkrieg formal beendeten, es kam zur Annahme einer Reihe positiver internationaler Rechtsakte, und es begann die Wiedergeburt Europas.

Die Geschichte hat dem System von Jalta jedoch nur wenige Jahre eingeräumt: Das Bündnis der Drei zerbrach schon nach kurzer Zeit.

Die Weltordnung, wie sie sich nach 1948, als der Kalte Krieg begann, entwickelte, unterschied sich wesentlich von derjenigen, die in Jalta angedacht war und in den ersten Nachkriegsjahren existierte. Stützte sich die ursprünglich konzipierte Weltordnung auf die Hegemonie der großen Drei, so gründete sich diejenige, die sie abgelöst hatte, auf eine grundsätzlich andere Kräftekonstellation: auf der einen Seite standen die USA, Großbritannien und eine Reihe weiterer Länder, darunter ihre früheren unversöhnlichen Gegner Deutschland und Japan; und auf der anderen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Und das Hauptprinzip, auf dem diese Weltordnung aufbaute, war nicht mehr das Bestreben, gemeinsam ein gerechteres System von Staatenbeziehungen zu gestalten, sondern die harte, auf Feindschaft und gegenseitige Zügelung gegründete, auf atomares Gleichgewicht gestützte Konfrontation.

In dieser nach dem Zerfall des Bündnisses der drei Großmächte entstandenen Weltordnung wirkten noch viele Beschlüsse, Festlegungen und Institutionen des Modells von Jalta nach, aber gleichzeitig gab es tief greifende Unterschiede.

Das Modell, das das von Jalta ablöste, sicherte im Verlauf von 40 Jahren eine relative Stabilität der Weltordnung. Zugleich provozierte es einen unbegrenzten Rüstungswettlauf. Dieser führte zu einer beispiellosen Anhäufung von Massenvernichtungswaffen, die alles Leben auf der Welt gleich mehrfach auszulöschen vermögen.

Damit gelangte die Menschheit in eine Sackgasse, aus der nur die Zerstörung des Systems als Ganzes herausführen konnte. Anders gesagt: Die Lehre Nr. 1 hat ihre Prüfung nicht bestanden.

Gegenwärtig stehen wir auf den Trümmern der vorangegangenen Weltordnung. Versuche, die Weltsituation zu ordnen, indem die stärkste und am meisten ambitionierte Großmacht USA ihre Alleinherrschaft aufrichtet, können das Chaos, mit dem wir es zu tun haben, nur verstärken.

Die Weltordnung, die es zu errichten gilt, muss sich grundsätzlich von der vorangegangenen unterscheiden. Der Bewegung in diese Richtung sollte eine gründliche Prüfung der vergangenen positiven wie negativen Erfahrungen vorausgehen.

Es muss das grundlegende Prinzip des internationalen Rechts wiederbelebt werden: geschlossene Verträge sind einzuhalten; die Wirksamkeit des in allgemein anerkannten Dokumenten fixierten Verbots der Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen muss erhöht und mit Strafsanktionen untermauert werden; die Praxis, nach der das für die einen Länder Verbotene und Unzulässige für andere Länder durchaus annehmbar und sogar positiv sei, muss ihr Ende finden.

Es ist notwendig, die in den letzten Jahren abgebrochene Abrüstung wieder aufzunehmen und weitere Staaten in sie einzubeziehen.

Den bestehenden internationalen Institutionen muss neues Leben eingehaucht werden, und es müssen neue geschaffen werden, um die Probleme zu lösen, die aus veränderten Bedingungen – zum Beispiel der Globalisierung der ökonomischen Beziehungen und auch der Sozialpolitik – erwachsen. Die ungerechtfertigte Schwächung nationaler staatlicher Institutionen, die vor neuen Problemen in der Innenpolitik stehen, muss verhindert werden, damit das Allgemeinwohl nicht Privatinteressen geopfert wird.

Nur dann werden wir die vom großen Sieg 1945 geborenen Hoffnungen tatsächlich verwirklichen können.

Die zweite Lehre: Internationale Stabilität erfordert die Gleichheit aller Länder und Völker

Der Zerfall des kolonialen Weltsystems im Gefolge des Zweiten Weltkrieges führte zu der Vorstellung, die Menschheit habe begonnen, die tief greifenden Unterschiede zwischen den weit entwickelten und den zurückgebliebenen Ländern und damit die Widersprüche zwischen diesen zu überwinden. Natürlich bedeutete die Beseitigung des überlebten kolonialen Weltsystems einen wichtigen Schritt nach vorn. Aber das war erst der Anfang. Der reale Gang der Ereignisse zeigte, dass ein Fortschritt in dieser Richtung zwar stattfindet, aber äußerst langsam und ungleichmäßig, und dass es gilt, ernsthafte Hindernisse zu überwinden, bevor er zu greifbaren Ergebnissen führen wird.

Nachdem die während der Kolonialepoche bestimmende juristische und politische Ungleichheit von Völkern beseitigt worden war, rückte die ökonomische Ungleichheit in den Vordergrund, deren Folgen nicht weniger tragisch sind als die der vorangegangenen. Die Spannung in den Beziehungen zwischen den hochentwickelten und den Entwicklungsländern verminderte sich insgesamt im Verlauf der

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht. Das so genannte Nord-Süd-Problem nahm einen der vorderen Plätze auf der Skala der schärfsten Widersprüche in der heutigen Welt ein.

Etwas vergrößert kann das Staatenkonglomerat, das die zurückgebliebenen Länder (lange Zeit die »Dritte Welt« genannt) bilden, in zwei Hauptgruppen eingeteilt werden. Zur ersten gehören Staaten, deren Rückstand gegenüber den reichen Ländern trotz aller Anstrengungen nicht nur der alte blieb, sondern in einigen Fällen sogar noch größer wurde. Die zweite bilden Staaten, die ihre Distanz zur Zone der »goldenen Milliarde« etwas verkürzen konnten.

Beide Gruppen unterscheidet nicht nur der Entwicklungsgrad der ökonomischen Strukturen, der Umfang des inneren Bruttosozialprodukts, der Charakter des Massenkonsums, sondern auch der Typ sozialer und anderer Widersprüche. In den Ländern der ersten Gruppe äußern sie sich vergleichsweise primitiv und durchsichtig als Beziehungen zwischen Vermögenden und Nichtvermögenden. Die seit den 60er Jahren unternommenen Versuche, diese Länder zu modernisieren, haben den Graben nicht beseitigt, sondern ihn erst richtig sichtbar gemacht. Die Besonderheiten der sozialen Beziehungen in der zweiten Ländergruppe werden vom komplizierten Geflecht sozialer Wechselwirkungen bestimmt: Da verflochten sich die traditionellen, in Ländern der ersten Gruppe dominierenden Ordnungen mit den für den frühen Industrialismus typischen Formen und den »postindustriellen« Einflüssen aus den hochentwickelten reichen Ländern. Dabei dominieren die dem frühen Industrialismus eigenen sozialen Beziehungen, für die bekanntlich der Kampf um annehmbare Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, um das in Gesetzen fixierte Arbeitsrecht, um die Rechtsgleichheit der Sozialpartner, um demokratische politische Institutionen charakteristisch sind.

Eine der Folgen der ökonomischen Ungleichheit zwischen den Ländern in der Welt ist heute der präzedenzlose Ausbruch des internationalen Terrorismus. Offensichtlich ist: Die ständige Quelle für Erbitterung, Unduldsamkeit, Hass ist das zunehmende Elend auf dem einen Pol der Erdkugel und das Anwachsen herausfordernden Reichtums auf dem anderen. Das ist der Boden, auf dem der Baum des Terrorismus wächst. Wenn dessen Triebe heute stärker werden, dann ist also der Boden dafür besonders fruchtbar geworden. Nicht zuletzt schuf die Globalisierung der Massenmedien die Möglichkeit, die eigenen Lebensumstände mit denen in besonders hoch entwickelten Ländern zu vergleichen, womit das Gefühl des eigenen Elends und der Unterdrückung vielfältige neue Nahrung erhielt. Zugleich nahm im Massenbewusstsein das Bild des Urhebers für dieses Elend – der reichen Länder, die es sich auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit des Planeten wohlergehen lassen – schärfere Konturen an.

Bisher reduzierte sich die Reaktion auf den unvergleichlichen Ausbruch des Terrorismus auf Gewaltaktionen polizeilichen Typs. Diese Orientierung ist perspektivlos. Da die Erscheinung tiefe ökonomische und soziale Wurzeln hat, muss der Kampf gegen den internationalen Terrorismus in erster Linie auf die Minimierung der Widersprüche und Konflikte, auf die Überwindung des ungerechtfertigten Abstands in den Lebensbedingungen verschiedener Völker

gerichtet werden. Es muss darum gerungen werden, die Globalisierungsprozesse so zu lenken, dass die Früchte des heutigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts dem Wohlergehen aller Planetenbewohner zugute kommen. Notwendig ist, die Sozialpolitik international zu harmonisieren, um die vorhandenen Unterschiede im Preis der Arbeitskraft zu minimieren und somit die Quelle für die neue massenhafte »Völkerwanderung« versiegen zu lassen. Produktiv wäre es, wenn die einflussreichsten und finanziell stärksten Staaten ihre Anstrengungen vereinen würden, um internationale Programme zur Lösung der akuten Probleme, vor denen die menschliche Gesellschaft heute steht, zu schaffen und zu realisieren.

Mit anderen Worten: Auch die zweite Lehre des großen Sieges – die Notwendigkeit einer wahrhaften Gleichheit aller Länder und Völker – ist immer noch nicht beherzigt worden.

Die dritte Lehre: die Notwendigkeit einer nachhaltigen antifaschistischen Immunität

Entgegen den Hoffnungen, der große Sieg werde für immer mit Faschismus als Ideologie und politischer Erscheinung Schluss machen, stellten sich die Wurzeln dieses Systems als viel tiefer gehend heraus, als man es sich damals vorstellte. Nur wenige Jahre waren vergangen, als sich erneut frische Triebe zeigten, und zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde er zu einer realen Bedrohung.

Für viele Millionen Menschen, die das Leid, die Erniedrigung und die Opfer der Jahre der faschistischen Herrschaft über Europa nicht vergessen haben, stellt sich die Frage: Was kann und was muss getan werden, um die Wiedergeburt und erst recht die Machtergreifung der Rechtsradikalen, in welcher Gestalt sie auch daherkommen, zu verhindern? Für eine Antwort ist es vor allem notwendig, die Ursachen der relativen Beständigkeit dieser gefährlichen Erscheinung offen zu legen.

Immer klarer wird: Der Rechtsradikalismus, seine besondere Form des Faschismus eingeschlossen, ist keine zufällige Infektion, sondern eine organische Krankheit, die wichtige Teile des gegenwärtigen gesellschaftlichen Organismus trifft. Ihr liegt die irrationale, unadäquate Reaktion eines Teils der Bevölkerung auf die äußerst scharfen Krisenprozesse zugrunde, durch die die gewohnten ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Strukturen zerstört werden. Die Besonderheit dieser Reaktion ist, dass sie sich in einer eigenartigen Lösung traditioneller rechtskonservativer Werte formiert.

Aus dieser Charakteristik lassen sich drei Postulate ableiten:

Erstens: Den Faschismus in der entfernten Vergangenheit zu suchen, wie das einige Forscher tun, ist sinnlos. Der Faschismus ist eine Erscheinung des 20. (vielleicht auch des 21.) Jahrhunderts. Er erwuchs aus dessen Problemen. Sollte keine positive Lösung dieser Probleme gefunden werden, so wird er auch die zukünftigen Generationen bedrohen.

Zweitens: Als Ideologie, Bewegung und Regime ist der Faschismus die Ausgeburt tief greifender Krisen, die die Gesellschaft erschüttern. Je tiefer gehend und schärfer die Krise, umso fruchtbarer der Boden, aus dem der Faschismus erwächst. Die endgültige Befreiung von der faschistischen Gefahr kann nur dann erreicht wer-

den, wenn die Krisensituation nicht eine Schein-, sondern eine wirkliche Lösung erfährt.

Drittens: Der Faschismus unterscheidet sich von gewöhnlichen, traditionellen Diktaturen dadurch, dass er seine Kraft aus der Massenbewegung des Protestes schöpft. Von daher ergibt sich die große Rolle faschistischer Organisationsstrukturen, die es vermögen, die krisenbedingte Unzufriedenheit der Bürger in die gewünschte Richtung zu kanalisieren.

Eine Massenbewegung benötigt gewöhnlich eine Ideologie, die in der Lage ist, in einer zugänglichen Form die Ziele und die dahin führenden Mittel zu benennen und ein Feindbild zu konstruieren, dessen Niederlage auf den Weg zum Erfolg führen würde. Eine solche Ideologie kann aus verschiedenen Wertesystemen schöpfen. Aber das rechtsradikale Wertesystem ist dafür besonders offen, weil es an die niedrigen Gefühle appelliert.

Da die zugespitzten Krisenprozesse in der heutigen Gesellschaft nicht verschwunden sind, sondern nur eine modifizierte Form annehmen, erhalten die Wurzeln des Faschismus ständig neue Nahrung.

Ein weit verbreiteter Fehler bei der Einschätzung der heutigen Situation und umso mehr beim Versuch, deren weitere Entwicklung zu prognostizieren, ist die Annahme, vergangene historische Erscheinungen würden in unveränderter Form wiederkehren. In Wirklichkeit gibt es eine solche Wiederkehr nicht, obwohl einige Merkmale historischer Erscheinungen heute zu Analogien veranlassen. Der ernsthafte Forscher sollte seine Aufmerksamkeit den Besonderheiten der heutigen faschistischen Gefahr, den neuen Formen der gesellschaftlichen Bedrohung zuwenden.

Das lehrt die westeuropäische Erfahrung nach dem Krieg. Die hier wiedererstandene rechtsradikale Bewegung weist zwei wesentliche Richtungen auf: die traditionalistische, die sich in der Nachfolge früherer faschistischer Bewegungen versteht und deren Autoritäten und Symbolik auf den Schild hebt; und die neuere, die nicht die Verbindung zur Vergangenheit akzentuiert, sondern sich den neuen Problemen zuwendet, mit denen die Gesellschaft zu tun hat. Im Laufe der Zeit hat sich gezeigt: Die wahre Gefahr stellen nicht die an den Rand gedrängten »Traditionalisten« dar, sondern die »Erneuerer«, die in einer Reihe von Ländern zu einer bedeutenden politischen Kraft heranzuwachsen.

Etwas Ähnliches ist im heutigen Russland zu beobachten.

Gewöhnlich wird angenommen, Russland sei gegenüber dem Faschismus immun. Dafür gibt es nicht wenige Gründe. Unzählige in der Schlacht mit dem deutschen Faschismus erlittene Verluste riefen in der russländischen Gesellschaft eine ablehnende Reaktion auf alles, was mit dem Faschismus verbunden war, hervor – seine Symbolik eingeschlossen. Aber die biologische wie die sozial-psychologische Immunität ist niemals absolut. Eine Reihe von Merkmalen gibt Anlass, festzustellen, dass sich die Immunität in Bezug auf den Faschismus in Russland abgeschwächt hat.

Formal gesehen ist die Situation in Russland nicht schlimmer als in einigen westeuropäischen Ländern, wo rechtsradikale Bewegungen sogar in Parlamenten vertreten sind. Stellen sie hier also keine

ernsthafte Gefahr dar? Die Anfechtbarkeit einer solchen Position besteht darin, dass sie die Fähigkeit faschistischer Bewegungen ignoriert, schnell an Einfluss zu gewinnen, wenn dafür günstige Bedingungen gegeben sind.

In westeuropäischen Ländern, auch dort, wo es einflussreiche rechtsradikale Bewegungen gibt wie etwa in Frankreich, Italien, Österreich, sind solche Bedingungen vorerst noch nicht herangereift. In Russland dagegen existiert ein Geflecht von Umständen, wie es seinerzeit andere Länder an den Rand eines faschistischen Umsturzes herangeführt und bei bestimmten Voraussetzungen dessen Erfolg gesichert hat.

Der erste dieser Umstände ist das langwierige ökonomische Chaos: jahrelange Zerstörung des Produktionspotenzials und massenhafte Armut. Die daraus erwachsende Unzufriedenheit wird zusätzlich vom Bruch der sozialen Strukturen genährt. Es entsteht ein eigenartiges Vakuum, das sich nicht unbedingt mit faschistischen Inhalten füllen muss, aber bei entsprechenden Bedingungen solche Inhalte einsaugen kann.

Der zweite Umstand verbindet sich mit der Krise des politischen Systems. Der offensichtliche Vertrauensverlust gegenüber den Regierenden lockert den Boden, auf dem rechtsradikale Triebe wachsen können.

Der dritte Umstand: Im gesellschaftlichen Bewusstsein verwurzelt sich das Gefühl der gekränkten Nationalwürde. Der Grund dafür ist der Zerfall der historisch gewachsenen Staatlichkeit, die Diskriminierung der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in vielen früheren Sowjetrepubliken, der hochmütige Umgang mit russländischen Interessen im Ausland, darunter seitens der früheren Verbündeten und Partner. Die historische Erfahrung bezeugt: Die Rechtsradikalen profitieren davon.

Das Massenbewusstsein ist unfähig, die komplizierte und widersprüchliche Gesamtheit der Umstände, die die krisenhafte Entwicklung der Gesellschaft hervorrufen, zu verarbeiten. Unter Bedingungen der sich vertiefenden Krise, zumal wenn diese mit einer spürbaren Verschlechterung der Lebensumstände einhergeht, ist für dieses Bewusstsein zum einen das Bestreben typisch, einen konkreten Schuldigen für das bestehende Chaos ausfindig zu machen, und zum anderen die Ungeduld hinsichtlich erwarteter Verbesserungen – oder wenigstens des Versprechens solcher Verbesserungen.

Besonders stark werden solche Bestrebungen und Gefühle, wenn das Vertrauen zu den Regierenden ausgeschöpft ist. Da kommt es zu einer besonderen Empfänglichkeit gegenüber primitiven Erklärungen für den Gang der Ereignisse, äußerst einfachen Wegmarken der Vorwärtsbewegung, jedem Menschen verständlichen Problemlösungen. Vergrößert kann gesagt werden: Auf einem hohen Niveau der Krisenentwicklung öffnet sich das gesellschaftliche Bewusstsein gerne einigermaßen cleveren Politikastern. Das müssen nicht unbedingt Rechtsradikale sein, aber auch für sie öffnet sich ein breites Handlungsfeld.

Das Verstehen dessen, was wirklich vor sich geht, hilft, die Mittel zu bestimmen, die die negativen Folgen des Geschehens aufhalten. Am effektivsten wäre die Überwindung der Krisenprozesse, die die

massenhafte Unzufriedenheit hervorrufen. Es ist aber offensichtlich, dass dieses Problem nicht schnell gelöst werden kann. Zumindest aber kann man sich auf den Weg zu diesem Ziel begeben – und zwar so, dass die Bewegung und ihre ersten positiven Ergebnisse von denjenigen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden, die von den Krisenprozessen besonders betroffen sind.

Nicht minder wichtig ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die die während des Weltkrieges entstandene und infolge des großen Sieges gefestigte Massennimmtheit gegenüber dem Rechtsradikalismus (Faschismus) wiederherstellen. Dafür ist es notwendig, tatsächliche und nicht illusorische Lösungsmittel für die herangereiften Probleme anzubieten und ständig daran zu erinnern, welche Leiden der Faschismus seinerzeit den Völkern brachte und wie viel Blut die Befreiung von ihm gekostet hat.

Nur dann werden wir das moralische Recht haben zu behaupten, dass wir die dritte Lehre des großen Sieges nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat beherzigt haben.

Die vierte Lehre: Demokratie ist das beste der bekannten Mittel, gesellschaftliche Anliegen zu verwalten

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Zeit beispielloser Erfolge demokratischer Formen der Machtausübung. Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zerstoben viele faschistische und profaschistische Regimes. Der Zerfall des Kolonialsystems und nationale Revolutionen öffneten den Weg zur Demokratisierung vieler Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Staaten, die auf dem Territorium der früheren Sowjetunion entstanden, sowie Staaten Zentral- und Südosteuropas lehnten die staatsbürokratischen Formen des Regierens ab und gingen zu demokratischen Formen über.

Der Weg vieler Länder zur Demokratie war keineswegs einfach. Und doch gibt es Gründe festzustellen, dass eine der wichtigen Lehren des großen Sieges beherzigt wurde.

Seit den 80er Jahren zeigen sich jedoch bei der Entwicklung demokratischer Formen des Regierens Merkmale zunehmender krisenhafter Erscheinungen. Wo liegen die Ursachen? *Erstens* wirkten sich die Globalisierungsprozesse auf das innenpolitische Leben der Staaten aus. In der Geschichte sind demokratische Regierungsformen in nationalstaatlichem Rahmen entstanden – deren Unterspülung jedoch schwächt die demokratischen Mechanismen und öffnet die Tore für destabilisierende äußere Einflüsse. *Zweitens* nahmen Versuche zu, die Demokratie mittels des bloßen Imports westlicher Modelle zu entwickeln. Das wurde von vielen Völkern als äußerer Zwang empfunden und rief heftige ablehnende Reaktionen hervor. *Drittens* riefen demokratische Institutionen und Prozeduren zunehmend Enttäuschung hervor, besonders in denjenigen Ländern, wo sie von den regierenden Eliten lediglich für die Festigung der eigenen Herrschaft und zu Lasten des Allgemeinwohls genutzt wurden.

In Russland haben wir es insbesondere mit dieser dritten Ursache zu tun.

Die Enttäuschung über demokratische Regierungsformen, die zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Bewusstseins geworden ist, bedeutet zwar nicht die prinzipielle Absage an Demo-

kratie insgesamt. Jedoch steht außer Zweifel, dass die Erschütterung des Glaubens an ihre moralischen Grundlagen und ihre Effektivität das Interesse an alternativen, vor allem autoritären Regimes stimuliert hat. Dieses Interesse sollte zunächst nicht *überschätzt* werden. Es wirken in der russländischen Gesellschaft durchaus viele Faktoren, die den antidemokratischen (besonders den aggressiven rechtsradikalen) Tendenzen widerstehen. Keinesfalls aber darf dieses Interesse *unterschätzt* werden, denn es ist praktisch in alle gesellschaftlichen Schichten eingedrungen.

Weit verbreitet ist die Neigung zu autoritären Regierungsformen in der etablierten führenden Elite. Ein Teil dieser Eliten rechnet damit, im Falle des Übergangs zu einem autoritären Regime seinen mit unlauteren Mitteln erworbenen Reichtum zu behalten; ein anderer, die den Konkurrenten abgerungenen finanziellen Mittel zum eigenen Vorteil umzuverteilen; ein dritter Teil schließlich, die von ihm besetzten politischen und administrativen Positionen zu bewahren und zu festigen. Insgesamt ist die Orientierung dieser Gruppen auf eine »starke Hand« identisch.

Autoritäre Regierungsformen werden auch von großen Bevölkerungsgruppen unterstützt, darunter sowohl von Befürwortern wie von Gegnern des etablierten politischen Systems.

Mit einem autoritären Regime sympathisieren darüber hinaus weite Teile der geistigen Elite. Öffentliche Auftritte zu seiner Rechtfertigung, die noch vor wenigen Jahren auf stürmische Empörung stießen, werden heute als etwas Normales und Natürliches empfunden. Intellektuelle mit einem gefestigten demokratischen Ruf, die noch vor kurzem wutentbrannt jede Äußerung autoritärer Handlungen brandmarkten, erkennen heute verlegen und mit Einschränkungen deren Annehmbarkeit für Russland an.

Die möglichen Folgen des Übergangs zu einem autoritären Modell wären zum Beispiel ein Verlust an Effektivität bei Problemlösungen, eine Störung der Ausgewogenheit des gesellschaftlichen Organismus durch voluntaristische Entscheidungen oder ein Verlust an Informationen über real in der Gesellschaft ablaufende Prozesse mit der Folge, dass das Regime unfähig wird, strategische und konkrete Entscheidungen zu korrigieren. Eine der am schwersten wiegenden Folgen wäre die selektive Kaderauswahl, die sich nicht an Qualifikation, Fähigkeiten, moralischen Eigenschaften, sondern an persönlicher Treue, Fügsamkeit oder Dienstfertigkeit orientiert, was im Gefolge zu Ideen- und Initiativlosigkeit des Verwaltungsapparats führt.

Gestützt auf das im Lande noch vorhandene antiautoritäre Potenzial, kann einem siegreichen Vormarsch autoritärer Formen des Regierens durchaus entgegengewirkt werden, zumal dieses Potenzial durch eine Reihe objektiver und subjektiver Faktoren genährt wird. Dazu gehört die zunehmende Erkenntnis, dass das in den 90er Jahren etablierte Regierungssystem nicht mit Demokratie identisch ist und dass die Praxis des »wilden Marktes« nicht automatisch zu demokratischen Veränderungen führt; weiter auch die Tatsache, dass demokratische Prozeduren schon zu einem immanenten Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens geworden sind, was sich im politischen Verhalten der Bürger niederschlägt: Es wird das Recht auf Kritik an

den Machtausübenden in Anspruch genommen, Massenaktionen des Protestes bestimmen zunehmend das Alltagsleben.

Ein gewichtiger, vielleicht entscheidender Faktor des Widerstands gegen autoritäre Ansprüche wäre die Entwicklung eines breiten geistig-politischen Diskurses in der Gesellschaft: eines konstruktiven Vergleichs von Auffassungen und Positionen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte als Mittel der Akkumulation ihrer Eigenarten und ihres Denkens. Ein solcher Diskurs könnte zu einem Mittel des demokratischen Zusammenwirkens der antiautoritär eingestellten Kräfte werden. Schon der Diskussionsprozess selbst würde eine Atmosphäre der Abwehr des autoritären Verhaltens und Regierens schaffen.

Auch die vierte Lehre des großen Sieges harrt also noch – sowohl in Russland wie auch anderswo – der weiteren Aneignung.

Das hier Ausgeführte mindert nicht die historische Bedeutung des großen Sieges vom Mai 1945. Es spricht lediglich dafür, dass sich nichts in der Geschichte automatisch vollzieht, dass die gegebenen Möglichkeiten noch nicht die Realität bedeuten und dass die freigeräumten Wege lediglich einen Impuls für zukünftige Generationen bilden. Bisher haben wir den 1945 erhaltenen Impuls nicht ausgeschöpft. Dies festzustellen, soll keine Selbstgeißelung sein, sondern eine Aufforderung zum Handeln.

Aus dem Russischen übersetzt von ULLA PLENER

ALBERT EINSTEIN

Ein Brief wider die Inquisition

Am 12. Juni 1953 veröffentlichte die »New York Times« einen Brief von Albert Einstein (1879-1955) an einen Lehrer namens William Frauenglass. Frauenglass hatte den weltbekannten Physiker um Rat gebeten, wie man mit einer Befragung durch das HUAC (House Un-American Activities Committee – Kongressausschuss zur Untersuchung unamerikanischen Verhaltens) umgehen solle. Frauenglass habe sich – so schreiben die Herausgeber des Buches »Einstein on Peace«, New York 1968 – zu dieser Anfrage ermutigt gefühlt, weil Einstein sich kurz zuvor öffentlich als einen »unverbesserlichen Nonkonformisten« bezeichnet hatte, »dessen Nonkonformismus in einem abseitigen Gebiet des menschlichen Strebens anzugreifen sich bislang noch kein Senatsausschuss genötigt gesehen hat«. Frauenglass habe daher die Auffassung vertreten, dass eine Stellungnahme Einsteins »in höchstem Maße hilfreich« sein könnte, »Lehrer und Öffentlichkeit aufzumuntern, sich den neuerlichen obskuren Attacken entgegen zu stellen«.

Wir dokumentieren den Einstein-Brief in einer Übersetzung aus dem Buch »Thirty Years of Treason. Excerpts from Hearings before the House Committee on Un-American Activities, 1938-1968« (Dreißig Jahre des Verrats. Auszüge aus den Anhörungen des Kongressausschusses zur Untersuchung unamerikanischen Verhaltens 1938-1968), hrsgg. von Eric Bentley, New York 1971, S. 667-668. Diesem Buch entstammen auch die oben gedruckten Vorbemerkungen.

Den Vorbemerkungen vorangestellt ist bei Bentley der folgende Auszug aus dem Buch »A Quarter Century of Un-Americana« (Ein Vierteljahrhundert des Unamerikanischen), hrsgg. von Charlotte Pomerantz, New York 1963: »Im selben Jahr (gemeint ist das Jahr 1945) denunzierte Rankin (HUAC-Mitglied John Rankin) Einstein im Kongress als einen »fremdstämmigen Agitator« und warnte, dass es »an der Zeit sei, dass das amerikanische Volk die Wahrheit über Einstein erfährt«. Ebenfalls im Jahre 1945 erklärte Rankin im Kongress: »Diese dem Ausland zugeneigten kommunistischen Feinde der Christenheit und ihre Marionetten versuchen, die Kontrolle über die Presse zu gewinnen.«

Nun der Text des Einstein-Briefes vom 12. Juni 1953:

Danke sehr für Ihren Brief. Mit »abseitigem Gebiet« meinte ich die theoretischen Grundlagen der Physik.

Das Problem, mit dem die Intellektuellen dieses Landes konfrontiert sind, ist ein sehr ernsthaftes. Reaktionären Politikern ist es ge-

Der Brief von Albert Einstein an William Frauenglass spielt im Einstein-Jahr 2005 mancherorts eine Rolle. Über die im Berliner Kronprinzenpalais gezeigte Ausstellung zum Leben und Wirken Albert Einsteins heißt es in einem Bericht des »Spiegel«, sie enthalten Dokumente, die den Intellekt, das Drama seiner Lebensfreude packend widerspiegeln. Der Brief an William Frauenglass, in dem Einstein 1953 seine Einstellung zum McCarthyismus äußert (...), ist darunter (Spiegel online, 17. Mai 2005, www.spiegel.de). In der in New York erscheinenden Zeitschrift »Monthly Review« schreibt John J. Simon in einem Aufsatz mit dem Titel »Albert Einstein, Radical: A Political Profile«: »Die ›Roten-Hysterie‹ der Jahrhundertmitte beschäftigte Einstein in seinen letzten Lebensjahren sehr. Er schrieb: ›Das deutsche Unheil der vergangenen Jahre wiederholt sich.‹ (...)

Einstein beklagte die Tatsache, dass »ehrliche Leute (in den USA) eine hoffnungslose Minderheit darstellen.« Aber fest entschlossen, sich zu wehren, suchte er nach einem öffentlichen Forum – und fand es in der Antwort auf den Brief eines New Yorker Lehrers, der gefeuert worden war, weil er sich geweigert

hatte, vor einem Senatsausschuss seine politischen Auffassungen zu diskutieren und Namen zu nennen« (Monthly Review, May 2005, p. 9).

lungen, alle geistigen Anstrengungen in der Öffentlichkeit dadurch unter Verdacht zu stellen, dass sie eine äußere Gefahr vorgaukeln. Mittlerweile sind sie damit so weit vorangekommen, dass sie nun dazu übergehen, die Freiheit der Lehre zu unterdrücken und all diejenigen, die sich nicht zu unterwerfen bereit sind, von ihren Positionen zu entfernen, das heißt: sie auszuhungern.

Was sollte die Minderheit, die die Intellektuellen sind, gegen dieses Übel tun? Ehrlich gesagt, kann ich nur den revolutionären Weg der Nicht-Kooperation erkennen, wie ihn Gandhi geht. Jeder Intellektuelle, der vor einen dieser Ausschüsse geladen ist, sollte die Aussage verweigern, das heißt: Er muss vorbereitet sein auf Gefängnis und wirtschaftlichen Ruin, kurz: auf die Opferung seines persönlichen Wohlergehens zugunsten der kulturellen Wohlfahrt seines Landes.

Jedoch darf sich die Aussageverweigerung nicht auf den allseits bekannten Trick der Berufung auf das Fünfte Amendment zur Vermeidung möglicher Selbstbeschuldigung gründen, sondern es muss geltend gemacht werden, dass es für einen unbescholtenen Bürger eine Schande ist, sich einer solchen Inquisition unterwerfen zu müssen, und dass diese Art der Inquisition den Geist der Verfassung verletzt.¹

Wenn genügend Menschen bereit sind, diesen schwerwiegenden Schritt zu gehen, werden sie erfolgreich sein. Wenn nicht, dann verdienen die Intellektuellen dieses Landes nichts Besseres als die Sklaverei, die für sie vorgesehen ist.

P. S. Dieser Brief ist nicht als »vertraulich« zu betrachten.

Dem Brief von Albert Einstein sind von Eric Bentley folgende Anmerkungen nachgestellt:

»Es ist schwer auszumachen, welchen Umfang das Echo auf diese Einsteinsche Herausforderung hatte. I. F Stone unterstützte Einstein in seiner Zeitschrift ›Weekly‹ vom 20. Juni 1953 und stellte sich damit insbesondere gegen Bischof G. Bromley Oxnam. (Auf S. 669 seines Buches charakterisiert Bentley diesen Bischof Oxnam als »einen derjenigen, die für sich in Anspruch nahmen, noch effektiver in ihrem Antikommunismus zu sein als HUAC, noch royalistischer – wenn das möglich gewesen wäre – als der König«. – W. A.) Stone war ein einsamer Rufer in der Wildnis, aber es bleibt interessant, was dieser Rufer zu sagen hatte, nämlich unter anderem: ›Einstein hat seinem Brief das ganze Gewicht seines weltweiten Ansehens gegeben. Ich schlage ein Zusammengehen amerikanischer Intellektueller vor mit dem Ziel, mit dem ›Einstein-Gelöbnis‹ eine fundamentale Gegenposition zur Einführung der Inquisition in Amerika aufzubauen.«

Einstein starb keine zwei Jahre später. Stone schrieb in einem berührenden Nachruf: Der Mann, der auf der Suche nach einer neuen Harmonie in den Himmeln und im Atom war, war auch auf der Suche nach Ordnung und Gerechtigkeit in den Beziehungen der Menschen. Als der weltweit größte Intellektuelle unserer Zeit bekämpfte der den Faschismus, wo immer er auftauchte, und fürchtete die Anzeichen seines Auftauchens auch in unserem eigenen Land. Das war

1 Herausgeber Eric Bentley zitiert zu diesem Absatz noch einmal die Herausgeber von »Einstein on Peace«, New York 1968: »Im Abdruck des Briefes durch die ›Times‹ fehlt die Bezugnahme auf das Fünfte Amendment zu Beginn des Absatzes. Die ›Times‹ merkte an, dass diese Weglassung (...) auf eine Bitte von Frauenglass hin geschehen sei. Einstein hat dieser Weglassung wahrscheinlich zugestimmt (...), seine Position, wie sie im Original des Briefes nachzulesen ist, hat er allerdings nie geändert.«

der Geist, in dem er den amerikanischen Intellektuellen riet, der Kongress-Inquisition zu trotzen und sich der Selbstunterwerfung unter die ideologische Ausforschung zu widersetzen. Auf diese Weise interpretierte er das Erste Amendment genau so, wie Jefferson es getan haben würde.«

Redaktion und Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch:
WOLFRAM ADOLPHI

SIEGFRIED GRUNDMANN

Albert Einstein – ein Utopist?

Anmerkungen zu einem neuen Einstein-Buch
von Hubert Goenner

Hubert Goenner behauptet: politisch naiv und ohne Einfluß sei Albert Einstein gewesen,¹ zudem ausgestattet mit einem »schwachen Bedürfnis nach Verantwortung außerhalb der Physik«,² gleichgültig »gegenüber dem Schicksal des einzelnen Menschen an der Front«³. Unschwerflich wird sogar suggeriert, daß Einstein feige war: Einstein habe »stets (...) aus einer für die eigene Person *ungefährlichen* Position heraus« argumentiert.⁴

War Einstein naiv, weltfremd und ein Utopist?
Gewiß, manchmal schon.

Es war naiv, Ende des Jahres 1914 anzunehmen, daß namhafte Intellektuelle den von ihm gemeinsam mit Georg Friedrich Nicolai verfaßten Aufruf »Aufruf an die Europäer« unterschreiben würden.

Einsteins Annahme war naiv, weil die »Geistigen« – wie er sich meistens ausdrückte – 1914 nahezu geschlossen hinter der deutschen Kriegführung standen. Den kriegsbefürwortenden Aufruf »An die Kulturwelt« hatten 93 deutsche Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller unterschrieben. Mit einem sechsmaligen »Es ist nicht wahr« haben sie jede Kriegsschuld, jedes Kriegsverbrechen der Deutschen geleugnet, den deutschen Militarismus als Beschützer deutscher Kultur verteidigt – »mit unserem Namen und unserer Ehre« –, darunter fast alle, die die Berufung Einsteins nach Berlin bewerkstelligt hatten, die Professoren Max Planck, Walther Nernst, Fritz Haber und Adolf von Harnack.⁵

Es war naiv, schon zwei Tage nach der Revolution vom 9. November 1918 zu jubeln, daß der Militarismus und der »Geheimratsdusel« in Deutschland »gründlich beseitigt« seien.⁶

Entgegen der Euphorie Einsteins hatte die Revolution noch lange nicht gesiegt; vielmehr war bald die Konterrevolution in vollem Gange, wurden Linke und Juden umgebracht. In einem Brief vom 7. Juli 1944 an Max Born bekannte Einstein bezugnehmend auf ihr damaliges gemeinsames Bemühen um die Freilassung des von Studenten inhaftierten Rektors der Berliner Universität: »Erinnerst Du Dich noch daran, daß wir vor etwas unter 25 Jahren zusammen in einem Tram nach dem Reichstagsgebäude fahren (...) Wie naiv wir doch gewesen sind als Männer von 40 Jahren. Ich kann nur lachen, wenn ich daran denke. Wir empfanden beide nicht, wie viel mehr im Rückenmark sitzt als im Großhirn und wie viel fester es sitzt. (...) da dürfen wir uns nicht wundern, wenn die scientists keine Ausnahme bilden (in der großen Mehrzahl) und *wenn* sie anders sind, so ist es nicht auf

Siegfried Grundmann – Jg. 1938; Prof. Dr.; jüngste Publikationen: Einsteins Akte. Wissenschaft und Politik – Einsteins Berliner Zeit. Mit einem Anhang über die FBI-Akte Einsteins, Springer-Verlag Berlin, Heidelberg, New York, 2. Aufl. 2004; Das Objekt: Albert Einstein. Der Informant: Adolf Sauter, in: Neues Deutschland, 19./20. Februar 2005; Wissenschaft und Politik: Einsteins Berliner Zeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25-26/2005, 20. Juni 2005; im Druck: US-amerikanische Ausgabe von »Einsteins Akte« unter dem Titel »The Einstein Dossiers«; Richard Großkopf und die kommunistische Paßfälscherorganisation (erscheint in IWK); zuletzt in UTOPIE kreativ: Regionale Disparitäten, Heft 17/18 (März/April 1992), S. 52-63.

die Verstandesfähigkeit, sondern auf das menschliche Format zurückzuführen, wie bei Laue.«⁷

Wie naiv war es später, zu glauben, daß zwei Prozent Kriegsdienstverweigerer einen neuen Krieg verhindern könnten!

Zwei Prozent Kriegsdienstverweigerer gegenüber 98 Prozent Zustimmung? Recht hatte Romain Rolland, als er erwiderte: »Der Krieg wird nicht dadurch abgeschafft, daß 2 % der Bevölkerung den Kriegsdienst verweigern. (...) Neuerdings wird der Nachdruck auf den Einsatz kleiner Heere von Technikern gelegt, die sich darauf verstehen, mit Giftgas und Bakterien geladene Torpedos und andere Waffen der Massenvernichtung anzuwenden. Unter solchen Umständen kann es der Regierung höchst gleichgültig sein, ob zwei oder zehn Prozent der Bevölkerung den Kriegsdienst verweigern.«⁸

Es war wohlgemeint, aber naiv, im Eröffnungsvortrag zur 7. Deutschen Funkausstellung im August 1930 zu erklären, der Rundfunk werde eine »Funktion (...) im Sinne der Völkerversöhnung« erfüllen und dazu beitragen, daß das »Gefühl gegenseitiger Fremdheit« zwischen den Völkern ausgetilgt wird, zeige er doch die Völker »einander in lebendigster Form und in der Hauptsache von der lebenswürdigen Seite«.⁹

Naiv war Einstein mit seiner Annahme einer demokratiestiftenden Wirkung des Rundfunks in einer Zeit, da die Regierung den Rundfunk völlig kontrollierte, der SPD geringe Sendezeiten zubilligte und der KPD den Zugang ganz versperrte. Goebbels, der drei Jahre später aus gleichem Anlaß an der gleichen Stelle sprach, hatte besser verstanden, welch vorzügliches Instrument der Rundfunk zur Manipulierung der Massen sein wird.

Und doch: Einstein mag manchmal naiv gewesen sein, er war aber auch ein nüchtern denkender Mensch. Und *vieles*, was »naiv« erscheinen mag, war Ausdruck einer erstaunlichen, manchmal prophetisch erscheinenden Klar- und Weitsicht.

Nicht naiv, sondern ein Beleg rationaler Analyse der Weltlage war es, als Einstein und Nicolai im Aufruf an die Europäer formulierten: »Während Technik und Verkehr uns offensichtlich zur faktischen Anerkennung internationaler Beziehungen und damit zu einer allgemeinen Weltkultur drängen, hat noch nie ein Krieg die kulturelle Gemeinschaftlichkeit des Zusammenarbeitens so intensiv unterbrochen, wie der gegenwärtige. (...) Darf uns also dieser Zustand auch nicht wundernehmen, so wären doch diejenigen, denen jene gemeinsame Weltkultur auch nur im geringsten am Herzen liegt, doppelt verpflichtet, für die Aufrechterhaltung dieser Prinzipien zu kämpfen. Diejenigen aber, bei denen man solche Gesinnung vermuten sollte – also vornehmlich Wissenschaftler und Künstler –, haben bis jetzt fast ausschließlich Dinge gesagt, die vermuten lassen, als ob mit der Unterbrechung der tatsächlichen Beziehungen auch selbst der Wunsch zu deren Fortsetzung geschwunden sei, sie haben aus einer erklärlichen Kampf Stimmung heraus gesprochen – zum mindesten nicht zum Frieden geredet. Solche Stimmung ist durch keine nationale Leidenschaft zu entschuldigen, sie ist unwürdig dessen, was bisher alle Welt unter dem Namen der Kultur verstanden hat, und sollte sie Allgemeingut der Gebildeten werden, so wäre das ein Unglück. (...) Soll auch Europa sich durch Bruderkrieg allmählich er-

1 Hubert Goenner: Einstein in Berlin 1914-1933, Verlag C. H. Beck, München 2005, S. 286, 335, 339.

2 Ebenda, S. 9.

3 Ebenda, S. 81.

4 Ebenda, S. 340.

5 An die Kulturwelt. Flugblatt, Standort: Deutsche Bücherei.

6 Zitiert nach: Albrecht Fölsing: Albert Einstein. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1994, S. 475.

7 Albert Einstein, Hedwig und Max Born: Briefwechsel 1916-1955, kommentiert von Max Born, München 1969. Neuauflage 1991, S. 198.

8 Albert Einstein: Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang? Hrsgg. von Otto Nathan und Heinz Norden, Vorwort von Bertrand Russell, Neu Isenburg 2004, S. 136.

9 Zitiert nach dem Wortlaut des Vortrages in: Bundesarchiv, Abt. VII Filmarchiv.

schöpfen und zugrunde gehen? Denn der heute tobende Kampf wird kaum einen Sieger, sondern wahrscheinlich nur Besiegte zurücklassen.«

Bald hatte Einstein auch erkannt, daß der Weltkrieg mit einem Appell an das Gewissen der Politiker nicht beendet werden kann. Er war nun »überzeugt, daß diese Verwirrung der Geister nur durch die Härte der Tatsachen gesteuert werden kann.« Und daß es keinen Sinn hat, gegen die Machtgelüste der Kriegspartei »mit intellektuellen Waffen zu kämpfen«.¹⁰ »Härte der Tatsachen« hieß: die militärische Niederlage Deutschlands. Seine pazifistische Gesinnung mußte sich erstmals in seinem Leben anderen Einsichten beugen.

Der »Aufruf an die Europäer« war eine Vorwegnahme der Völkerbundsidee, der Abgabe nationaler Rechte an eine übergeordnete Instanz. Die damals von Phantasten und Utopisten wie Einstein formulierten Ziele sind heute beinahe zum Ritual von Sonntagsrednern verkommen. Schon 1920 war der Völkerbund Realität (wenn auch noch weit entfernt von den Erwartungen Einsteins) und 1926 Deutschland Mitglied desselben!

Die Völkerbundskommission für Internationale Geistige Zusammenarbeit, der Einstein seit 1922/23 nahezu zehn Jahre lang angehörte, wurde vielerseits als »Gelehrtenkomitee« verspottet und selbst vom damaligen deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbunds, Dufour-Feronce, herablassend beurteilt. Gleichzeitig mißbilligte das Auswärtige Amt zunächst Einsteins Mitarbeit als unzulässigen Versuch, unter Umgehung des Amtes Politik machen zu wollen. Dann freilich, als auch Einsteins Arbeit Früchte zu tragen begann und Deutschlands diplomatische Isolierung durchbrochen war, wurde dessen Platz in der Kommission zu einem Objekt der Begierde und Einstein sukzessive hinausgedrängt (dabei allerdings auch das Prinzip der Übernationalität einer Dominanz nationaler Interessen geopfert). Aus diesem Komitee politischer Laien wurde später die UNESCO – eine respektable Sub-Organisation der Vereinten Nationen!

Naiv mag die anfängliche Unterschätzung der faschistischen Gefahr gewesen sein. Allerdings war er dabei nicht weniger naiv als namhafte »Realpolitiker« der damaligen Zeit, »Realpolitiker« des In- und Auslands. Dann jedoch, als er die Gefahr erkannte, hat er sich leidenschaftlich (und mit mehr Engagement als viele »Realpolitiker«) dagegen gewandt und an die Massen des Volkes appelliert.

Auf Grund der Erkenntnis, »daß wir einer entsetzlichen Gefahr der Faschisierung entgegengehen«, verlangte Einstein am 17. Juni 1932 zusammen mit Heinrich Mann und Käthe Kollwitz von Theodor Leipart, Ernst Thälmann und Otto Wels ein »Zusammengehen der beiden grossen Arbeiterparteien« in den bevorstehenden Reichstagswahlen in Form der »Aufstellung gemeinsamer Listen«.¹¹ Eine solche Entscheidung sei »lebensnotwendig für das ganze Volk«. Vergebens: Für die beiden Arbeiterparteien war der Bruderzwist wichtiger als der gemeinsame Kampf gegen die faschistische Gefahr.

Einen letzten verzweifelten Versuch, die in der Weimarer Verfassung garantierten Bürgerrechte zu retten, unternahm Einstein zusammen mit vielen anderen im Februar 1932 – mit dem Aufruf zur Vorbereitung eines Kongresses »Das Freie Wort«.

10 Romain Rolland: Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre, Bd. III, Berlin 1974, S. 221.

11 Die Quelle des hier wiedergegebenen Aufrufs ist ein am 22. Juni 1959 im damals unter US-amerikanischer Hoheit stehenden Berlin Document Center angefertigter Film (Bundesarchiv Berlin: 62 FC. NS 26 - NSDAP-Hauptarchiv - Nr. 4104/ 13974 P). Das im BDC befindliche Original ist unter den dem Bundesarchiv Berlin übergebenen Archivbeständen nicht auffindbar.

Noch auf einer USA-Reise befindlich, rief Einstein zusammen mit Heinrich Mann und dem Rechtsanwalt Rudolf Olden »alle im weitesten Sinne fortschrittlich Denkenden« auf, »für die Wiedererringung und Erhaltung« von Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Rede- und Lehrfreiheit einzutreten und dies öffentlich zu bekunden.¹² Am Sonntag, dem 19. Februar 1933, tagte der Kongreß. Als schließlich der frühere sozialdemokratische preußische Minister Wolfgang Heine zur »Freiheit der Kunst« referierte und die »amtlich angepriesene Brutalität« anprangerte, erklärte der die Versammlung überwachende Kriminalkommissar den Kongreß für aufgelöst. Wenige Tage später wütete der Terror der Nazis ungebremst: Der Reichstag brannte. Und damit war auch Einsteins Hoffnung, die Demokratie retten zu wollen, verbrannt.

Und dann schließlich war es auch vorbei mit seinem bedingungslosen Verlangen nach Verweigerung des Wehrdienstes.

Einem Kritiker seiner veränderten Haltung erwiderte Einstein am 28. August 1933: »Bei Verhältnissen, wie sie bis zum Ende des vorigen Jahres in Europa geherrscht haben, war nach meiner Meinung die Militärdienstverweigerung ein wirksames Mittel zur Herstellung gesünderer und würdigerer Zustände in Europa. Nun ist es aber – hoffentlich für nicht lange Zeit – anders geworden. Wissen Sie nicht, daß in Deutschland fieberhaft gerüstet wird? (...) Ich hasse Militär und Gewalt jeder Art. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß heute dieses verhasste Mittel den einzigen wirksamen Schutz bildet.«¹³

Einstein hatte nicht aufgehört, ein Pazifist zu sein, nichts hatte sich geändert an seiner »Abneigung gegen Militär und Krieg«. Er mußte sich aber der Einsicht beugen, mit seiner bisherigen Haltung in der Frage der Vermeidung eines neuen Krieges gescheitert zu sein. Er erkannte – wie er am 14. Juli 1941 formulierte –, »daß der bisherige Standpunkt nicht aufrecht zu erhalten war, wenn nicht die Macht in der ganzen Welt in die Hände von den schlimmsten Feinden der Menschheit geraten soll, sich der Erkenntnis, daß es gegen organisierte Macht (...) nur organisierte Macht« geben kann, zu verschließen.¹⁴

Einstein mußte eine Niederlage eingestehen. Rückblickend, scheint es, war er sehr »naiv«. Und die »Realisten«? Haben sie Kriege aus der Welt geschafft? Wissen *sie* denn, wie man Kriege verhindern kann? Wollen sie das überhaupt?

Politisch wirkungslos?

Goenner meint aber auch, daß Einstein politisch *wirkungslos* gewesen sei.¹⁵ Trotz aller wohlmeinenden Appelle und Aufrufe habe er »keinen Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland ausüben« können.¹⁶

Zur Zeit des Ersten Weltkrieges – das mag sein – war Einsteins Pazifismus in der Tat ohne große Resonanz. Das Fiasko des »Aufrufs an die Europäer« war keine Ermutigung. Er hat dennoch nicht aufgehört, entsprechend seiner Überzeugung zu handeln. Unter Nutzung seiner Schweizer Staatsbürgerschaft fungierte er als Emissär zwischen dem Bund Neues Vaterland auf der einen und Personen bzw. Organisationen in anderen Ländern – darunter Romain Rolland und die niederländische Friedensbewegung Anti-Orlog-Raad – auf

12 Bundesarchiv Berlin: R 58/4182.

13 Albert Einstein: Über den Frieden, a. a. O., S. 248.

14 Zitiert nach Ze'ev Rosenkranz: Albert Einstein. Privat und ganz persönlich, Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem 2004, S. 115.

15 Hubert Goenner: Einstein in Berlin 1914-1933, a. a. O., S. 285.

16 Ebenda, S. 286.

17 Wolf Zuelzer: Der Fall Nicolai. Ein Patriot ohne Heimat, ein Rebell als Pazifist: ein unbequemer Geist, den es nicht geben durfte, Societäts-Verlag Frankfurt a. M. 1981, S. 229 u. 230.

der anderen Seite. Gegen Ende des Krieges hat er dem ungleich aktiveren Pazifisten und Mitverfasser des »Aufrufs an die Europäer« Georg Friedrich Nicolai bei dessen Desertion aus der Armee und Flucht nach Dänemark geholfen¹⁷ – was weitgehend unbekannt ist und, weil unbequem, von den Einstein-Biographen, auch Goenner, nicht erwähnt wird. Er wurde sogar von der Polizei observiert. Aber, wie gesagt, öffentlich ist er so gut wie nicht in Erscheinung getreten. Zu beachten aber wäre auch, daß die Kriegsjahre seine wissenschaftlich wohl produktivsten in Deutschland gewesen sind. Am Ende des Jahres 1915 war die allgemeine Relativitätstheorie fertiggestellt. Danach war seine Gesundheit ruiniert, so daß er längere Zeit pausieren mußte.

Umso intensiver war sein politisches Wirken nach dem Kriege. Dabei wäre zu unterscheiden zwischen dem, was er auch ohne erklärte Absicht und dem, was er mit einer solchen Absicht geleistet hat. Und bei allem ist zu bedenken, daß seine *wissenschaftliche Leistung* die alles entscheidende Basis seines politischen Wirkens gewesen ist. Andere, die ungleich aktiver waren und Erklärungen verfaßten, die Einstein nur unterschrieb, sind heute weitgehend vergessen: z. B. Georg Friedrich Nicolai. Dank seiner Leistung und seines Ruhmes waren viele bemüht, sich Einsteins zu bedienen. Daß Einstein keiner Partei angehörte, war entgegen den Intentionen von Goenner kein Nachteil, sondern ein Vorteil.

Keinerlei Chance auf Zusammenarbeit hatten bei Albert Einstein Militaristen, Antisemiten und Faschisten.

Zunächst – 1914 – war Einsteins Beteiligung am »Aufruf an die Europäer« politisch tatsächlich so gut wie wirkungslos; nach dem Kriege war die Resonanz jedoch eine um so größere. Der Aufruf war überhaupt die Inauguraladresse des politischen Einstein. Die Prinzipien seines politischen Denkens und Tuns, denen er bis zum Ende seines Lebens treu geblieben ist, sind darin konzipiert: Pazifismus, Völkerverständigung, Internationalität. Was nach dem Kriege wesentlich neu gewesen ist, war eigentlich nur sein Bekenntnis zum Zionismus. Der »Aufruf an die Europäer« war faktisch auch der Ausgangspunkt seiner Kontakte zu Personen und Organisationen des politischen Lebens, darunter dem Bund Neues Vaterland. Viele Personen, die in seinem politischen Dasein im und nach dem Kriege eine entscheidende Rolle spielten, hat er in eben diesem Bund kennen gelernt, z. B. Helmuth von Gerlach, Eduard Bernstein, Eduard Fuchs, Emil Gumbel.

Ein vordringliches Anliegen Einsteins nach dem Kriege war die deutsch-französische Verständigung. Eine schwierige Mission: Die Niederlage Deutschlands und das Versailler Diktat hatten den Haß auf den »Erbfeind« Frankreich derart geschürt, daß jeder Versuch einer Verständigung zum Scheitern verurteilt schien. Wer sich dem Diktat der Frankreichfeinde nicht beugte und wie Einstein zusammen mit Franzosen in einer Kommission wie dem Komitee für Internationale Geistige Zusammenarbeit saß, wurde – so sein späterer Stellvertreter Krüss intern – beschimpft als »williger Außenseiter«, als einer, der nicht die nötige Eigenschaft besaß, um im Interesse der deutschen Wissenschaft wirken zu können, nämlich: die »Rückendeckung durch die gesamte deutsche Wissenschaft«.¹⁸

18 Protokoll der Sitzung im Auswärtigen Amt vom 6. Februar 1925 (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts: R 64981).

Dem Ziel einer Versöhnung diene auch die »Franzosenreise« Einsteins 1922. Einstein hoffte, mit der Annahme der Einladung aus Paris zur Überwindung des Boykotts der deutschen Wissenschaft beitragen zu können. Zunächst unschlüssig, wurde er von Reichsaußenminister Walther Rathenau zur Reise gedrängt. Davon hatte auch der Einstein-Gegner Ernst Gehrcke Kenntnis erhalten: »Mir ist von Einstein nahestehender Seite versichert worden, daß dieser nur auf besondere Veranlassung des damaligen deutschen Außenministers Rathenau sich zur Fahrt entschlossen habe; Rathenau soll Hoffnungen auf eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich an die Relativitätsreise nach Paris gesetzt haben.«¹⁹

Das Resultat bestätigte die damit verbundenen Hoffnungen. Entsprechend war die Bilanz des deutschen Botschafters Dr. Mayer: »Wie aber dem auch sei, es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Einstein, der eben schließlich doch als Deutscher angesehen werden mußte, deutschem Geist und deutscher Wissenschaft hier Gehör verschafft und neuen Ruhm erworben hat.«²⁰

Mayer nannte auch die besonderen Gründe für den Erfolg der Reise: »Wenn der Besuch Einsteins ohne größeren Mißton, ja sogar sehr befriedigend verlaufen ist, so ist dies hauptsächlich auf zweierlei Gründe zurückzuführen. Einmal handelte es sich bei Einstein um Sensation, die der geistige Snobismus der Hauptstadt sich nicht entgehen lassen wollte. Zum anderen war Einstein für Paris sorgfältigst »möglich« gemacht worden dadurch, daß in der Presse allenthalben schon vor seinem Eintreffen festgestellt wurde, er habe das Manifest der 93 nicht unterzeichnet, er habe im Gegenteil ein Gegenmanifest unterschreiben wollen, seine oppositionelle Haltung zur Deutschen Regierung während des Krieges sei bekannt, endlich sei er überhaupt Schweizer und nur aus Deutschland gebürtig.«

Einstein war eben kein »richtiger Deutscher« – ein »richtiger Deutscher« hatte ein deutscher Patriot und Franzosenfeind zu sein. Aber gerade jene Eigenschaften, die ihn für viele Deutsche zum Fremden werden ließen, waren die Voraussetzung dafür, daß er zu einem deutschen Emissär werden konnte und im Sinne auch von Rathenau eine Bresche in die Front der Gegner schlug. So konnte nach dem verlorenen Kriege ein »Vaterlandsverräter« dem »Vaterland« sehr nützlich sein.

Gewiß: Einsteins wissenschaftliche Leistung war die letztlich entscheidende Basis seines Ruhmes und politisch erfolgreichen Wirkens. Aber das allein genügte – wie wir aus anderen Beispielen wissen – nicht. Ein Großer in der Wissenschaft war auch Fritz Haber, Nobelpreisträger 1918 für die Ammoniak-Synthese (Herstellung von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff unter hohem Druck – Haber-Bosch-Verfahren). Aber das war Haber auch: der Erfinder des Gaskrieges, mitschuldig am Tod von Tausenden. In Paris stieß selbst die Einladung an Einstein auf Widerstand – Fritz Haber jedoch hätte niemals eingeladen werden können.

Die politische Wirkung eines Menschen mag schwer zu messen sein. In der Regel ist der Anteil anderer erheblich. In einem Falle aber kann gesagt werden, daß Einsteins Wirken entscheidend war: Er hat nicht schlechthin einen wichtigen, sondern einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung des insbesondere von Frankreich ausgehenden Boykotts der deutschen Wissenschaft geleistet.

19 Ernst Gehrcke: Die Massensuggestion der Relativitätstheorie. Kulturhistorisch-psychologische Dokumente, Berlin 1924, S. 73.

20 Deutsche Botschaft in Frankreich, Paris, den 29. April 1922, an das Auswärtige Amt (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts: R 64677). Abschrift des Berichtes in: Bundesarchiv Berlin: R 1501 Nr. 9003, Bl. 113 Rs. 114.

Selbst dann, wenn er politisch *nur* dies bewirkt hätte, wäre die Behauptung, er sei politisch ohne Einfluß geblieben, haltlos. Aber er hat viel mehr getan. An dieser Stelle sei wenigstens noch verwiesen *erstens* auf Einsteins Wirken im Sinne der Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland (übrigens auch in Übereinstimmung mit den Intentionen Walther Rathenaus: Als Einstein 1922 in Paris weilte, liefen Vorbereitungen zum Abschluß des Vertrages von Rapallo im April 1922) und *zweitens* auf sein Engagement für den Zionismus, darunter für die Einwerbung von Geldern für den Gründungsfonds der Hebräischen Universität Jerusalem.

Wenn es eines weiteren Beleges bedürfte: Warum wurde Einstein so heftig von Militaristen, Antisemiten und Faschisten bekämpft? Weil er politisch so gefährlich, so *einflußreich* gewesen ist!

So seltsam es klingen mag: Dank seines Ruhmes hat Einstein selbst dann politisch gewirkt, wenn er anscheinend oder tatsächlich ausgesprochen naiv und weltfremd aufgetreten ist. Kleidung, Haartracht, Unkenntnis oder Mißachtung diplomatischen Protokolls waren unter diesen Umständen ein *politisches* Phänomen. Insofern gab es den »privaten Einstein« nicht (jedenfalls dann nicht, wenn das Private öffentlich geworden ist). Die Berichte deutscher Auslandsvertretungen über seine zahlreichen Auslandsreisen legen Zeugnis davon ab. Zum Beispiel die folgenden: Deutsche Gesandtschaft Haag, 25. Mai 1920: »Professor Einstein, der sich seit einigen Tagen in Leiden aufhält, (...) hat dort am 20. Mai einen Vortrag über »Raum und Zeit in der modernen Physik« gehalten. (...) Der starke Eindruck erhöhte sich noch durch das ungemein bescheidene Auftreten Einsteins. (...) Ganz abgesehen von der wissenschaftlichen Bedeutung dieser Vorträge kann das Wirken Professor Einsteins hier nur als sehr günstig bezeichnet werden, da es wesentlich dazu beiträgt, die wissenschaftlichen Kreise Deutschlands und Hollands einander näher zu bringen.«²¹

Deutsche Botschaft Madrid, 19. März 1923: »Prof. Einstein wurde mit Ehrungen aller Art überhäuft, und man kann wohl, ohne zu übertreiben, sagen, dass seit Menschengedenken kein ausländischer Gelehrter eine so begeisterte und aussergewöhnliche Aufnahme in der spanischen Hauptstadt gefunden hat. (...) Die Karikaturistengriffel versuchten sich an der Wiedergabe seines prägnanten Kopfes, und bis in die volkstümlichen Witzblätter hinein beherrschten Einstein und das Wort »relativ« die Stunde. (...) Zusammenfassend ist über den Besuch Einsteins zu sagen, dass es ein voller und ungetrübter Erfolg war. (...) Das schlichte und sympathische Wesen des Gelehrten hat zu diesem Erfolg wesentlich beigetragen.«²²

Deutsche Gesandtschaft Buenos Aires, 30. April 1925: »Ich stehe nicht an zu erklären, dass der Besuch Professor Einstein's das Interesse für unsere Kultur und damit auch das deutsche Ansehen mehr gefördert hat, wie das bisher irgend einem anderen Gelehrten gelungen ist. (...) Jetzt kam zum ersten Mal ein deutscher Gelehrter hierher, dessen Name Weltruf besitzt und dessen naive, liebenswürdige, vielleicht ein wenig weltfremde Art dem hiesigen Volke ausserordentlich lag. Man hätte keinen besseren Mann finden können.«²³

»Man hätte keinen besseren Mann finden können«!

21 Geheimes Staatsarchiv – Preußischer Kulturbesitz: I. HA. Rep. 76 Vc Sekt 1 Teil Vc Tit XI Nr. 55 – betr. Einsteins Relativitätstheorie.

22 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: R 64677.

23 Deutsche Gesandtschaft, Buenos Aires, den 30. April 1929, an das Auswärtige Amt (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: R 64678).

Nicht legitimiert?

Gewiß, der politische Einstein hätte keine Wahl gewonnen. Insofern hatte der damalige Ministerialdirektor aus dem Kultusministerium und spätere Einstein-Vertreter in der Völkerbundkommission, Krüss, durchaus Recht, als er in der bereits erwähnten internen Beratung am 6. Februar 1925 im Auswärtigen Amt äußerte, Einstein besitze keine »Rückendeckung durch die gesamte deutsche Wissenschaft«.²⁴

Das wußte Einstein selbst. An eben diesen Krüss schrieb der schwerkranke Einstein am 16. September 1928: »Ich bedauere es gar nicht, dass ich persönlich bei Völkerbunds-Sitzungen nicht mehr mitwirken kann. Von Anfang an war mir klar, dass ich für eine derartige Tätigkeit so ungeeignet sei wie nur möglich. Einzig und allein der Umstand, dass bei der damaligen Mentalität unserer ›Geistigen‹ kein anderer im Ausland bekannter Mensch sich bereit gefunden hätte, das Odium der Internationalität auf sich zu nehmen, veranlasste mich, in diese Lücke zu springen. Ich that es, trotzdem ich mir wohl bewusst war, dass meine Verwurzelung bei der deutschen Intelligenz viel zu schwach war, um eine wirksame Verbindung zu bilden.«²⁵

Er hatte überhaupt »keine Lust (...), Leute zu vertreten, die mich als Vertreter sicher nicht wählen würden und mit denen ich (...) nicht übereinstimme.«²⁶ Er liebte die Wissenschaft, seine Kaste nicht. Die schmerzlichen Erfahrungen aus den ersten Wochen des Ersten Weltkrieges prägten Einsteins Urteil über die sogenannte »Intelligenz« bis zum Ende seines Lebens. Er mußte immer wieder erleben, wie Nationalismus und Knechtsgesinnung »wie eine tückische epidemische Krankheit auch tüchtige und sonst sicher denkende und gesund empfindende Männer gefesselt hat« und sich »sogar die Gelehrten der verschiedenen Länder« gebärden, »wie wenn ihnen (...) das Großhirn amputiert worden wäre.«²⁷ Kurz nach seiner Emigration 1933 mußte er erneut bekennen: »Unsere Vertreter der Wissenschaft versagen sich ihrer Pflicht, für das Geistige einzustehen, weil ihnen die leidenschaftliche Liebe für geistige Werte völlig abhanden gekommen ist (...) Deshalb nur können minderwertige und gemeine Naturen zur Herrschaft gelangen und ihren niedrigen Sinn dem Volke aufprägen.«²⁸

Bei einer solchen Gesinnung der »Intelligenz« war es für Einstein weder möglich noch wünschenswert, die Zustimmung derselben zu finden. Die deutsche Intelligenz war mehrheitlich konservativ, erst kaisertreu, dann zunehmend profaschistisch gesinnt, mitverantwortlich für Hitlers Machtantritt. Viele hatten den Status des »Beamten«, und die Beamten aus dem Kaiserreich waren jene, die bei gleichbleibender Gesinnung die Infrastruktur der Republik beherrschten (um dann schließlich eine soziale Basis des faschistischen Machtapparates zu werden). Der 30. Januar 1933 war für die meisten kein katastrophales Ereignis, sondern nur ein folgerichtiges und im Grunde willkommenes Resultat der bisherigen Entwicklung. Einsteins Stellvertreter in der Völkerbundkommission, Hugo Andres Krüss, von 1925 bis zu seinem Freitod am 28. April 1945 Generaldirektor der Staatsbibliothek, ist dafür ein geradezu klassischer Fall.

24 Vgl. Anm. 18.

25 Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz: Acta PrSB. Völkerbund I, Vol. 2.

26 Einstein an Pierre Comert, 4. Juli 1922, zitiert nach Albrecht Fölsing: Albert Einstein. Eine Biographie, a. a. O., S. 596.

27 Romain Rolland: Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre 1914-1919, Band I Juli 1914 bis November 1915, Berlin 1963, S. 400.

28 Albert Einstein: Über den Frieden, a. a. O., S. 235.

Aber das kann doch nicht heißen, daß Einstein zu politischem Denken und Tun »nicht legitimiert« gewesen sei! In einem demokratischen Gemeinwesen ist jeder legitimiert, sich politisch zu äußern, und im Falle von Wahlen ausdrücklich dazu aufgerufen. »Legitimiert« sind auch jene, die wie Einstein keiner Partei angehören und kein politisches Amt bekleiden. Und legitimiert ist immer auch, wer sich einem Regime widersetzt, das meint, nur der eigene Wille und die usurpierte Macht wären »legitim«.

Ja, einer Partei hat Einstein niemals angehört. »Wie sich ein intelligenter Mann irgendeiner Partei verschreiben kann«, war ihm »einfach ein Rätsel«. ²⁹ Goenners Versuch, ihm große Nähe zur SPD anzudichten, seine Behauptung, Einstein habe sich »eindeutig« zur SPD bekannt, ³⁰ ist ein kläglicher Versuch der Vereinnahmung des Gelehrten ³¹. Leute, die ähnlich dachten wie Einstein, nämlich den Panzerkreuzerbau ablehnten und sich dem Fraktionszwang widersetzen, wurden Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre aus der SPD ausgeschlossen – mit dem Resultat der Gründung einer neuen Partei: der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, darunter der in enger Beziehung zu Einstein stehende Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Ebenso verfehlt wäre der Versuch, Einstein eine kritiklose Haltung zur KPD unterstellen zu wollen. Leute, die so dachten wie Einstein und sich von den Herrschaftsmethoden der Bolschewiki distanziereten, wurden Ende der 20er Jahre aus der KPD ausgeschlossen, sofern sie nicht von selber gingen – mit dem Resultat der Gründung einer neuen Partei: der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), darunter der Einstein nahestehende Eduard Fuchs.

Das alles schließt nicht aus, daß er Berührungängste nicht kannte und Aktionen sowohl der SPD als auch der KPD unterstützte – *wenn* er von der Richtigkeit derselben überzeugt gewesen ist. Im Bund der Freunde des neuen Rußland hat er mitgewirkt, desgleichen im Kuratorium der Kinderheime der Roten Hilfe. Zusammen mit dem Erzkommunisten Willi Münzenberg hat er angeklagte Kommunisten verteidigt (was Münzenberg nicht hinderte, Pazifisten wie Einstein unflätig zu beschimpfen, und Einstein nicht hinderte, sich für Trotzki einzusetzen).

Jener Mensch, dem Einstein politisch am nächsten stand (jedenfalls sind abweichende Meinungen nicht bekannt), den er bewunderte, mit dem er befreundet war, bei dessen Begräbnis der angeblich in persönlichen Dingen so »eiskalte« Einstein weinte, hieß Paul Levi. Paul Levi, einstmals der Vertraute von Rosa Luxemburg und deren Nachfolger im Vorsitz der am Jahresende 1918 gegründeten Kommunistischen Partei. Paul Levi, der sich 1917 darum kümmerte, daß Lenin aus der Schweiz über Deutschland nach Rußland reisen konnte. Von Lenin und anderen Bolschewiki geschätzt, dann aber verschmäht und beschimpft. Warum? Weil er sich dem Diktat Moskaus nicht beugen wollte, den von Moskau geförderten Putschismus der KPD kritisierte – und zwar nicht nur intern, sondern öffentlich. Darum ausgeschlossen aus der KPD, ging Levi zurück in die SPD, war dort Leiter der von ihm gegründeten »Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft«, Sprecher der extrem Linken in der SPD. Levi war Reichstagsabgeordneter nicht dank einem vom Vorstand reservierten Listenplatz, sondern mit Direktmandat sächsischer Wähler. Er war

29 Zitiert nach: Carl Seelig: Albert Einstein. Eine dokumentarische Biographie, Zürich-Stuttgart-Wien 1954, S. 115.

30 Hubert Goenner: Einstein in Berlin 1914-1933, a. a. O., S. 291.

31 Überhaupt scheinen Versuche, Einstein im »Einsteinjahr 2005« sozialdemokratisch verbiegen und vereinnahmen zu wollen, sehr verbreitet zu sein – beginnend beim Bundeskanzler Gerhard Schröder, an dessen Amt im Frühjahr 2005 der Spruch geschrieben steht: »Der Staat ist für die Menschen und nicht die Menschen für den Staat. Einstein«. Der Bundeskanzler wußte wohl nicht – oder seine Berater haben ihm verschwiegen –, was diesem Satze folgt: »Der Staat soll also unser Diener sein, nicht wir Sklaven des Staates. Das Gebot verletzt der Staat, wenn er uns mit Gewalt dazu zwingt, Militär- und Kriegsdienst zu leisten, zumal dieser knechtische Dienst zum Ziel und zur Wirkung hat, Menschen anderer Länder zu vernichten oder in ihrer Entwicklungsfreiheit zu schädigen« (Albert Einstein: Mein Weltbild. Hrsgg. von Carl Seelig. Ullstein Taschenbuch 2005, S. 66). Daß der Bundeswehrosoldat im Jugoslawienkrieg ein Knecht im Dienste der Vernichtung anderer Menschen war – das ist die

entschiedener Gegner der von der SPD geförderten Aufrüstung. Ein Außenseiter – wie Einstein. Ein Spielverderber. Ein auf hohem geistigen Niveau ruheloser und Unruhe stiftender Mensch: ein *Intellektueller*.

Wenn Goenner behauptet, Einstein sei vom Standpunkt einer »Politik des Handelns« ein »Führer ohne organisierte Anhänger« gewesen,³² ist dies nicht gänzlich falsch. Festen Rückhalt in einer bestimmten Partei hatte er jedenfalls nicht. Vorbehaltlos hinter ihm standen weder KPD noch SPD, weder der kommunistische »Rote Frontkämpferbund« noch das sozialdemokratische »Reichsbanner Schwarz-rot-gold«, noch Parteisoldaten anderer Couleur. Darum allerdings war Einstein ein oftmals einsamer Mensch. Voller Fragen und Zweifel, immer auf der Suche nach dem richtigen Weg, nicht frei von politischen Schwankungen. Es ist Unsinn zu behaupten, daß er »im Unterschied zu einem Parteifunktionär oder Reichstagsabgeordneten« Niederlagen nicht kannte.³³ Einstein hat viele Enttäuschungen und viele Niederlagen erlebt; die größte: der Machtantritt der Nazis. Unsinn auch und an Rufmord grenzend die Behauptung, Einstein habe sich stets so verhalten, »daß er aus einer für die eigene Person *ungefährlichen* Position heraus argumentieren konnte.«³⁴

Bei aller gebotenen Zurückhaltung: Wer von den Naturwissenschaftlern Deutschlands hat sich jemals politisch so offen positioniert wie Einstein? Wer war bereit, das »Odium der Internationalität« auf sich zu nehmen – als »Vaterlandsverräter«, »Franzosenknecht« und »Russenfreund« beschimpft zu werden? Wer war in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg derart physisch bedroht, daß er Vorlesungen abbrechen und zeitweise ins Ausland gehen mußte? Wer hat sich inmitten antisemitischer Hysterie so entschieden für den Zionismus engagiert – dabei auch den Konflikt mit Kollegen und assimilierten Juden riskiert? Wo ist der Unterschied zwischen dem »Soldaten sind Mörder« des Kurt Tucholsky und Einsteins nicht weniger öffentlich geäußerten Meinung, Krieg sei »gemeiner Mord«,³⁵ das Militär ein »Schandfleck der Zivilisation«³⁶? Nein, feige war Einstein nicht.

Gewiß: Einem Einstein war manches erlaubt, wofür andre büßen mußten. Arme Schlucker, die den Wehrdienst verweigerten, waren schlechter dran. Carl von Ossietzky, Schriftleiter der »Weltbühne«, wurde angeklagt, dann eingesperrt, Einstein nicht. Soll ihm dies nun zum Vorwurf gereichen?

Einsteins Waffen? Die Waffen eines Intellektuellen: die Macht des Wortes, des Glaubens, der Überzeugung – sonst nichts. Ein Utopist. Aber Utopisten wie diesen Einstein braucht die Welt.

Meinung des Bundeskanzlers, der sich für die Teilnahme an diesem Krieg entschieden hat?

32 Hubert Goenner: Einstein in Berlin 1914-1933, a. a. O., S. 283.

33 Ebenda.

34 Ebenda, S. 340.

35 Albert Einstein: Über den Frieden, a. a. O., S. 112.

36 Ebenda, S. 129.

FLORIAN DIECKMANN

Zum Tode von Carl Amery (1922-2005)

»Keine Strategie ist erfolgreich, kann erfolgreich sein, wenn die endgültige Richtung ihrer Vorstöße für sie selbst im Dunkeln bliebe.«

Am 24. Mai 2005 starb Carl Amery. Er war einer der größten Intellektuellen der Bundesrepublik, der alten und der neuen, er war Mitbegründer der Grünen, war Kritiker des allgemeinen Dogmas vom Wirtschaftswachstum, war doppelter Interpret des Christentums (dazu später mehr), brillanter Essayist, Präsident des PEN-Zentrums. Er war ein Konservativer, ein Rebell, ein Katholik, ein Bayer. Er war ein Nach-, mehr noch ein Vordenker. Das machte ihn angreifbar (sicher wollte er auch angegriffen werden), denn die Entwicklungen vollziehen sich dann doch meistens anders. Aber er hat vielen eben darin und damit gedient, daß er Zusammenhänge kühn anders interpretierte als gewohnt; intellektuelles Salz war, das die gesellschaftliche Suppe würzte.

Eigentlich hieß er Christian Anton Mayer, wurde 1922 in München geboren. »Das konservative Milieu, in dem ich aufwuchs, war das des süddeutschen Bildungskatholizismus«, sagte er. Und: »Kritik am Industriesystem und seinen politischen Organisationsformen war in diesem Milieu gang und gäbe.« Gesellschaftskritik, Kulturkritik, diese alte Domäne der Konservativen, hat er so nicht neu erfunden – und doch neu erfunden, denn er betrieb sie nicht als urkonservatives Geschäft, nicht gegen Demokratie und liberale Ordnung, sondern in ihrem Interesse und in ihrem Schutz. Als einen grundlegenden Unterschied zur genuin linken Gesellschaftskritik kennzeichnete seine Wurzeln das Beharren auf einer und das Bekenntnis zu einer gewaltigen metaphysischen Last, die hier vergrößert und verkürzend als die Last der Erbsünde gekennzeichnet sei. So groß, sagte er, »die Lähmung auch war und ist, die von einem solchen Bekenntnis ausgehen kann – es bewahrt andererseits vor der irritierenden Sorte fröhlicher Besserwisserei, die so manche linke Fortschrittsdoktrin lächerlich und unerträglich macht.«

Der erste Erfolg des studierten Literaturwissenschaftlers war, nach seinen Romanen »Der Wettbewerb« (1954) und »Die große deutsche Tour« (1958), in denen er die Adenauerzeit kritisch aufspießte, seine Bestandsaufnahme des deutschen Katholizismus. »Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute« (1963) brachte Amery erste wirklich weitergehende Aufmerksamkeit ein. Die »Kapitulation«, die der Titel registriert, ist die der kirchlichen Botschaft vor den »Begriffen, Sehnsüchten und Interessen des kirchlichen Milieus«. Analoges (sogar Wesens-Analoges?) wäre ganz gewiß heute für den Protestantismus zu vermerken. Im Zusammenhang mit der Öffnung Roms gegenüber der Moderne im Zweiten Vatikanischen Konzil je-

denfalls antizipierte Amery das letzte Mißlingen einer wirklichen Entstaubung und Durchlüftung des Kirchen-Apparats. Was wie ein Kommentar zum Roll-back Ratzingers klingt, wurde, in Wahrheit, vor über 40 Jahren geschrieben: Im Falle, daß der römische Apparat die Zustimmung zur Moderne letztlich verweigert, »wird sich seine Lage noch mehr verschlechtern, möglicherweise bis zur völligen Auszehrung oder bis zum katastrophalen Erlöschen. Deutschland hat ebensowenig ein Recht auf kirchliche Präsenz wie seinerzeit Nordafrika oder Kleinasien.« Mittlerweile schickt sich ein deutscher Papst an, den Katholizismus in Deutschland bis auf sein eisiges Herz abzuschmelzen.

1972 dann Amerys nächster Knaller: Im Zuge der aufkeimenden Umweltbewegung und der Entdeckung von »Grenzen des Wachstums« gibt er dem Christentum kurzerhand die Schuld an Umweltzerstörung und kapitalistischem Wucher-Wachstum. »Das Ende der Vorsehung – Die gnadenlosen Folgen des Christentums« beschreibt Amery so: »Macht euch die Erde untertan! – In dieser Aufforderung zur totalen Unterwerfung der Natur hat sich das Christentum weit über die kirchlichen Grenzen hinaus manifestiert. Die Vernichtung der Natur durch den Menschen ist Folge der Verinnerlichung jüdisch-christlicher Grundvorstellungen durch weltliche Mächte. Weit stärker als im verfaßten Christentum wirken diese Überzeugungen (etwa die der Ent-Mythologisierung der Natur, die des Fortschritts, die des Ausbruchs aus überkommenen Ordnungen, die des Auskauens der Zeit, des Wucherns mit den anvertrauten Pfunden) im Deutschen Industrie- und Handelstag, im Zentralkomitee der KPdSU, im Pentagon oder in den Formationen der Technokratie.«

Dieser »schwarzen« Interpretation des Christentums folgt jedoch, 40 Jahre später, eine »weiße«, in der es gerade das Christentum im erneuten Bezug auf seine jüdischen und prophetischen Wurzeln ist, von dem aus eine grundlegende Kritik am Energie, Geld, Arbeit, Sinn und Natur fressenden Moloch und »Idol« der renditefixierten und rasenden Weltwirtschaft möglich und nötig wird. In »Global Exit – Die Kirchen und der Totale Markt« (2002) wird – wiederum brillant zu lesen – der Totale Markt als gegenwärtige »Reichsreligion« identifiziert und wird die Kirche quasi in ihre »schreckliche prä-312-Glorie« zurückgerufen; in die Zeit vor ihrer Staatsreligionswerdung; vor die Zeit der Heidnifizierung des Christentums, die immer noch als Christianisierung des Heidentums mißverstanden wird.

Eine der Re-Barbarisierung der Weltpolitik in den Jahren seit 1989 geschuldete Denk- und Interpretationsschneise war Amerys Neuinterpretation Hitlers und dessen »erschreckender Aktualität, wenn die ökologische Dimension in den Diskurs über ihn mitaufgenommen wird«. In »Hitler als Vorläufer« (1998) rekapituliert er Hitlers Programm des gefährdeten »Lebensraums« und läßt es mit der Antizipation künftiger Ressourcenkriege reagieren. »Dabei wird sich ergeben, daß das Dritte Reich durchaus in einer Entwicklungslinie liegt, die spätestens mit der Säkularisierung, der Industrialisierung und dem Aufstieg des Produktionsfaktors Wissenschaft einsetzt, daß mit dieser Entwicklungslinie eine neue Frage auftaucht, die erst im zwanzigsten Jahrhundert als Dilemma diskutiert und im einundzwanzigsten Jahrhundert als unerbittlich konkrete Existenzfrage

wirksam werden wird: die Frage nach den Bedingungen eines nachhaltigen Weiterlebens der Gattung auf einem begrenzten Planeten; daß Hitler versucht hat, diese Frage vorwegzunehmen und sie durch ein Programm zu beantworten, das grundsätzlich auf ein *tausend-jähriges Reich*, also auf natur- und nicht humangeschichtliche Zeiträume angelegt war, daß er ferner versucht hat, durch Vernichtung der jüdisch-christlichen Gesittung und ihrer säkularisierten Ableitungen diesem Programm den notwendigen gesellschaftlichen Konsens zu verschaffen, daß dieses Programm einerseits dem Herrenvolk Macht und Wohlstand versprach, andererseits die Begrenztheit der globalen Ressourcen durch die entsprechende Unterdrückung und Dezimierung der Sklavenvölker hintanhaltend würde, und daß es äußerst naiv wäre, anzunehmen, ein solches Programm, von seinem krassen Diletantismus gereinigt und mit etwas wissenschaftlichem Glanz und Wortschatz versehen, ließe sich in den nächsten Jahrzehnten und Generationen nicht wieder aktualisieren.«

Amerys Einladungen, die in all diesen Büchern (seine Romane, seine Theaterstücke, seine Science-Fiction-Erzählungen, in denen er experimentell die Geschichte umschrieb, noch gar nicht eingerechnet) vorliegen, die mittelgroßen und großen Zusammenhänge, Traditionslinien, gesellschaftlichen Entwicklungen und Geistes-*k(r)ämpfe* neu und anders zu verstehen, sind großartig. Sie sind allesamt anregend, allesamt brillant geschrieben und stilistisch von großem Glanz. Es ist sicher nicht so, daß alle im Laufe seines Lebens vorgelegten Thesen und Interpretationen ganz widerspruchsfrei sind, aber was heißt das schon. Die Sicherheit und gleichzeitige Experimental-Lust allein, mit der es ihm möglich war, Hitler nicht, wie gängig, als zufälligen Betriebsunfall, als Herabkunft (bzw. Hinaufkunft) eines Geschwaders Dämonen, als Materialisierung eines deutschen Gen-Defektes oder als schlechthin unverstehbar zu interpretieren, ist schon kaum genug zu rühmen und zu bewundern. Seine Hermeneutik: Hitler beim Wort nehmen, Hitler auf direkte Weise ernst nehmen. Dann klingt, wie im folgenden, Hitler beunruhigend ernst und direkt:

»Du hustest, lieber Freund, warum hustest du? Weil du die Lungentuberkulose besitzt. Was tust du dagegen? Du gehst zum Arzt und erwartest, daß der Arzt nun einen blutigen Kampf beginnt gegen die tuberkulösen Bazillen. Das sind auch Lebewesen, die gar nicht wissen, warum sie da sind, genausowenig wie auch du weißt, warum du da bist.... Und jetzt bist du auf einmal brutal und grausam, du Pazifist. Ausrotten, sagst du auf einmal.« (Hitler 1928)

Viel wäre noch zu sagen, zu Amerys, eines Vorzeige-Intellektuellen, Aufsatz über die Intellektuellen etwa, und »warum sie uns nicht retten«, über den Gang der Kulturkritik von rechts nach links, über den deutschen Katholizismus. Aber es muß für heute genügen, sich vor Carl Amery zu verneigen und ihm zu danken für seine Texte, die allesamt eine Herzen und Sinne verändernde Kraft haben. Die Richtung seiner Vorstöße war die Einladung zur Souveränität, zur Herrschaft über unsere Bedürfnisse, zur wirklichen Emanzipation, zum synergetischen Zusammenleben mit den Bedingungen der Schöpfung. Er war ein Aufklärer und ein metaphysischer Lastenträger – gleichermaßen.

»Was sich jedoch nicht verändern läßt, das ist das Rahmendatum TOD«, schrieb er in einem kleinen Text namens »Nur davor ängstigt der Tod« (1988). Darin zitiert er ein altes slowakisches Gedicht:

Nur davor ängstigt der Tod.

Danach

Ist alles schön, unschuldig plötzlich,

Eine Karnevalsmaske, worin

Nach Mitternacht du Wasser schöpfst,

Um zu trinken oder den Schweiß abzuwaschen.

Für Carl Amery ist es nun also *nach Mitternacht* geworden.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

In Wahlkämpfen – obwohl sich die Inszenierungen eigentlich immer gleichen – gerät vieles durcheinander. Auch Begriffe, die gemeinhin Teil unseres Kommunikationsgerüsts sind, stimmen dann auf einmal nicht mehr. Nehmen wir nur das Glitzerwort »charismatisch«. Der derzeitige deutsche Bundeskanzler saß Frau Sabine Christiansen bei »Sabine Christiansen« Modell. Vielleicht haben Sie es gesehen? Ach, Sie ertragen »Christiansen« nicht mehr? Er gab sich so, wie wir es von ihm gewohnt sind: locker, freundlich, überlegen, unfreundlich, wortgewandt, na, eben alles, was uns' Kanzler so drauf hat. Und was muß ich in den Zeitungen lesen: In der Sendung habe Gerhard Schröder, so heißt nämlich unser Bundeskanzler, wieder einmal gezeigt, daß er »über Charisma verfüge«. Da kann ich nur sagen: Hahmses nich 'ne Nummer kleiner? Daß niemand den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland einen eitlen Gockel nennt, mag ja noch durchgehen; dagegen spricht natürlich zum einen die verordnete »Würde des Amtes« und andererseits wäre das zwar ein Argument für irgendwas, aber kein politisches. Doch muß darum gleich »Charisma« her? Also, nee wissense, nee. Über Angela Merkel sagen wir in diesem Zusammenhang jetzt mal nichts, kommt Zeit, kommt Rat – oder Merz. Und so weit es momentan zu überblicken ist, haben auch regionale Gliederungen der Linkspartei ihre Sozialpläne anlässlich der (vermutlich) bevorstehenden Bundestagswahl nahezu hundertprozentig erfüllen können; *Genosse Klausdieter, Du kommst auf die Liste*. Und das hat auch darum meist geklappt. Weil die meisten Genossen Delegierten noch wissen, was Disziplin ist und den »Vorschlägen« der Leitung(en) folgen. Gelernt ist gelernt. Auch in der besonderen politischen Einheit funktioniert das. Und der Regierende Bürgermeister derselben hat

nicht recht, wenn er in einem *Tagesspiegel*-Interview seinen Koalitionspartner lobt und befindet, daß die *PDS* (resp. *Linkspartei*) auf der Straße gegen Hartz IV demonstrierte und im Berliner Senat Hartz IV verlässlich mit durchsetze, sei nicht sein Problem, sondern das dieser Partei. Sie hat nämlich gar keins.

Um das Thema »Charisma« abzurunden: In dem Medienmagazin *Berliner Journalisten* äußerte sich unlängst Roger Boyes, Deutschland-Korrespondent der Londoner *Times*, über den Zustand der deutschen Presse (beziehungsweise deutscher Journalisten ...) und brachte den Unterschied zur britischen Presse auf folgenden Nenner: »Der Traum vieler deutscher Journalisten scheint immer noch darin zu bestehen, eines Tages selbst Politiker, Pressesprecher oder Redenschreiber zu werden. Der Traum jedes britischen Journalisten besteht darin, einen nichtsnutzigen Politiker um seinen Job zu bringen.« Widerspreche da, wer will.

Zweifelsohne kann Geduld eine Tugend sein. Und unsere ganze Aufregung, viele jener Glossen, Kommentare, Kampfschriften und Leitartikel anlässlich der generellen DDR-Plattmache vor mehr als zehn Jahren hätten wir uns ersparen können – wenn wir nur Geduld gehabt hätten. Denn jetzt traut man ja kaum seinen Augen und Ohren: Die Wiederentdeckung der DDR ist in vollem Gange; daran ändert nichts, daß die natürlich nicht so benannt wird. Als Innenminister-general Schönbohm die Brandenburger vollrülpte – das muß man ihm lassen: Der redet offensichtlich (fast) immer so, wie er denkt ... – , sprach in der daraufhin einsetzenden Debatte Ministerpräsident Platzeck, die Lehrer sollten wieder mehr Erzieher sein; im Wahlkampf plakatiert seine Partei mit der Forderung nach »Ganztagsschulen«, und das Abitur nach 12 Schuljahren wird auch nicht mehr oder immer weniger mit der diffamierenden Vokabel »Expreßabitur« versehen. Auch die *Grünen* wollen nicht abseits stehen. Sie erfanden jetzt – vermutlich auf Druck ihrer Spätgebärendenklientel, aber vielleicht auch nur aus purem Opportunismus – auf ihren Wahlplakaten die Kinderbetreuung. Nun dürfen wir gespannt sein, was alles noch für Räder als neu erfunden auf den Tisch der Republik kommen werden. Aber da bleiben wir diesmal ga-hans gelassen, um nicht zu sagen cool, und ärgern uns nur wenig, daß sie uns, nun ja, verscheißern tun, wie ein proletarisierter Brandenburger vielleicht sagen würde.

Über ein Beispiel wahrscheinlich sehr gesundheitsfördernder Gelassenheit war letztes in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* zu lesen: Der 72jährige amerikanische Autor Philipp Roth (»Der menschliche Makel«) bekannte, weder Internet zu besitzen, noch Zeitung zu lesen, keinen einzigen deutschen Autor zu kennen und bei seinem jüngsten Roman »Verschwörung gegen Amerika« nicht ein einziges Mal an Georges Bush gedacht zu haben. Irgendwie beneidenswert. Es gibt eben verschiedene Methoden, hundert Jahre alt zu werden ...

Übrigens hat sich die Mediengroßfirma *Springer* zwei private Fernsehsender zugelegt, die zum Verkauf standen. Darob hob in Deutschland öffentlich-rechtliches Wehklagen an. Dieses nun war insofern pharisäerhaft, als in den letzten Jahren die Unterschiede zwischen beiden Systemen ohnehin immer geringer wurden. Aber Fernsehen ist ja nicht Pflicht.

Michel Foucault: Geschichte der
Gouvernementalität I. Sicherheit,
Territorium, Bevölkerung;
Geschichte der Gouvernementalität
II. Die Geburt der Biopolitik.
Vorlesungen am Collège de France
1977/78 und 1978/79, Suhrkamp
Verlag, Frankfurt a. M. 2004,
600 S. u. 517 S. (je 38 €)

Am 25. Juni 1984 starb der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault in einem Pariser Krankenhaus an Aids. Sein Testament gliederte der erst 58-jährige Foucault in drei kurze Teile, wovon der dritte und letzte einen einzigen Satz umfasst: *Keine posthume Veröffentlichung*. Dieser Verfügung ist mit notorischer Ignoranz entsprochen worden, so dass Foucault heutzutage den karikierenden Ruf eines Philosophen besitzt, der nach seinem Tode weit mehr als zu Lebzeiten hat publizieren können. Auch wenn sich jene ›testamentarische Missachtung‹ nicht gänzlich von dem Vorwurf eines Profitstrebens zu lösen weiß, so erscheint sie zumindest von einem wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus als dennoch wünschenswert: Neben unzähligen Interviews und Artikeln sind es nämlich insbesondere Foucaults am *Collège de France* gehaltene Vorlesungen, die sich durch eine Vielfalt an Themenbereichen auszeichnen, die in den schriftlichen Werken Foucaults oftmals nur marginale Einarbeitung fanden.

In die Reihe der posthumen Veröffentlichungen jener Vorlesungen, die der Foucault-Rezeption bis in die Gegenwart neuartige Forschungsfelder eröffnen, fügen sich nun auch *endlich* und *endgültig* die Vorlesungen von 1977-78 und 1978-79 als zweibändige »Geschichte der Gouvernementalität« ein. *Endlich*, da der Ruf dieser Vorlesungen ihrem jetzigen Erscheinen um mehr als ein Jahrzehnt voraus-eilte und ihre desideraten Inhalte im anglo-amerikanischen Raum bereits zur Etablierung einer eigenen universitären Disziplin – den *governmentality studies* – führte. *Endgültig*, da den Rezipienten mit der »Geschichte der Gouvernementalität« nun eine ausführliche Primärliteratur an die Hand gegeben ist, die

mitunter auch eine kritische Distanz zu dem weiten Feld der gegenwärtigen Gouvernementalitätsforschung erlaubt, deren unentwegter Behauptung, im ›Anschluss an Foucault‹ zu operieren, man sich bislang nur blindlings anvertrauen konnte.

Richten die *governmentality studies* ihr Augenmerk jedoch in erster Linie auf neoliberale Subjektivierungsprogramme, welche die vom Neoliberalismus postulierte ›Freiheit des Individuums‹ als Bestandteil einer politisch-ökonomischen Strategie dechiffrieren, so setzt Foucaults ›Genealogie des modernen Staates‹ zunächst bei einem anderen Phänomen an, das mit jenem Analyseschwerpunkt nur wenig gemein zu haben scheint. *Band I* der »Geschichte der Gouvernementalität« befasst sich mit der ›Staatsräson‹, deren Ausgangspunkt Foucault in den Ideen des frühchristlichen Pastorats erblickt. Durch das Bild des Hirten symbolisiert, der sich dem Wohle seiner Herde verschreibt, bildete das Pastoratsthema – das auch heute noch in der päpstlich apostolischen Konstitution *Universi Dominici Gregis* (›Hüter der gesamten Herde des Herrn‹) zum Ausdruck kommt – aufgrund seiner individualisierenden Zielsetzung lange Zeit den Widerpart zur zentralisierenden Macht des Staates. Die Besonderheit der *Staatsräson*, die als Regierungskunst im 16. und 17. Jahrhundert allmählich entsteht, zeichnet sich laut Foucault dadurch aus, die »Pastoraltechnologie zur Menschenführung« gewissermaßen säkularisiert in sich aufgenommen zu haben. Seit dem klassischen Zeitalter ist der moderne Staat Totalisierungs- und Individualisierungsinstanz zugleich – *omnes et singulatim*.

Auch wenn der erste Band der »Geschichte der Gouvernementalität« allein schon aufgrund seiner beispiellosen Fülle an analytischen Ausführungen lesenswert ist: den Rezipienten ist jene darin vertretene These Foucaults bereits im Wesentlichen bekannt. Denn bereits zu Beginn der 90er Jahre erschienen im Suhrkamp Verlag von Foucault an der Universität Stanford und Vermont gehaltene Vorträge, die im Keim als Zusammenfassung seiner Staatsräson-Analyse am *Collège de France* betrachtet werden können.

Es wäre jedoch verfrüht anzunehmen, die Regierungsweise des modernen Staates gründe im Denken Foucaults ausschließlich auf einer

politischen Aneignung ›pastoraler Machttechnologien‹. Aus der Verbindung von *politischer* und *pastoraler Macht* entstand weniger eine seit dem 16. Jahrhundert gleich bleibende juristische Strategie. Dieses Ineinandergreifen führte vielmehr ein ›reflexives Moment‹ in den Handlungsbereich staatlich-politischer Macht ein, das Foucault im Begriff der *Gouvernementalität* zusammenfasst: »Was es für unsere Modernität, das heißt für unsere Aktualität an Wichtigem gibt, ist nicht die Verstaatlichung der Gesellschaft, sondern das, was ich eher die ›Gouvernementalisierung‹ des Staates nennen würde«. Bezeichnend hierbei ist, dass dieser fortlaufend selbstreflexive Rationalisierungsprozess des Staates, aus dem einst die Kunst der *Staatsräson* selbst entsprang, wenig später nur auf deren Untergang verweist. Im Gewand des ›politischen Liberalismus‹ gewinnt spätestens im 18. Jahrhundert eine »Gegen-Bewegung« an Kontur, welche die politische Dominanz der *Staatsräson* allmählich in Frage zu stellen beginnt. Allmählich nur, da der Liberalismus als »ökonomische Vernunft« nicht im Begriff ist, die »Staatsräson zu ersetzen, sondern der Staatsräson einen neuen Inhalt, und folglich der Rationalität des Staates neue Formen zu verleihen«. Der *politische Liberalismus* fordert gegenüber dem Staat einen ökonomischen Freiraum ein, der gleichsam noch ›parallel‹ zur *Staatsräson* verläuft, und erst Band II der »Geschichte der Gouvernementalität« stellt dar, wie es dem ›Neoliberalismus‹ schließlich gelingen wird, jenes dichotome Verhältnis zu durchbrechen.

Foucaults Analyse des Neoliberalismus setzt sich – nebst einer partiellen Bezugnahme auf den Anarcho-Kapitalismus Nordamerikas – hauptsächlich mit dem ›Ordoliberalismus‹ der ›Freiburger Schule‹ auseinander. Im Kern bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Entstehen begriffen, sieht Foucault die hegemoniale Entfaltung des ›Ordoliberalismus‹ erst in der postnazistischen Nachkriegszeit am Werke. Die zentrale These Foucaults ist, dass der Neoliberalismus gerade im deutschen Denken seine sowohl subtilste als auch radikalste Ausformulierung erfuhr, da im Deutschland der Nachkriegszeit schlichtweg *kein* Staat vorhanden war, der gegenüber der Ökonomie einen gleichwertigen Platz für sich hätte in Anspruch nehmen können. Der westdeutsche

Staat existierte lediglich *ex negativo* und bedurfte genau aus diesem Grund einer neoliberalen Wirtschaftsordnung, um sich mittels dieser politisch zu rechtfertigen. Bei der modernen Gouvernementalität handelt es sich um »eine Genese, eine ständige Genealogie des Staates im Ausgang von der Institution der Wirtschaft«. Eine Genese allerdings, die auf eine fundamentale Paradoxie verweist: Wenn nämlich die »Einrichtung wirtschaftlicher Freiheit wie ein Siphon, wie ein Sprungbrett für die Bildung einer politischen Souveränität« funktioniert, dann muss der Staat seine politische Legitimität und Existenzberechtigung über den Umweg einer wirtschaftlichen Praxis erlangen, die ihn – und das ist der Widerspruch – als per se unfähig und fehlerhaft diffamiert. Fortan besitzt der Staat nur noch insofern eine politische Souveränität, als er sich explizit und ausschließlich der Freiheit des Marktes verschreibt. Foucaults Fazit ist somit einfach: Es ist die durch den Zweiten Weltkrieg verursachte Ohnmacht des deutschen Staates, die ihn zur perfiden Vorreiterrolle einer neoliberalen Politik führen wird.

Die große Schwachstelle dieser Konzeption besteht hierbei in einer Ausblendung des ›Keynesianismus‹, der für eine Analyse der Transformation des Liberalismus in seinen neoliberalen Nachfolger unabdingbar wäre. Auf Keynes jedoch kommt Foucault kaum, und wenn, dann nur in wenigen Randbemerkungen zu sprechen, so dass im Konzept der Gouvernementalität eine *theoretische Lücke* klafft, welche die Zäsur des Zweiten Weltkrieges alleine nicht zu schließen vermag.

Dennoch, die zweibändige »Geschichte der Gouvernementalität« liefert eine scharfsinnige Analyse der Ursprünge und Wesenszüge des modernen Staates, deren Wert allein schon darin liegt, dass Foucault mit ihr das von ihm so bevorzugte Terrain des klassischen Zeitalters verlässt, um seinen Blick zum ersten Mal der Gegenwart zuzuwenden. Eine »aktive Politik ohne Dirigismus«, das meint Foucaults Begriff der modernen Gouvernementalität. Eine »Politik der Ökonomisierung« bedeutet eine »Ökonomisierung des Sozialen«, die das Individuum marktkonform produziert und gestaltet, um es den Erfordernissen und Richtlinien einer Wettbewerbsgesellschaft anzupassen.

An dieses Erbe suchen die *governmentality studies* anzuschließen, indem sie den ›Rückzug des Staates‹ als ›Strategie‹ verstehen, die gerade nicht mit Zwang, sondern mit der Eigenverantwortung des Einzelnen operiert. Ein durch die »Geschichte der Gouvernamentalität« nun ermöglichter Rückgriff auf jene Schaffensphase Foucaults könnte gerade auch für die Gouvernamentalitätsforschung von erheblichem Interesse sein. Nicht zuletzt deshalb, weil dem gegenwärtigen Trend der *governmentality studies*, jeden nur erdenklichen Gesellschaftsbereich mit dem Netz der Gouvernamentalität zu überziehen, anhand Foucaults detaillierter Untersuchung entgegenzutreten wäre.

JOHANNES SCHEU

Mario Candeias: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Argument Hamburg 2004, 380 S. (20,50 €)

Dass es mit dem Fordismus zu Ende geht, war der polit-ökonomischen Regulationsschule, die die Diskontinuität kapitalistischer Entwicklung und die Spezifik einzelner Perioden untersucht, bereits sehr früh klar; tatsächlich beerdigt wurde er jedoch selten. Trotz des gründlichen Umbaus der alten Gesellschaftsformation wird immer noch die – zunehmend langweilige – Frage diskutiert, ob wir noch im *Postfordismus* oder bereits im *Postfordismus*, noch in der Krise der verblassenden alten oder schon in der erst schemenhaft vorhandenen und noch namenlosen neuen Ordnung leben. Fest auf den Schultern der marxistischen Gesellschaftstheorie stehend, stellt sich Candeias die alten Fragen nach der Korrespondenz von Akkumulation und Regulation, der Kohärenz der Regulation und der Hegemonie der neuen Produktions- und Lebensweise, findet dabei aber neue Antworten. Gerade weil er nicht den Fehler begeht, die außergewöhnliche Stabilität und Wachstumsdynamik der fordistischen Kon-

stellation zum Maßstab der historischen Folgeperiode zu erheben, zerschlägt er geschickt den gordischen Knoten der Fordismus/Postfordismus-Debatte. Der Neoliberalismus – so sein Schluss – hat längst ein »neues Entsprechungsverhältnis eines hochtechnologischen Paradigmas der Arbeit, eines transnationalen finanzkapitalistischen Akkumulationsregimes und einer wettbewerbs- und workfare-orientierten Regulationsweise unter neoliberaler Hegemonie« (S. 12) hervorgebracht. Der Neoliberalismus ist »das neue Gesicht des Kapitalismus«. Seine Hegemonie gründet nicht auf einer dem Fordismus analogen Stabilität oder inneren Kohärenz, sondern auf einem »prekären Gleichgewicht im Ungleichgewicht« (S. 159), das sich nur herstellt, wenn und indem unterschiedliche gesellschaftliche Interessen zu einem räumlich und zeitlich begrenzten Kompromiss zwischen dem herrschenden »Block an der Macht« und einem Teil der Beherrschten vereinheitlicht werden (S. 44).

Der »Gang der Untersuchung« (S. 55), also die Kapitelfolge, orientiert sich – der Methodologie der Regulationsschule folgend – an den »grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnissen« und Widersprüchen (S. 24), hier: den Geld-, Arbeits-, Geschlechter- und Staatsverhältnissen. Vorgeschaltet ist eine Analyse der »prägenden Denker der Zeit« (S. 79).

Der Neoliberalismus kam als Ideologie zur Welt, als plurale, aber relativ kohärente Weltanschauung organischer Intellektueller der Österreicher und Chicagoer Schule. Unverhohlen klassenparteiisch erklärten sie die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und den keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum Gegner und postulierten Markt und Wettbewerb als überlegene Mechanismen gesellschaftlicher Koordination und Selektion. Die Unvollkommenheit des Marktes wurde durchaus zugestanden und seine notwendige Einbettung in eine institutionelle Ordnung hervorgehoben. Zentrales Merkmal einer funktionalen Ordnung sei jedoch, dass der Staat nicht umverteilend gegen, sondern mit dem Markt arbeite. Da sich die Funktionsprinzipien des Staats an den Markt anschmiegen sollen, wird der Markt letztlich zum »Grundprinzip nicht nur ökonomischer, sondern gesellschaftlicher Organisa-

tion überhaupt« erklärt (S. 89). Die transnationalen Fraktionen des Kapitals erkennen in der neoliberalen Theorie ihre eigene Weltsicht in verallgemeinerter Form. Gleichwohl wurde nicht die »reine Lehre« praktisch umgesetzt, sondern ein mit den Interessen subalternen Gruppen reartikulierter Kompromiss.

Die neoliberale Transformation nahm beim Geldverhältnis ihren Ausgang. Als es am Ende der fordistischen Wachstumsperiode zum Fall der Profitrate und zur Überakkumulationskrise kam, wurde das Bretton-Woods-System der festen Wechselkurse flexibilisiert, setzte die Flucht aus dem schwachen Dollar ein, nahm die Spekulation mit Devisen rapide zu und gewannen Welthandel samt nationaler Handelsbilanz an Bedeutung. Durch eine Vielzahl von Finanzinnovationen wandelten sich die Weltfinanzmärkte »zu einer selbständigen Verwertungssphäre für Kapital« (S. 114). Der Zins verselbständigte sich gegenüber dem Profit, und die innerkapitalistischen Kräfteverhältnisse verschoben sich vom Produktivkapital zum Finanzkapital. Seine Macht zeigt sich in der Reorientierung der Unternehmenspolitik auf kurzfristige Gewinne ebenso wie in der Ausrichtung staatlicher Wirtschafts- und Geldpolitik auf einen »angebotspolitischen ›Währungsprotektionismus« (S. 111). Der neue Finanzkapitalismus verankerte in den kapitalistischen Zentren das haushaltspolitische Austeritätsprinzip und in der gerade in die Schuldenfalle getriebenen Dritten Welt den Zwang zur »Strukturanpassung«. Die großen Finanzkrisen der 1990er Jahre seien kein Zeichen sich abschwächender Hegemonie (S. 143), da ihre Kosten räumlich in die Peripherie verlagert, zeitlich verzögert und sozial externalisiert werden konnten.

Der neue Finanzkapitalismus trug auch zur neoliberalen Restrukturierung der Lohnverhältnisse bei. Die aufgrund der erhöhten Kapitalmobilität glaubhafte Drohung transnationaler Standortverlagerungen erzwingt Zugeständnisse von Seiten der nur im nationalen Raum organisierten Arbeitskräfte. Die technisch und politisch-ökonomisch induzierte Massenarbeitslosigkeit schwächte die Solidarität und Kampfkraft der Lohnabhängigen sowie die fiskalische und legitimatorische Basis des Wohlfahrtsstaats. Statt zum prognostizierten »Ende der Arbeitsgesellschaft« kam es zur

Entwertung der Arbeitskraft und zur Einschränkung der dekommodifizierenden Funktion des Wohlfahrtsstaats. Gleichzeitig wird ein neues technologisches Paradigma der Arbeit gesucht, das zunächst als Duett flexibilisierter Arbeitsprozesse (Qualifizierung der Arbeitskräfte, Abbau direkter Kontrolle, Arbeitsplatzgarantien für Kernbelegschaften) und flexibilisierter Beschäftigungsverhältnisse (vertiefte Taylorisierung und Automatisierung, Beschäftigungsunsicherheit) auftrat. Am Ende einer Such- und Experimentierphase konvergierten die »Paradigmen der forcierten Automatisierung und der flexiblen Personaleinbindung asymmetrisch in Richtung auf eine neotayloristische Arbeitsorganisation mit begrenzter Einbindung ausgewählter Beschäftigter mit zentralen Funktionen« (S. 185 f). Der asymmetrischen Polarisierung der Qualifikationen entspricht die Spreizung der Einkommen und die Spaltung des Proletariats in ein gering qualifiziertes »Prekariat« und ein hoch qualifiziertes »Kyberiat«. Wie im Fordismus gilt immer noch, dass die Hegemonie der Fabrik entspringt (Gramsci). »Dabei artikulieren die neuen Formen der Arbeit unter neoliberaler Hegemonie – in einer verkehrten und partikularen Weise – eine ganze Reihe alter emanzipativer Forderungen, etwa nach mehr Autonomie und Höherqualifikation. Es sind nicht zuletzt gerade diese ver-rückten emanzipativen Momente, die das neoliberale Projekt zustimmungsfähig machen« (S. 205).

Da Geschlechterverhältnisse selbst immer schon Produktionsverhältnisse sind, sind sie Voraussetzung und Medium der neoliberalen Restrukturierung. Dabei können sie jedoch nicht aus der Ökonomie »abgeleitet« werden, sondern besitzen eine vom Kapital (relativ) unabhängige Eigenlogik. Nach dem Ende des Familienlohns für den männlichen »Ernährer« besteht für Frauen zunehmend die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit, die jedoch auch als Emanzipation von Hausarbeit und patriarchaler Familie verstanden wird. Zur Durchsetzung neuer Arbeitsverhältnisse instrumentalisiert das Kapital Geschlechterdifferenzen, die aber gleichzeitig als identitäre Basis von Widerstand dienen können. Die Kleinfamilie leidet im Neoliberalismus an der von der erwerbstätigen Frau hinterlassenen und vom (erwerbstätigen oder arbeitslosen) Mann nicht

ausgefüllten Leerstelle. Der Erziehung von Kindern wird klassenspezifisch unterschiedlich viel, aber insgesamt weniger Aufmerksamkeit gewidmet als im Fordismus, was für das Kapital aber so lange kein Problem darstellt, wie weltweit ein Heer von Arbeitskräften zur Verfügung steht.

Der Staat war und ist Kampffeld und Motor des neoliberalen Umbaus. Nachdem sich weltmarktorientierte Kapitalfraktionen, organische Intellektuelle, neusozialdemokratische Regierungen und konservative politische Kräfte zum transnationalen gesellschaftlichen Block formiert hatten, gelang es ihnen aufgrund ihres organisatorischen Vorsprungs, neue und bestehende Elemente transnationaler Zivilgesellschaftlichkeit und Staatlichkeit zu etablieren bzw. zu vereinnahmen. »Staat« meint hier weder eine parlamentarisch-demokratische noch überhaupt eine territoriale Organisationsform, sondern bezeichnet eine institutionell fragmentierte und in sich widersprüchliche Struktur, deren »Hegemoniefunktion [...] transnational konzentriert« ist (S. 285). Transnationale Staatlichkeit steht dem Nationalstaat nicht dual gegenüber, da beide »durch ein gleichgerichtetes Macht- und Herrschaftsinteresse« verbunden sind (S. 313). Der Nationalstaat bleibt wichtig als »entscheidender Ort für die Sicherung der sozialen Kohäsion« (S. 326 f). Der Umbau des Wohlfahrtsstaats habe zunächst divergente Regime hervorgebracht, einerseits das angloamerikanische Ricardianische Workfare-Regime, das Löhne gesenkt, Beschäftigungsverhältnisse entformalisiert und so die Arbeit prekariert habe, und andererseits das kontinentaleuropäische Schumpeterianische Workfare-Regime, das Arbeitsprozesse flexibilisiert und so Arbeitskräfte requalifiziert und Produktivitätsfortschritte erzielt habe. Mittlerweile – wegen der institutionellen Festigkeit des Wohlfahrtsstaates ver- gleichsweise spät – sei die auf die gewendete Sozialdemokratie zurückzuführende Konvergenz der beiden Modelle im neoliberalen Workfare-Regime zu beobachten. Manche Wohlfahrtsstaatsforscher identifizieren mittlerweile ähnliche Trends. Trotzdem wäre hier die Kritik der dominanten Gegenpositionen angezeigt gewesen, einerseits der institutionalistischen Pfadabhängigkeitsthese (Esping-Andersen), die Wandel nur innerhalb der Grenzen der sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaatsregime annimmt, und anderer-

seits der marxistischen Konvergenzthese (Jessop), die für lokale oder nationale Wohlfahrtsstaaten gleichwohl die Möglichkeit nicht-neoliberaler, neo-etatistischer, neokorporativer oder neokommunitaristischer Projekte einräumt. Statt räumlich ungleich ausgeprägter Neoliberalismusvarianten sieht Verf. drei zeitlich aufeinander folgende politische Konjunkturen: Der konservativ-orthodoxe Neoliberalismus der 1980er Jahre verursachte soziale Instabilitäten, die zur Abwahl des Pionier-Blocks an der Macht führten. Der sozialdemokratische Neoliberalismus ab Mitte der 1990er Jahre versuchte seine soziale Basis auf die »neue Mitte« auszuweiten, vermied es aber, die ökonomische Logik des Neoliberalismus in Frage zu stellen, und drängte subalterne Gruppen weiter an den Rand. Daher sei der »dritte Weg« gescheitert: »Um die hegemonale Position zu verteidigen, hätte der neoliberale geschichtliche Block sich in populär-demokratischer Form erweitern müssen, die Interessen breiter Teile der Bevölkerung in einem kohärenten (Regierungs-)Programm aufnehmend« (S. 335). Gegenwärtig vollziehe sich der Wandel zum autoritären Neoliberalismus, der sich in den rechtspopulistischen Regierungen in Europa, im Krieg gegen den Irak, in der inneren Militarisierung nach dem 11. September 2001 und im Paternalismus des Workfare-Staats manifestiert. Die neoliberale Hegemonie mag grundsätzlich weniger kohärent sein als im Fordismus, aber dennoch »mehren sich die Zeichen für eine organische Krise des Neoliberalismus« (S. 360). Der abschließende Verweis auf einen sich abzeichnenden »Postneoliberalismus« enthält implizit den Vorwurf, dass die Regulationisten eine ganze Periode des Kapitalismus verschlafen hätten.

Es bleibt zu hoffen, dass die unglückliche Häufung formaler Mängel und das die Lektüre erschwerende Layout der breiten Rezeption dieses inhaltlich dichten, pointierten und stringenten »großen Werkes« (Elmar Altvater im Klappentext) nicht im Wege stehen. Auch wenn der Leser stellenweise daran zweifeln mag, ob denn die Verhältnisse tatsächlich so homogen neoliberal beschaffen sind, liefert Verf. doch eine überzeugende, umfassende und außergewöhnlich materialreiche Darstellung der neoliberalen Produktions- und Lebensweise, die dem Regulationsansatz obendrein den Ausweg aus einem theoretischen Impasse weist.

ERWIN RIEDMANN

Günther Moewes:
Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern,
 Signum Verlag Wien-München
 2004, 318 S. (22,90 €)

Die Botschaft des Buches ist bereits im Titel enthalten: Geld *oder* Leben. Der Autor will damit sagen, daß das Geld auf Grund der ihm eigenen Funktionslogik und Exponentialität die Grundlagen der menschlichen Existenz systematisch und unaufhaltsam zerstört. Ein zukunftssicherndes Leben sei daher nur jenseits von Geldwirtschaft und Wirtschaftswachstum möglich, wozu es eines grundlegenden Sinneswandels und radikaler Reformen bedarf. Gelingt dies nicht, so steuern die westlichen Gesellschaften unausweichlich auf ihren Untergang zu. »Offen ist nur noch, welche Katastrophe letztlich den Niedergang besiegeln wird, der Zusammenbruch der Finanzmärkte, der Versorgungskassen oder des Naturhaushalts« (S. 172).

Forciert werde diese Entwicklung durch den *Zinseszinsseffekt*, welcher die ökonomische, politische und soziale Polarisierung der Gesellschaft bewirke und damit den »Marsch in die Plutokratie« (S. 72), die ungeschminkte Herrschaft der Milliardäre. Die USA sind der übrigen Welt hier bereits ein Stück voraus. Grenzenloser Wirtschaftsliberalismus, »Feudalisierung« der Machtstrukturen, kulturelle Regression und medienwirksamer Personenkult bestimmen das Bild. Alles Indizien für einen historischen Niedergang, so der Autor, welcher sich vor unser aller Augen gegenwärtig vollzieht. Wird dem nicht Einhalt geboten, so endet die gegenwärtige Plutokratie ebenso wie die ihrer Vorgänger einst in Karthago und Rom »in Krieg und Chaos« (S. 238). Jahrhunderte des Rückfalls in die Barbarei und unsagbares Leid wären die Folgen.

Soweit die Hauptaussagen des Buches: provokant, aktuell und nicht wenig beunruhigend. Eigentlich genug, um eine Debatte auszulösen und zum Nachdenken anzuregen. Moewes gibt sich damit aber nicht zufrieden. Er versucht auch, die Ursachen für die katastrophale Fehlentwicklung des Kapitalismus im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert aufzudecken so-

wie Alternativen dazu aufzuzeigen. Hier offenbart das Werk jedoch einige Schwächen und Mängel.

Der analytische Teil ist für die Bewertung des Ganzen der wichtigste. Hier findet sich nicht nur das Fundament der Kritik des Autors an den gegenwärtigen Verhältnissen, sondern zugleich auch die Begründung seiner Alternativvorschläge. Dieser Teil ist es aber auch, der bei Fachleuten einiges Kopfschütteln, wenn nicht gar Ablehnung hervorrufen wird. Es ist hier nicht der Ort, auf alle theoretischen Unzulänglichkeiten und strittigen Punkte im Detail einzugehen, zumal die o. g. Hauptthesen unbedingt zu unterstützen sind. Einige kritische Punkte seien jedoch genannt, um die Diskussion anzuregen und die Debatte voranzutreiben. Dabei handelt es sich *erstens* um den mitunter dubiosen, nirgends aber klar definierten Geldbegriff des Autors. Von einem Werk, welches das »Geld« im Titel führt, sollte man erwarten, daß der Autor dem Leser erklärt, was er darunter versteht. Schließlich gibt es verschiedene Geldbegriffe und geldtheoretische Erklärungsansätze, was eine theoretische Verortung schon aus methodologischen Gründen unverzichtbar macht. Bei Moewes herrscht dagegen eine gewisse Beliebigkeit in der Wahl der Begriffe. Mal definiert er Geld als »Vermögen« (S. 62), mal als »Schuld« (S. 63), dann wieder als »Kapital«, als »Umlaufmedium«, als Aktiva oder Passiva (S. 57 f.). Dies verwirrt den Leser. Besser wäre es gewesen, hier mit klaren Begriffen zu operieren und die geldwirtschaftlichen Phänomene von *einer* theoretischen Plattform aus darzustellen (vgl. UTOPIE kreativ, Heft 160). Statt auf Ricardo, Marx, Schumpeter oder Keynes, Friedman, Hahn, Riese, Heinsohn, Steiger, Bofinger oder einen anderen ausgewiesenen Geldtheoretiker beruft Moewes sich auf einen Architekten und Hobbyökonom, den Freiwirtschaftler Helmut Creutz, als vermeintlich »großen alten Doyen der Geldtheorie« (S. 25). – Eine Wahl, die für sich spricht. Damit soll das Verdienst von Creutz, monetäre Phänomene unserer Zeit anschaulich dargestellt zu haben, nicht in Abrede gestellt werden. Einen Beitrag zur Theorie des Geldes aber hat er damit nicht geliefert.

Aus der ersten Unklarheit folgt eine *zweite*, schwerer wiegende. Moewes betont, daß Schulden und Geldvermögen »immer gleich

groß« seien, unterstellt zwischen beiden Kategorien aber eine Kausalbeziehung dergestalt, daß Schulden aus Vermögen erwachsen (S. 52 ff.). Dies ist nicht nachvollziehbar, weder saldenmechanisch, da Vermögen und Schulden zwei Seiten einer Medaille sind, noch banktechnisch, da die Ausreichung von Krediten und die Emission von Geld prozessual zusammenfallen. Diese Lesart zieht einen ganzen Rattenschwanz teilweise fragwürdiger und widersprüchlicher Schlußfolgerungen nach sich: So lesen wir auf S. 57, daß in der Bilanz der Notenbanken der (gesamte) Bargeldumlauf als Passivposten ausgewiesen ist, also als Kreditquelle, auf der nächsten Seite aber ist dann plötzlich von »Bargeldhortung« die Rede, womit sich der Autor eine der Lieblingsthesen der »Gesellianer« zu eigen macht, die der vorherigen Feststellung aber eindeutig widerspricht. So geht es munter weiter: So paßt zum Beispiel die von den Banken überall praktizierte multiple aktive Geldschöpfung nicht in die Vorstellungswelt des Autors. Sie wird daher als »abenteuerlich« abgelehnt. Ihre offensichtliche Praxis führt nicht zu einer Korrektur der vertretenen Position, sondern zu der etwas naiven Feststellung, die Banken mögen von dieser Methode in ihrer Kreditpolitik »keinen sehr exzessiven Gebrauch« machen (S. 60).

Im Zentrum der Argumentation steht jedoch nicht der Kredit, sondern der *Zins*. Hier wartet Moewes mit beeindruckenden Rechnungen und Grafiken auf, die letztlich aber nur eines zeigen, nämlich, daß mit den Geldvermögen die Zinseinkünfte wachsen. Da diese überwiegend kapitalisiert werden, führen Zins- und Zinseszinsseffekt zwangsläufig zu einem exponentiell verlaufenden Anstieg der Geldvermögen. Exponentielle Systeme enden jedoch langfristig »im Bereich des Irrealen« (S. 31). Was immer dies ökonomisch auch heißen mag, dem Autor ist unbedingt zuzustimmen, wenn er das durch Zins- und Zinseszins generierte Wachstum der Geldvermögen problematisiert und die sich darin manifestierende zunehmende Ungleichverteilung der Geldvermögen kritisiert. Es kann ihm auch gefolgt werden, wenn er angesichts der aktuellen Entwicklung die klassische, dem alten Industriekapitalismus gemäße Diktion, welche den Profit (Mehrwert) ins Zentrum der Analyse und der Kritik stellt, aufgibt und sie durch eine

der modernen Geldwirtschaft gemäße, worin der Zins die zentrale Größe ist, ersetzt. Die linke, namentlich die marxistische, Kapitalismuskritik hat diesen Aspekt bisher durchweg unterschätzt. Dieses Vorgehen wirft jedoch neue, bisher ungelöste Fragen auf. So ist bisher ungeklärt, was die Quellen des Zinses sind, was seine Substanz ausmacht und was seine Motivation ist. Hier wäre anzusetzen, um den geldwirtschaftlichen Ansatz einer Kapitalismuskritik nunmehr *wissenschaftlich* zu fundieren. Zudem wäre der Zusammenhang zwischen Geldvermögen und Produktivvermögen zu erörtern, ein Aspekt, der in dieser ganz auf das Geldvermögen fokussierten Darstellung weitestgehend fehlt. Würde man den Blick statt auf das Geld auf das »Geldkapital« richten, und damit auf das private Eigentum, so erwiese sich die hier vorgenommene Geldkritik vielleicht als zu vordergründig und zudem politisch desorientierend. Darüber wäre zu diskutieren. Auf jeden Fall beweist das Buch von Moewes, der von Hause aus Professor für industrielles Bauen ist, einmal mehr, wie wichtig es ist, die drängenden Fragen unserer Zeit offensiv anzusprechen und nicht darauf zu warten, bis sich die akademische Zunft der Ökonomen ihrer annimmt.

ULRICH BUSCH

Wolfgang Schwarz:

Brüderlich entzweit.

Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961-1968.

Veröffentlichungen des Collegium

Carolinum, Bd. 97, Oldenbourg

Verlag München 2004, 376 S.

(49,80 €)

Schwarz legt mit der überarbeiteten Fassung seiner 1998 an der Universität Regensburg verteidigten Dissertation eine materialreiche Untersuchung der zwiespältigen zwischenstaatlichen und Partei-Beziehungen der beiden westlichsten realsozialistischen Staaten, der DDR und der ČSSR, vor. Er behandelt ihre interessante und problematische Phase zwischen 1961 und 1968, also der Zeit nach der »zwei-

ten Staatsgründung« der DDR durch den Mauerbau bis zum Vorabend des »Prager Frühlings«. Es sind Jahre der intensiven Suche beider Staaten und der sie führenden Parteien nach neuen Entwicklungswegen für den Sozialismus, die aber im günstigsten Fall parallel und meist konträr zueinander verliefen. Der offenen Konfrontation des Jahres 1968 gingen für die zwischenstaatlichen Beziehungen im Ostblock außerhalb des chinesisch-sowjetischen Konflikts für die damalige Zeit ungewohnt scharfe Kontroversen voraus. Sie begannen bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre und führten recht schnell die Idee eines »eisernen Dreiecks« beider Staaten gemeinsam mit Volkspolen gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus ad absurdum. Auf dieses Bollwerk hatte nicht zuletzt Walter Ulbricht seine Hoffnungen gesetzt, um sein Staatswesen zusätzlich zu den Moskauer Garantien auch durch die Interessenlage der beiden unmittelbaren Nachbarn abzusichern. »Neben der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung ließen vor allen Dingen seit dem Zweiten Weltkrieg die übereinstimmenden sicherheitspolitischen Interessen die Tschechoslowakei, die DDR und Polen eng zusammenrücken. Die Bundesrepublik Deutschland galt dabei als »Frontstaat der NATO« als die größte potentielle Bedrohung der Sicherheit dieser Länder. Die KPČ sowie die »Polnische Vereinigte Arbeiterpartei« (PVAP) konnten bei ihrer Propaganda auf das Mißtrauen weiter Teile ihrer Bevölkerung gegenüber der Bundesrepublik bauen. Die überwiegende Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes fürchtete in der Tat Bonner Revisionsansprüche an ihre ehemaligen Siedlungsgebiete. In Polen herrschte Unsicherheit angesichts der durch die Bundesregierung abgelehnten Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. In der Existenz zweier deutscher Staaten sahen die politischen Führungen in Warschau und Prag einen stabilisierenden Faktor für die eigene Sicherheit, in der DDR einen Garanten gegen das »Wiedererwachen des deutschen Imperialismus« (S. 49).

Der Titel der Studie von Schwarz – »Brüderlich entzweit« – spielt auf eine 1967 in der DDR erschienene Publikation unter dem Titel »Brüderlich vereint DDR – ČSSR« an. Tatsächlich liegt die Schwarzsche Analyse näher an der Wirklichkeit. Denn sie verdeutlicht, daß

in dem scheinbar so monolithischen Ostblock unter sowjetischer Vormacht sehr wohl divergierende Auffassungen und Interessenkonflikte zwischen den Bruderländern vorhanden waren. Und es zeigt sich auch, daß die spätere Auseinandersetzung und Konfrontation um das tschechoslowakische Reformmodell eine Vorgeschichte mit Verletzungen und Verbitterungen hatte, die 1968 trotz aller Aufgeschlossenheit Ulbrichts für einen Prager Kurswechsel nach dem acht Jahre zuvor von Antonin Novotny realitätsfremd eingeleiteten »kommunistischen Kurs« und der damit verbundenen Wirtschaftskrise nie hatte ausgeräumt werden können. Das Verständnis füreinander war gering und die Einnahme sehr radikal gegeneinander stehender Positionen nur folgerichtig. Persönliche Animositäten der beiden Ersten Sekretäre, nationale Überheblichkeiten, das Verkennen gemeinsamer objektiver Interessenlagen und Befürchtungen verhinderten konstruktive Lösungen. Die »Zerrüttung des Verhältnisses 1968 zwischen den beiden Staatsparteien« war, so zeigt Schwarz, keineswegs »ausschließlich ein Resultat der Liberalisierung während des Prager Frühlings« (S. 1).

Die Auseinandersetzung drehte sich immer wieder um drei Fragenkomplexe, die der Autor in fünf inhaltlich sortierten und periodisierenden Kapiteln abhandelt: *Erstens*: Die außenpolitische Zusammenarbeit und die dabei ab 1964 spürbar werdende »unterschiedliche Beurteilung der »aggressiven Absichten« der Bundesrepublik« (S. 2) erwiesen sich für die DDR als bedrohlich. Hier witterte die SED-Führung nicht zuletzt angesichts der beobachteten ideologischen Umorientierungen zuallererst Gefahren für den eigenen Staat. In Wirklichkeit bewies die ČSSR ein weit feineres Gespür für die Neuansätze in der westdeutschen Außen- und Ostpolitik, aus denen sie vor allem wirtschaftlich ihren Vorteil schlagen wollte. Und das mehr und mehr ohne Rücksicht auf DDR-Empfindlichkeiten. *Zweitens*: In den ideologischen Streitereien zwischen den beiden Parteien gab die SED frühzeitig die sonst – wenn nicht gerade Moskau solche Kampagnen inszenierte – im Ostblock übliche öffentliche Zurückhaltung auf und spielte sich als ideologischer Wächter für die reine Lehre auf. *Drittens*: Die wirtschaftlichen Beziehungen erwiesen sich ebenfalls als kei-

neswegs komplikationsfrei, was mit den begrenzten Möglichkeiten der Partner bei der Suche nach Alternativen und einer unabgestimmten Wirtschaftsreformpolitik zusammenhing.

Der Mauerbau veränderte die Geschäftsgrundlage der Beziehungen DDR-ČSSR nachdrücklich. Er brachte der DDR nicht nur ihre Existenzabsicherung, wobei die Grenzschließung auf die politische Unterstützung des südlichen Nachbarn bauen konnte. Die aus Prager Verständnis eher fordernd vorgetragenen DDR-Wünsche nach wirtschaftlicher Beihilfe kollidierten aber mit der tschechoslowakischen Interessenlage. Die Prager Genossen beklagten schnell, daß die DDR-Wünsche genau jene Güter betrafen, die auch bei ihnen knapp waren. Zudem traten die nördlichen Nachbarn für sie viel zu belehrend und fordernd auf. In der eigenen Krise und angesichts der eigenen Bedürftigkeiten mochten sie sich hier nicht festlegen. Und der bedrängende Stil der deutschen Genossen mochte hier wie auch in Folge nicht zu einer besonderen Zuneigung beitragen.

Vor allem aber war durch die gemauerte Sicherung der DDR das Kapitel der besonderen Unterstützung für den sozialistischen deutschen Staat weitgehend abgeschlossen. Die Existenz der DDR stand nicht mehr auf dem Spiel, man konnte sich in der ČSSR stärker den eigenen wirtschaftlichen Intentionen widmen – und die hatten auch außenpolitische Dimensionen, die der DDR nicht behagen konnten. Denn man hoffte auf die Möglichkeiten der westlichen Wirtschaft.

Die Krise in den Beziehungen spitzte sich zwischen 1963 bis 1965 zu. Es waren zwei wesentliche Fragen, die die Entfremdung voneinander offensichtlich machten, da hier Entwicklungen auseinanderliefen, obwohl die DDR mit ihrem Neuen Ökonomischen System (NÖS) eigentlich die spannendste Periode ihrer Entwicklung eingeleitet hatte. Das waren einerseits nicht nur Dissonanzen, sondern konträre ideologische Positionen, die ihren Anfang in der sich in der ČSSR eigentlich nur mühsam und spät einsetzenden Entstalinisierung 1963 nahmen. Vor allem aber entfaltete die Kafka-Konferenz von Liblice im gleichen Jahr eine Eigendynamik, weil hier die Kritik am Realsozialismus aus der SED-Sicht den Boden für die Konterrevolution bereitete. Auf

dem 5. Plenum des ZK der SED im Februar 1964 trug Horst Sindermann die Kritik sehr drastisch vor und stellte sie in den Kontext des Konflikts mit Robert Havemann an der Berliner Humboldt-Universität. Die KPČ-Führung sah sich zu einer Zurückweisung veranlaßt, und selbst in Moskau gab es Zweifel, ob das Vorpreschen der Deutschen angesichts der so wieso schon fragilen »Einheit und Geschlossenheit« des sozialistischen Lagers besonders hilfreich wäre. Ein despektierliches Auftreten von Hermann Matern bei einer Prag-Reise Ende 1964, das Schwarz dokumentieren kann, goß nochmals Öl ins Feuer. Seine nationalistisch-überheblichen Positionen im kleinen Kreis wurden Antonin Novotny hinterbracht und veranlaßten die KPČ-Führung zum Protest.

Neben der verstärkten Kritik an der stalinistischen Praxis und der Führungsrolle der Partei sowie der Unfehlbarkeit der marxistisch-leninistischen Lehre sorgte man sich in der DDR-Führung wiederum um die damit vermeintlich einhergehende außenpolitische Sorglosigkeit. In Prag war man immer weniger an einer Konfrontation mit Bonn interessiert. Die noch unter BRD-Außenminister Gerhard Schröder 1962/63 eingeleitete Politik ließ das »eiserne Dreieck« brüchig werden. Verständlicherweise begriff die DDR die Gefahr, daß die zunächst nur »leicht modifizierte Haltung Bonns gegenüber Osteuropa« auf die Isolierung der DDR zielen mußte. »Die SED hatte unter diesen Voraussetzungen kein Interesse an intensiveren Kontakten zwischen den osteuropäischen Staaten und der Bundesrepublik, besonders da sie befürchten mußte, ihr bislang faktisch geltendes Mitspracherecht in Fragen der Außenpolitik der Bündnispartner gegenüber Bonn so nach und nach einzubüßen« (S. 115).

Demgegenüber erscheinen die Probleme bei der Erarbeitung gemeinsamer Wirtschaftsreformkonzepte in der vorliegenden Darstellung weniger verständlich. Die ideologischen und außenpolitischen Differenzen haben zweifellos zu ihrer Verschärfung beigetragen. Die eher »großherrschaftliche« Haltung der DDR zum südlichen Nachbarn war für Prag ebenso wenig hilfreich wie der Anspruch Ulbrichts, die DDR als »Mekka der sozialistischen Länder« zu profilieren. Trotzdem wären hier Einblicke

in die konkreten Diskussionen und Rezeptionen bzw. Nichtrezeptionen der jeweils anderen Überlegungen der Nachbarn eine wichtige Facette zum Verständnis des Scheiterns einer eigentlich möglichen, aber sichtlich nie angedachten Reformallianz der beiden am meisten entwickelten Ostblockstaaten.

STEFAN BOLLINGER

Joschka Fischer:
Die Rückkehr der Geschichte.
Die Welt nach dem 11. September
und die Erneuerung des Westens,
Kiepenheuer & Witsch Köln 2005,
304 S. (19,90 €)

Rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf 2005 erschien Joschka Fischers jüngstes Buch. Der Außenminister, angeschlagen von der irdischen deutschen Visa-Affaire, entschwebt in ihm in höhere Weltregionen. Bereits der Titel setzt den kontradiktorischen Bezug zu Francis Fukuyamas weltbekanntem geschichtsphilosophischen Werk »The End of History and the Last Man«.

Fukuyama postulierte in seinem 1992 erschienenen Œuvre nach der Implosion des so genannten real existierenden Sozialismus die These vom Ende der Geschichte. Er verstand dabei Geschichte als einen einzigen, in sich schlüssigen evolutionären Prozess, dessen Entwicklung über den liberalen demokratischen Staat (und damit über den Kapitalismus) hinaus nicht denkbar sei.

Fischer reibt sich an der damit implizierten Position, dass menschliche Geschichte als zielgerichteter universalgeschichtlicher Prozess vom menschlichen Verstand erkannt werden kann. Ohne selbst eine wirklich geschichtsphilosophische Arbeit abzuliefern, ist für ihn mit dem 11. September 2001, mit den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon, »die Geschichte zurückgekehrt« und die Frage beantwortet, was denn nach dem Ende des Kalten Krieges kommen werde. Fischer entwirft entlang der Krisenherde der heutigen Weltpolitik mögliche alternative Zukunftsszenarien und diskutiert die Faktoren, die zu einer an internationalem Recht, Frieden

und Gerechtigkeit orientierten Weltordnung führen oder diese verhindern können. Ausgang offen.

Dass es der Autor vermeidet, dem Leser überhaupt eine schlüssige These zur weiteren Weltentwicklung anzubieten, lässt letzteren das Buch ziemlich unbefriedigt aus der Hand legen. Zwar zeugt der Band von der ungeheueren Belesenheit des Autodidakten Fischer, doch hat er die aktuelle politische Literatur zu den brennenden Themen des angebrochenen Jahrhunderts eher im Stil einer deskriptiven Literaturübersicht dargestellt als zu einem ur-eigenen Werk verarbeitet. Den mit dem Titel anvisierten Anspruch eines »neuen Fukuyama« kann Fischer jedenfalls nicht einlösen.

JOCHEN WEICHOLD

Berichtigung

Die Redaktion bittet Reiner Tosstorff, Mainz, und die Leserinnen und Leser für Fehler beim Abdruck des Artikels »Moskau oder Amsterdam? Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937« in Heft 177/178 (Juli/August 2005) um Entschuldigung. Reiner Tosstorff hatte noch einige Verbesserungen vornehmen und insbesondere selbstverständlich die englischen Überschriften und Zitate ins Deutsche übersetzen wollen, aber das ist durch redaktionelle Fehler nicht mehr gelungen. Interessenten am Thema insgesamt verweisen wir gern auf Reiner Tosstorffs Buch »Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937«, Schoeningh Verlag Paderborn 2004.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Thinking »Without Railings«

The Left at the Threshold of Becoming of Age?

For approx. 90 years, the socialist-internationalist Left in Germany functioned wedged in, on the one side, between the Russian Revolution and on the other, the Social Democratic Party. Now, a new epoch seems to have dawned. But new difficulties arise with the liberation from this heteronomy. For the new program it will not suffice to simply refer back to the »Golden Seventies«. The Left must say goodbye to many old habits – while sustaining the need for, what the author sees as, a sovereign understanding of its heritage.

WERNER SEPPMANN

The Dynamics of Exclusion

The Socio-Cultural Consequences of Social Splitting

Under the conditions of neoliberal development of the society, not only is there a constant deepening of the dichotomy between rich and poor, but also an increase in the differences within the lower classes. There is not only the difference between the employed and the unemployed, but there are also new differences inside the world of the employed and even within the same enterprise. The core staff is surrounded by a growing group of employees, burdened with extremely high demands and receiving extremely low wages. This hinders the employees' understanding that they have common interests.

MICHAEL WOLF

»Help that Mobilizes«

Ideology and Reality of a Socio-Political Stereotype

The author makes a critical examination of the »help that mobilizes« theory and the practice of the so-called »Hartz«-Laws allegedly aimed at the reduction of the number of unemployed. He discusses the extremely insignificant empirical and theoretical foundation of the »help that mobilizes« stereotype, analyses the institutional conditions for this »help« and arrives at the conclusion that the »Hartz IV«-regulations do not support the unemployed in acting with self-determination but, on the contrary, forces them into a sort of self-colonization.

RAINER FERCHLAND

A Governmental Paradox

The Second Report on Poverty and Wealth

In its report published in March 2005, the German Government expected public opinion to accept the two following messages: 1) in Germany, poverty and wealth are growing; 2) Government policies promote more social justice. The report therefore – in spite of the many areas of serious

analysis – degenerates into a work of government propaganda. Nevertheless, it still furnishes facts, useful in mobilizing public interest against this growing social injustice.

ALEXANDER GALKIN

The Aftermath of World War II: Cleared Paths and Unheeded Lessons

The author, an officer of the Red Army during the liberation of Germany from fascism in 1945, makes a summary of the 60 years that followed. He examines efforts undertaken for the creation of a new world order, writes of the necessity of accepting the equality of all nations and peoples as a basis for international stability, appeals for the strengthening of, what he calls, a sustainable antifascist immunity and closes with the lesson, that there is no better mechanism for regulating social problems than those found in a democracy.

ALBERT EINSTEIN

A Letter Against Inquisition

This is the translation of a letter Einstein wrote in June, 1953 to William Frauenglass – a New York school-teacher who asked him for help against the hearings of the HUAC (House Un-American Activities Committee). Einstein vehemently pleads for »the revolutionary way of non-cooperation«.

SIEGFRIED GRUNDMANN

Albert Einstein – an Utopian? Remarks Concerning a New Book of Hubert Goenner

Siegfried Grundmann discusses Hubert Goenner's description of Einstein – in his book »Einstein in Berlin 1914-1933« – as »politically naïve« and »without political influence«. Grundmann analyses Einstein's political initiatives beginning with the 1914 appeal entitled »An die Europäer« (»To the Europeans«), recalls his initiatives undertaken commonly with Heinrich Mann, Rudolf Olden and others and comes to the conclusion that there are not many natural scientists who engaged themselves in politics like Einstein.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),
ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €